

# liberal

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

02.2019

[www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)

2,90 EURO

MENSCHLICHER WILLE KANN ALLES VERSETZEN

DIESES HAUS STAND  
FRÜHER IN EINEM  
ANDEREN LAND

## AUFBRUCH OST

### SILICON SAXONY

Wirtschaftlicher Leuchtturm  
für Ostdeutschland

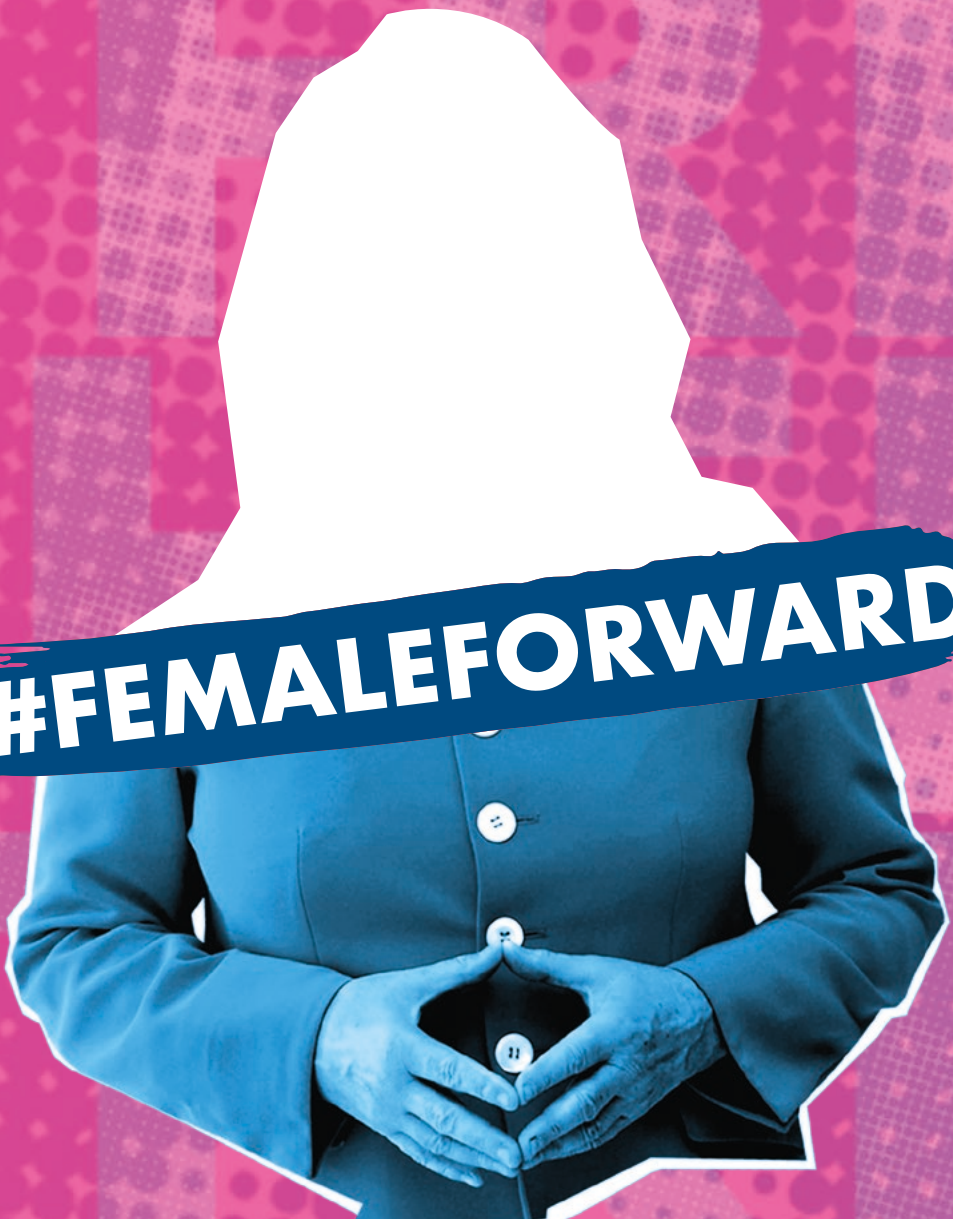
### MOTOR BERLIN

Wie die Hauptstadt den  
Aufbruch Ost anschiebt

### HANDWERK

Traditionsfirmen tragen  
den Aufschwung

# Wie geht der Weg in die Politik?



**#FEMALEFORWARD**



**FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG** Für die Freiheit.

Frauen sind in der Politik gefragter denn je. Viele Parteien möchten, dass sich mehr von ihnen engagieren. Aber wie kann so ein Weg in die Politik überhaupt aussehen? Auf [femaleforward.freiheit.org](https://femaleforward.freiheit.org) zeigen wir, wie es gehen kann.



# Aufbruch Ost

## Liebe Leserinnen und Leser,

was ist los in Deutschlands Osten? Diese Frage drängt sich auf, wenn man die Schlagzeilen der vergangenen Wochen und Monate zur Kenntnis nimmt. „Osten wird nie gleichziehen“, so behaupten viele Ökonomen in einer Umfrage. „Die Treuhandwunde heilen“, so fordert Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender der Linkspartei in einem jüngsten Pressebeitrag. „AfD im Osten stärkste Partei“, so stellen die Meinungsforschungsinstitute fest.

Das klingt alles beängstigend. Zeit also, die Frage ernst zu nehmen: Was genau ist los im Osten? Wir suchen in **liberal** Antworten darauf. Wir beginnen in diesem Heft mit einem Schwerpunkt auf die ostdeutsche Wirtschaft. Gesellschaftliche und politische Themen werden in kommenden Ausgaben folgen – im dreißigsten Jahr des Falls der Berliner Mauer und dann 2020 mit Blick auf 30 Jahre Deutsche Einheit.

Wirtschaftlich jedenfalls zeigt der Osten ein vielschichtiges Bild – mit Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken. Der schnell wachsenden Hauptstadt Berlin stehen ländlich geprägte Regionen gegenüber, denen die Leistungsträger davonzulaufen drohen. Eigenwillige Gründer mit Stehvermögen schaffen eine beachtliche Start-up-Kultur an den zahlreichen Universitäts- und Hochschulstandorten. Diese kann allerdings erst dann ihre volle Dynamik ausspielen, wenn sie Teil eines Netzwerks der Innovationskraft wird – mit der Metropole Berlin als Herz und Motor. Dafür braucht es Ideen und Konzepte für eine neue Politik, einen „Aufbruch Ost“.

Weitere Beiträge in diesem Heft folgen der aktuellen politischen Diskussion in unserem Land. Da mangelt es ja nicht an spannenden großen Themen: von Enteignungen am Wohnungsmarkt über die Klimakrise mit „Fridays for Future“ bis hin zu den überaus wichtigen Ergebnissen der Wahlen zum Europäischen Parlament – und zwar nicht nur hierzulande, sondern auch bei all unseren Freunden und Nachbarn in der EU. Grund zur Freude gibt es da auch: überall eine gestiegene Wahlbeteiligung, eine stark gewachsene liberale Fraktion und für den Rechtspopulismus eher enttäuschende Ergebnisse.

Lesen Sie selbst. Wir wünschen dabei viel Anregung, Freude und Gewinn.

*Ilse*  
*Karl-Heinz Paqué*



**Karl-Heinz Paqué,**  
 Herausgeber und  
 Vorsitzender des  
 Vorstands der Friedrich-  
 Naumann-Stiftung  
 für die Freiheit

# Inhalt

## 3 Editorial //

## 6 Kurz notiert //

News und Berichte

## SCHWERPUNKT

### 10 Aufbruch Ost //

Die Wirtschaft Ostdeutschlands kommt immer besser in Fahrt. Berlin könnte der Motor sein, das Tempo in der Region zu erhöhen

von **Karl-Heinz Paqué**

### 14 Silicon Saxony //

Die Tech-Region um Dresden ist der wirtschaftliche Leuchtturm Ostdeutschlands. Das Rezept dafür hat Vorbildcharakter

von **Florian Flicke**

### 18 Stadt, Land, Flucht! //

Um den Teufelskreis aus Abwanderung und Attraktivitätsverlust in ländlichen Regionen zu stoppen, braucht es ein staatliches Konzept

von **Dirk Assmann**

### 20 Handwerk mit Tradition //

Auch in Ostdeutschland gibt es Mittelständler mit Historie – etwa die Sanitärfirma Schünemann

von **Almut Steinecke**

### 22 Adlershof //

In Berlin-Adlershof entsteht Deutschlands modernster Technologiepark

von **Lara Sogorski**

# liberal

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

02//2019

## GESELLSCHAFT

### 24 Falsches Image //

Chemnitz hat den Ruf, eine Hochburg der Rechten zu sein. Zu Unrecht, denn die Stadt ist bunt

von **Christian Wobst**

### 26 Polen vor der Wahl //

Die Opposition des Landes macht Front gegen den rückwärtsgewandten Kurs der Regierung

von **Detmar Doering**



### 29 Europa hat gewählt //

Welche Themen die europäische Gemeinschaft jetzt angehen muss. Ein Ausblick auf die Agenda des EU-Parlaments

von **Thomas Ilka**

### 32 Eigentum und Frauen //

Zur Gleichberechtigung gehört auch ökonomischer Erfolg von Frauen. Fünf Thesen dazu

von **Bettina Stark-Watzinger**

### 34 Fotostrecke //

Schwedische Väter – ein Vorbild für Deutschland

### 38 Integrationsparadox //

Aladin El-Mafaalani erklärt, warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt

von **Christoph Giesa**

### 40 Kolumne SLS //

Der Gesetzentwurf zur Online-Durchsuchung ist mehr als bedenklich

von **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**

Fotos: dpa/AP; Mendez Klehm; Tijen Onaran



## WIRTSCHAFT

### 42 Handelskrieg um Soja //

Eine kleine Bohne könnte für US-Präsident Donald Trump zum großen Problem werden  
**von Thomas Luther**

### 44 Klimawandel //

An einer Bepreisung von Kohlendioxid führt auf Dauer kein Weg vorbei  
**Interview mit Ottmar Edenhofer**

### 46 Zukunft Beruf //

Automatisierung und Robotik verändern die Arbeitswelt. Zum Jobkiller werden sie aber nicht  
**von Gian Hessami**

### 48 Gründerinnen //

Start-Up-Gründerinnen brauchen neben Mut und neuer Denke vor allem mehr weibliche Geldgeber  
**von Tijen Onaran**

### 49 Marktplatz //

Karen Horn über das richtige Mittel gegen Wohnungsnot und Wuchermieten

### 50 Kolumne PQ //

Wird Deutschland ein zweites Japan?  
**von Karl-Heinz Paqué**



## KULTUR



### 52 No-No Boy //

John Okada erzählt von den Folgen getroffener Entscheidungen  
**von Thomas Hummitzsch**

### 54 Burg Giebichenstein //

Die Kunsthochschule in Halle genießt bundesweit einen exzellenten Ruf  
**von Almut Steinecke**

### 56 Fundstück //

Wie die erste First Lady Deutschlands in jungen Jahren für Frauenrechte kämpfte  
**von Elly Heuss-Knapp**

### 58 Standort //

Warum Versailles 1919 eine Zäsur war  
**von Karl-Heinz Paqué**

### 59 Mediencheck //

Bücher, Podcasts und Filme

### 60 Update //

Was sich gegen Fake News effektiv tun lässt  
**von Jana Samsonova**

### 61 Vor Ort //

Kanada vor den nächsten Parlamentswahlen  
**von Robin V. Sears**

### 64 Termine //

Wichtiges auf einen Blick

### 65 Impressum //

### 66 1:10 //

Zehn Fragen an Beate Meinl-Reisinger

## Zum Gedenken an Naumann



**Liberaler Reform:** Friedrich Naumann galt zu seiner Zeit als überaus gut vernetzt und Mensch, der offen für Neues war. Er suchte Industrieproduktion und Kunstgewerbe zu versöhnen.

Am 24. August jährt sich der Todestag von Friedrich Naumann zum hundertsten Mal. Der am 25. März 1860 in Störmthal (Großpösna) geborene Naumann arbeitete zunächst als evangelischer Theologe und publizierte zu sozialen Fragen, ehe er sich zur Zeit des Deutschen Kaiserreichs der Politik zuwandte. Er war Mitbegründer des Deutschen Werkbunds und der Deutschen Demokratischen Partei und galt auch im Ausland als eine der interessantesten Figuren des zeitgenössischen Deutschlands. Das deutsche Kaiserreich wollte Naumann im liberalen Sinne und unter Einbindung der benachteiligten Frauen reformieren. 1918/19 half er mit, der Republik eine entsprechende Grundordnung zu geben. Er erkannte früh, dass der Schlüssel für gesellschaftlichen Fortschritt in politischer Bildung lag. Seine Ausstrahlung überdauerte auch seinen Tod, denn fast 40 Jahre später benannten überlebende Mitstreiter wie Theodor Heuss die neu gegründete liberale politische Stiftung nach ihm. **Jürgen Frölich**

## Strafverfolgung sexueller Minderheiten in Afrika

# Todesstrafe für Schwule und Lesben

Homosexuelle müssen in einigen Ländern auf dem Schwarzen Kontinent um ihr Leben fürchten, in anderen droht ihnen lebenslange Haft. Auf der anderen Seite liberalisieren einige Staaten ihre Haltung gegenüber sexuellen Minderheiten.



LGBT-Aktivistinnen erscheinen Ende Februar in Kenias Hauptstadt Nairobi vor dem Gericht, das über eine Petition für die Entkriminalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen entscheiden sollte. Das Verfahren wurde vertagt. Ende Mai dann das enttäuschende Urteil: Homosexualität bleibt in Kenia eine Straftat.

**D**ie staatliche Verfolgung von Menschen in Afrika, die das gleiche Geschlecht lieben, ist brutal. Im Sudan, in Südsomalia, Somalia, Mauretanien und Nordnigeria werden homosexuelle Handlungen mit dem Tode geahndet. In Uganda gibt es seit Jahren Bestrebungen, gesetzlich nachzuziehen.

Nach dem neuen State Sponsored Homophobia Report der International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (ILGA) vom März 2019 sind „gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen“ derzeit in 33 afrikanischen Ländern verboten. Das ist nahezu die Hälfte jener 70 UN-Mitgliedsstaaten rund um den Globus, die Homosexualität unter Strafe stellen. Zur Bedrohung durch die Todesstrafe oder durch lange Haftstrafen in manchen afrikanischen Ländern kommen

drastische Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung und diverse Diskriminierungen noch hinzu.

Viele Verfolgte suchen außerhalb ihres Heimatlandes Zuflucht, vor allem im liberalen Südafrika. Zwar sind Gewalt und soziale Diskriminierung gegen LGBT auch dort noch weit verbreitet, aber der Staat beteiligt sich daran nicht. Die Rechte von sexuellen Minderheiten sind in der südafrikanischen Verfassung festgeschrieben und einklagbar. Doch nicht nur Südafrika ist in Afrika in dieser Hinsicht ein Vorbild. Es gibt etliche Länder, in denen homosexuelle Handlungen unter Erwachsenen niemals unter Strafe standen. Gute Nachrichten gibt es auch aus Lesotho und Mosambik, die inzwischen ihre Sodomiegesetze abgeschafft haben. Und in Swasiland gab es kürzlich eine erste Gay Parade.

**Jules Maaten**

## Staatsversagen in der Hauptstadt

„Mein Name ist Christine Kroke, ich bin Mutter eines fast sechs Monate alten Sohnes. Seit über einem Jahr suche ich nach einem Kitaplatz – ich habe fast 100 Kitas angeschrieben. Auch viele meiner Freund/innen und Kolleg/innen finden keine Betreuung für ihre Kinder. Wir alle sind verzweifelt. Denn es gibt keine Kitaplätze.“ Mit diesen dramatischen Worten beginnt die Onlinepetition einer verzweifelten Berliner Mutter an die Adresse der zuständigen Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Sandra Scheeres, und des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller. Inzwischen haben sich fast 71.000 Berliner Mütter und Väter der Forderung nach mehr Kitaplätzen in der Hauptstadt angeschlossen. Offiziell fehlen in Berlin nur 3.000 Plätze, nach Schätzungen der betroffenen Eltern sind es Zehntausende. Mit dem Problem ist die deutsche Hauptstadt nicht allein: Bundesweit fehlten 2018 nach einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln 273.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren (U3). Die Betreuungslücke betreffe 11,6 Prozent der Kinder in diesem Alter. Im Vergleich zu 2017 hat sich danach kaum etwas gebessert – allen politischen Beteuerungen zum Trotz. Die Zahl der fehlenden Plätze verringerte sich in der gesamten Bundesrepublik nur um magere 6.000 Plätze. Doch nirgendwo sonst scheint die Not so groß zu sein wie in Berlin: In seiner Verzweiflung, so ein Bericht der *Berliner Zeitung*, stellte ein Vater auf Ebay sogar



Laut offiziellen Zahlen fehlen in Berlin rund 3.000 Kitaplätze. Nach Schätzungen betroffener Eltern sind es Zehntausende. Mit einer Onlinepetition machen sie ihrem Unmut nun Luft. 70.000 Unterzeichner gibt es bereits.

5.000 Euro für die erfolgreiche Vermittlung eines U3-Platzes in Aussicht. Mit diesem Geld könnte er sein 18 Monate altes Kind in Frankfurt am Main oder Leipzig rund zweieinhalb Jahre lang jeweils 35 Stunden pro Woche betreuen lassen, in Köln immerhin noch fast ein Jahr. Und in der Hauptstadt selbst würde der Kitaplatz gar nichts kosten – vorausgesetzt, es gäbe einen. **Florian Flicke**

# 500.000

**Haustiere**

werden deutschlandweit im Durchschnitt jährlich ausgesetzt – die Dunkelziffer, da sind sich die Tierschutzvereine sicher, dürfte noch weit höher liegen.

**WER EIN HERRENLOSES TIER FINDET, RUFT AM BESTEN DIE POLIZEI.**

Fotos: picture alliance (2); wikicommon

## Deutsche sind skeptisch gegenüber neuen Technologien

Die Bundesbürger sind digitalen Technologien gegenüber vergleichsweise wenig aufgeschlossen. Nur 54 Prozent der Bundesbürger erwarten durch ihren Einsatz einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft – in Schweden, einem Land mit hoher digitaler Bildung, sind es 76 Prozent und im europäischen Mittel immerhin 64 Prozent. Das ist das Ergebnis des von der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (Acatech) und der Körber-Stiftung erstellten TechnikRadars 2019. Nur wenn nach den Auswirkungen der digitalen Technologien allein auf die Wirtschaft gefragt wird, zeigt sich ein anderes Bild: Hier erwarten 82 Prozent der Bundesbürger positive Effekte – im europäischen Mittel hingegen nur 75 Prozent. **Thomas Luther**



Russisches Parlament verabschiedet Gesetz gegen Fake News

## Eingeschränkte Meinungsfreiheit

Im Land von Wladimir Putin entscheidet zukünftig der Generalstaatsanwalt, was als Fake News gilt und was nicht. Damit treibt der russische Präsident seine Pläne für ein eigenes, komplett überwacht Internet voran.



Tausende Bürger demonstrieren auf den Straßen Moskaus gegen den russischen Staat und vor allem gegen dessen immer stärkere Internetzensur.

**D**as russische Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, wonach Onlinemedien für die Verbreitung von „Falschnachrichten“ mit hohen Geldstrafen belegt werden können. Kritiker sind empört: Für sie ist die Regelung eine Möglichkeit für Regierung und Behörden, unerwünschte Artikel und Beiträge zu unterdrücken und zu verhindern. Die Russland-Experten der Friedrich-Nauermann-Stiftung für die Freiheit sehen das neue Gesetz ebenfalls kritisch.

Das Gesetz verbietet die Verbreitung von „gesellschaftlich relevanten Informationen“, die wie Faktenberichte wirken, jedoch nach Einschätzung der Generalstaatsanwaltschaft falsch sind und so eine „Gefahr für Menschen, Vermögen oder öffentliche Sicherheit und Ordnung“ darstellen oder die Funktion wichtiger „Lebensversorgungs-, Verkehrs- und sozialer Infrastrukturen, Energie- und Industrieanlagen“ gefährden.

Die Entscheidung der Generalstaatsanwaltschaft kann formal vor Gericht angefochten werden. Bei der weiterhin mangelnden Unabhängigkeit der russischen Justiz bleibt abzuwarten, ob ein Gericht

tatsächlich gegen die Staatsanwaltschaft entscheidet. Schon vor strafrechtlichen Konsequenzen erlaubt die Gesetzgebung den staatlichen Kontrollbehörden, auf allen Internetseiten die Löschung der als „falsch“ deklarierten Inhalte zu fordern und bei Unterlassen diese zeitweise zu sperren.

### Idee nach chinesischem Vorbild

Russland verfolgt das Ziel, das Internet nach chinesischem Vorbild immer weiter zu kontrollieren. Im Februar dieses Jahres hatte die Staatsduma dazu den Gesetzentwurf für ein „souveränes russisches Internet“ gebilligt, der bei Bedarf erlaubt, eine Art „Firewall“ um Russlands Netz gegen westliche Cyber-Attacken zu errichten.

Laut dem russischen Onlineportal RBK hatte der russische Präsident Wladimir Putin bereits Ende 2017 die Regierung beauftragt, bis August vergangenen Jahres mit den BRICS-Staaten über eigene Root-Name-Server zu verhandeln. So sollte die Möglichkeit für eine Art eigenes Internet geschaffen werden, das dann eine Trennung des russischen Netzes vom Rest der Welt erlauben würde.

**Julius Freytag**



## „Liberalismus heißt leben und leben lassen“

Der Raif Badawi Award wird für mutigen Journalismus vergeben.

Der liberale Blogger Raif Badawi kämpfte für einen säkularen Staat und Frauenrechte in seinem Heimatland Saudi-Arabien. Dafür wurde er 2012 zu zehn Jahren Haft und zu 1.000 Peitschenhieben verurteilt. Badawi erhielt zusätzlich eine hohe Geldstrafe, ein langes Ausreiseverbot und wurde von seiner Familie getrennt, die nach Kanada emigriert ist. Als Journalist, Ehemann und Vater hat Raif Badawi den hohen Preis der eigenen persönlichen Freiheit gezahlt, nachdem er es gewagt hatte, in einem unfreien Land laut zu sagen, was er dachte. „Liberalismus heißt leben und leben lassen“, schrieb Raif Badawi, kurz bevor er ins Gefängnis musste. Badawis Blog „Free Saudi Liberals“ wurde nach seiner Inhaftierung gelöscht. Die Ermordung des Journalisten Jamal Kashoggi in Istanbul im Oktober 2018 zeigte, wie weit der Arm des saudischen Königshauses reicht. Der Fall erschütterte die Weltgemeinschaft und verdeutlicht, dass es keine sicheren Orte für Journalistinnen und Journalisten gibt, die ihre eigene autokratische Regierung kritisieren. Badawis Frau, Ensaf Haidar, hält das Wirken und den Mut ihres Mannes aufrecht. Sie war es auch, die den Raif Badawi Award für mutige Journalistinnen und Journalisten in islamisch geprägten Gesellschaften, zusammen mit dem TV-Moderator Constantin Schreiber, initiierte. Der Award erinnert an den liberalen Freiheitskämpfer Raif Badawi und würdigt diejenigen, die sich unter schwierigsten Bedingungen für Meinungs- und Pressefreiheit einsetzen. Am 16. Oktober 2019 wird der Preis auf der Frankfurter Buchmesse verliehen.

**Michaela Lissowsky**

# SCHWERPUNKT



## AUFBRUCH OST

Vorbild München und Bayern  
– Berlin muss zum Motor  
werden für den wirtschaftli-  
chen Aufstieg der ostdeut-  
schen Bundesländer.

**// Seite 10**

## WEGWEISER

Was für Kalifornien das Silicon  
Valley ist, ist für die Region  
Dresden das „Silicon Saxony“  
– ein wirtschaftlicher Leucht-  
turm für Ostdeutschland.

**// Seite 14**

## STADT ODER LAND?

Die Menschen drängen in die  
Metropolen, ländliche  
Gemeinden verweisen. Wie  
sich der Abwanderungstrend  
stoppen lässt.

**// Seite 18**

## HANDWERK MIT TRADITION

Ein Magdeburger, fast 100 Jahre altes Hei-  
zungs- und Sanitärunternehmen blüht in der  
Marktwirtschaft richtig auf. **// Seite 20**

## ADLERSHOF

Nahe Berlin wächst Deutschlands modernster  
Technologiepark heran – weil Wissenschaft und  
Wirtschaft kooperieren. **// Seite 22**



# AUFBRUCH OST

Der wirtschaftliche Aufstieg Bayerns in der Nachkriegszeit taugt als Vorbild für die ökonomische Strategie der ostdeutschen Bundesländer. Berlin sollte der Motor sein.



Karl-Heinz Paqué

**Z**

u Anfang ein Gedankenexperiment: München in den frühen Fünfzigerjahren. Ein junger Politiker – nennen wir ihn Franz Josef Strauß – fordert lautstark, das rückständige Agrarland Bayern müsse in 30 Jahren, also gerade

mal in einer Generation, zur technologischen Topregion Deutschlands avancieren. Er wird mit dieser Forderung zunächst nicht sonderlich ernst genommen, zu groß erscheint der Rückstand Bayerns zu den hoch industrialisierten Kernregionen im Nord- und Südwesten der jungen Bundesrepublik, die sich von Rhein und Ruhr bis zu Baden und Württemberg erstrecken. Aber: Als Strauß 1988 stirbt, ist Bayern eine der führenden Wirtschaftszentren Deutschlands.

Wie gelang dies? Die Antwort ist verblüffend einfach: durch den Aufstieg des Ballungsraums München. Wie ein dynamischer Motor zog er den gesamten Süden Bayerns bis weit in die entlegensten Regionen des Landes mit nach oben. Das war kein Zauber, sondern im Wesentlichen das, was immer passiert, wenn ein städtischer Großraum kräftig wächst und wie ein Magnet Menschen anzieht. Die Einwohnerzahl Münchens stieg von rund 700.000 im Jahr 1950 auf 1,3 Millionen Mitte der Achtzigerjahre. Die Stadt war zu einer Metropolregion geworden, zum Zentrum technologischen Wissens und des Exports industrieller Spitzenleistungen und hoch qualifizierter Dienstleistungen. Und mit ihr Bayern!





Was für ein Kontrast zu den Stimmen, die derzeit über die wirtschaftliche Zukunft Mittel- und Ostdeutschlands die Schlagzeilen beherrschen. Vor wenigen Wochen stellten fast alle führenden Ökonomen fest, dass die Region auf Dauer keine Chance habe, den Westen zu erreichen. Der Rückstand in der wirtschaftlichen Leistungskraft bleibe langfristig stabil: gesamtwirtschaftlich bei rund 20 Prozent und in der Industrie bei rund 30 Prozent, wenn man es in der Höhe der Arbeitsproduktivität misst. Ähnliches gilt für das Lohnniveau.

Der Abstand ist in der Tat seit fast 20 Jahren recht konstant. Nach dem Aufholspurt der Neunzigerjahre hat sich nicht mehr allzu viel getan. Und dies lässt sich auch mit ebenso zählebigen Rückständen der Wirtschaftsstruktur erklären, die da lauten: kleinere Betriebe als der Westen, geringerer Export sowie vor allem weniger Innovationskraft gemessen an den Ausgaben und dem Personal für Forschung und Entwicklung.

### Regionale Potenziale heben

So die Standard-Story des Ostens. Sie ist natürlich für die Gegenwart faktisch nicht falsch, aber für die Zukunft merkwürdig fantasielos. Denn sie lässt die regionalen Potenziale außer Acht, die es im Osten gibt – ganz genau so wie im Bayern der frühen Fünfzigerjahre. Man ersetze „München“ durch „Berlin“ – und schon zeichnet sich als optimistische Vision ein ganz anderes Bild ab, und zwar eher noch zugunsten des heutigen Ostens im Vergleich zum gestrigen Bayern. Berlin ist heute schon eine Stadt mit derzeit 3,6 Millionen Einwohnern, fünfmal so groß wie München in den frühen Fünfzigerjahren und mit deutlichem Trend weiter nach oben. Seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts wächst der Stadtstaat Berlin wirtschaftlich schneller als alle anderen Bundesländer einschließlich Baden-Württemberg, Bayern und Hessen, der Leistungsträger der alten Bundesrepublik, und natürlich schneller als die mittel- und ostdeutschen Flächenländer, von denen derzeit vor allem Brandenburg dem Wachstum der Metropole viel verdankt.

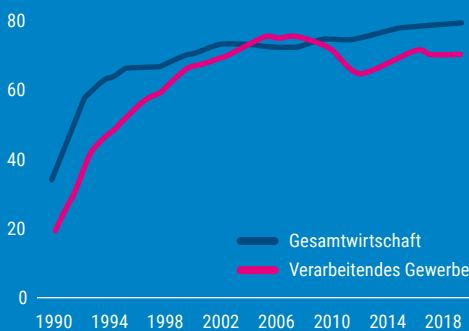
Das war übrigens in der ersten Aufholphase nach der deutschen Wiedervereinigung anders. Damals waren es die mitteldeutschen Industrie-



**Berlin – immer noch arm, aber sexy**

### ARBEITSPRODUKTIVITÄT IM OSTEN

1991–2018 (Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätigen in Prozent des Westniveaus; jeweils ohne Berlin)



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2019)

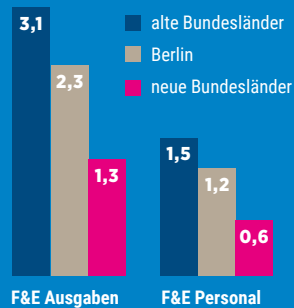
regionen - und besonders Sachsen und Thüringen -, die davoneilten, während die Hauptstadt tief in einer wirtschaftlichen Krise steckte.

Aber diese schlechten Zeiten sind vorbei. Dabei lässt sich nicht unbedingt behaupten, dass Berlin sein Potenzial voll ausschöpft. Zynisch formuliert: Die Stadtpolitik tut alles, um das Wachstum zu verhindern - aber es gelingt ihr nicht. Ein ewig unfertiger Großflughafen, eine unselige Diskussion über Enteignungen von Wohnungsbaugesellschaften und der tägliche Ärger mit einer Verwaltung, die nicht funktioniert, sind nur einige Belege dafür. Dagegen steht das ungeheure Gewicht einer Infrastruktur in der Wissenschaft, die in Deutschland ihresgleichen sucht: drei Universitäten und diverse weitere Hochschulen und Bildungseinrichtungen mit insgesamt rund 200.000 Studierenden sowie eine längst etablierte starke Gründerkultur, die rund 40 Prozent aller Start-ups in Deutschland pro Jahr hervorbringt - und dies besonders rund um die Informationstechnologie, in der unsere Nation einen klaren Rückstand gegenüber den globalen Zentren der Innovationskultur hat, allen voran gegenüber den USA.

Hinzu kommt - schwer objektiv fassbar - eine kulturelle Attraktivität: Die Stadt Berlin ist „hip“ und zieht interessante Menschen mit unternehmerischen Ideen aus aller Welt an. Man schätzt, dass rund 15.000 junge Israelis in Berlin leben und fast schon einen Ableger des quiriligen Tel Aviv schaffen. Allerdings ist die Stadt nach westdeutschen urbanen Maßstäben keineswegs wohlhabend. Mit einer 30 Prozent niedrigeren wirtschaftlichen Leistungskraft pro Kopf als Hamburg gilt noch immer das treffende Wort des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit: „Wir sind arm, aber sexy.“

Genau dies zeigt aber auch, welches Potenzial noch auszuschöpfen ist: Die Normalisierung der Leistungskraft und der Einkommen auf das höhere Niveau der westdeutschen Metropolen wie Frankfurt, Hamburg oder München steht erst noch an und könnte weiteren gewaltigen Schub bringen. Der Expansion sind auch räumlich kaum Grenzen gesetzt: Die deutsche Teilung hat dafür gesorgt, dass sich die Stadt bisher nur wenig in der Fläche ausgedehnt hat, viel weniger jedenfalls als westdeutsche Großstädte in der Zeit nach dem Krieg. Das Umland ist vergleichsweise dünn besiedelt und könnte eine Expansion Berlins recht mühelos auffangen, einen entsprechenden Ausbau der Verkehrsinfrastruktur vorausgesetzt.

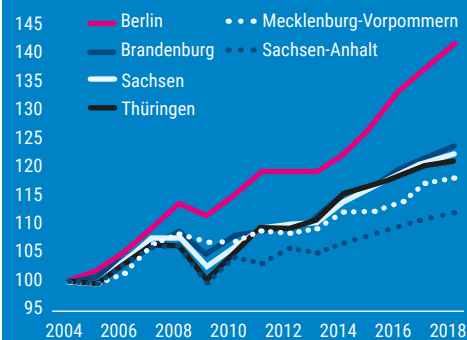
### INNOVATIONSKRAFT IM VERGLEICH, 2016\*



\* F&E-Ausgaben der privaten Wirtschaft in Prozent der BWS der privaten Wirtschaft in jeweiligen Preisen; F&E-Personal der privaten Wirtschaft in Prozent der gesamten Erwerbstätigen in der privaten Wirtschaft; private Wirtschaft: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Produzierendes Gewerbe; Dienstleistungssektor einschl. Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation sowie Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- u. Wohnungswesen, Datenquellen: Statistisches Bundesamt (2018a, 2018b); Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2018)

### PRODUKTIONSNIWEAU IN DER GESAMTWIRTSCHAFT

2004-2018 (2004 = 100; Bruttowertschöpfung (preisbereinigt))



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2019)

Was bedeutet dies für Mittel- und Ostdeutschland insgesamt? Es ist eine riesige Chance, so lautet die Antwort. Berlin und sein Umland sind umgeben von einem Kranz von Großstädten in etwa 150 Kilometer Entfernung - von Magdeburg über Halle/Saale und Leipzig bis nach Dresden. Jede dieser Städte (plus die weiter entfernten Erfurt, Jena und Rostock) sind Universitäts- und Industriestädte mit stabiler, zum Teil wieder wachsender Bevölkerung und urbanen Speckgürteln, deren „Speck“ im Vergleich zu Frankfurt am Main, Hamburg und München vielleicht noch recht mager ausfällt, aber doch auch tief ins Land reicht. Jedenfalls sind es mehr und größere Ballungszentren, als es sie in Bayern bis heute gibt.

Mitteldeutschland und der Großraum Berlin, das waren bereits in der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik etablierte Industrie- und Wirtschaftsregionen, in ihrer Innovationskraft nur vergleichbar mit dem Rhein/Ruhr-Gebiet - und natürlich weit vor Bayern!

Warum werden diese Chancen heute offenbar von der Politik nicht erkannt? Die Antwort liegt zum einen in einer latenten Neigung der Deutschen zum Pessimismus, die noch bestärkt wird durch so manche enttäuschte, weil eben völlig überzogene Erwartung der frühen Neunzigerjahre. Willy Brandt formulierte: „Was zusammengehört, wächst zusammen“; und Helmut Kohl versprach blühende Landschaften, ohne zu ahnen, dass die Einlösung des Versprechens Jahrzehnte in Anspruch nehmen würde. 30 Jahre nach dem Mauerfall sind aber die Voraussetzungen endlich so, dass ein zweiter Spurt - ein Aufbruch Ost nach dem Aufbau Ost



- nicht nur nötig, sondern auch möglich ist. Dazu bedarf es allerdings eines grundlegenden mentalen Wandels: weg von der Diagnose und Klage des noch nicht Erreichten zu einer Orientierung auf Zukunftsziele.

### Masterplan Aufbruch Ost

Es sind vor allem zwei Ziele, die für einen Masterplan Aufbruch Ost ins Auge gefasst werden müssen: das weitere Wachstum des Motors Berlin sowie die Vernetzung des gesamten mittel- und ostdeutschen Wirtschafts- und Wissenschaftsraums.

Was die Metropole Berlin betrifft, wäre es nicht im Geringsten vermessend, eine Zukunft mit fünf Millionen Menschen bis zur Jahrhundertmitte ins Auge zu fassen, also ein Wachstum der Bevölkerung des Großraums von knapp 50.000 Menschen pro Jahr. Dies erfordert natürlich ein entschlossenes Investitionsprogramm, was die Erschließung des Umlands und die Verdichtung der Stadt selbst betrifft. Die Länder Berlin und Brandenburg müssen ihre provinzielle Eigenbrötelei aufgeben. Dafür braucht es kein gemeinsames Bundesland, aber eine effiziente gemeinsame Raumplanung, von der auf lange Sicht alle profitieren. Es ist der gemeinsame Weg zurück zur Weltstadt Berlin, so wie sie das Kaiserreich und die Weimarer Republik kannte, aber natürlich in moderner Form.

Was den Kranz der Städte in den umliegenden Ländern jenseits von Brandenburg betrifft, muss alles getan werden, um die räumliche Arbeitsteilung mit dem wachsenden Berlin zu verdichten. Dies erfordert die Pflege der Infrastruktur in Kommunikation und Verkehr. Daneben muss ein kräftiger Sprung in der Vernetzung der Wissenschaftslandschaft zustandekommen. Erst diese ermöglicht langfristig ein mittel- und ostdeutsches Zusammenwachsen auch jener wirtschaftlichen Start-up-Kultur, die bisher vor allem in Berlin angesiedelt ist. Dabei bringen Sachsen, Sachsen-Anhalt und auch Thüringen eigene technisch-industrielle Schwerpunkte mit, die in der Vergangenheit wurzeln, aber zukunftsweisend sind, so zum Beispiel die Mikroelektronik in Sachsen, Maschinenbau, Chemie und Fotovoltaik in Sachsen-Anhalt sowie Feinmechanik und Optik in Thüringen.

Auch jenseits von Berlin muss natürlich der Grundsatz gelten: weg von Provinzialität und hin zu einer Zusammenarbeit über Ländergrenzen. Dies ist der einzige Vorteil, den man dem Land



Montage an Statoren für Elektromotoren in der Firma Pamo Reparaturwerk in Bitterfeld. Es gilt, die technisch-industriellen Schwerpunkte der ostdeutschen Bundesländer für den Aufschwung zu nutzen.

Bayern zu Zeiten von Franz Josef Strauß zubilligen muss: Es gab seinerzeit nur ein Bayern als politische Einheit, und da fiel es möglicherweise leichter, von provinzieller Kleinteiligkeit abzusehen. Aber auch in Bayern gab es „Stämme“ mit unterschiedlichen regionalen Interessen - von Ober- und Niederbayern bis in die Oberpfalz und nach Franken. Es wird Zeit, dass sich der Osten wie damals die Bayern auf seine gemeinsamen Hausaufgaben konzentriert. Insofern muss eine gemeinsam erlebte und erlittene Vergangenheit in der ehemaligen DDR kein Nachteil sein. Im Gegenteil: Sie kann beim Aufbruch Ost beflügeln - vorausgesetzt, man schaut endlich zuversichtlich in die Zukunft. ●

**KARL-HEINZ PAQUÉ** (62) ist Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Er lebt in Magdeburg und Berlin: Paqué ist Inhaber eines Lehrstuhls für Internationale Wirtschaft an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und war von 2002 bis 2006 Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt. Er sagt: „Für mich ist die Deutsche Einheit ein Lebensthema - als ‚Wossi‘, der aus dem Saarland stammt und seit 1996 mit seiner Frau im Osten Wurzeln geschlagen hat.“

#### Quellen:

Statistisches Bundesamt (2018a): „Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2016 nach Bundesländern und Sektoren“. Abrufbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Forschung-Entwicklung/Tabellen/fue-ausgaben-bundeslaender-sektoren.html>.

Statistisches Bundesamt (2018b): „Personal für Forschung und Entwicklung 2016 nach Bundesländern und Sektoren“. Abrufbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Forschung-Entwicklung/Tabellen/fue-personal-bundeslaender-sektoren.html>.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2018): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2017 I(1). Stuttgart.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2019): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2018 I(1). Stuttgart.



# EI VERBIBBSCH\*

\*Sächsisch für: „Sieh mal einer an!“

Rund 2.300 Firmen, knapp 65.000 Beschäftigte: Das „Silicon Saxony“ ist der wirtschaftliche Leuchtturm Ostdeutschlands. Erfolgsgaranten sind der Mix aus Schwergewichten wie Infineon oder Bosch sowie verheißungsvollen Start-ups, eine schlanke Bürokratie – und das ganz besondere Cluster-Gefühl rund um Dresden.

Florian Flicke



**D**er glühende Fürsprecher kommt selbst gar nicht aus dem Osten der Republik, geschweige denn aus Dresden. Heinz Martin Esser, 64, stammt aus Köln und ist mit Karneval und dem rheinischen Kapitalismus groß geworden. Ende der Neunzigerjahre verschlug es den studierten Betriebswirt und Wirtschaftsingenieur dann nach Sachsen. „Heute will ich hier nicht mehr weg“, sagt Esser. Er schätzt das breite Kulturangebot Dresdens, die Entspannung

verglichen mit Millionenstädten wie Berlin, Hamburg oder auch Köln und mittlerweile auch das bisweilen sehr gewöhnungsbedürftige sächsische Idiom. Wirtschaftlich betrachtet ist die Region Dresden alles andere als verschlafen: „Silicon Saxony“, die Gegend zwischen Freiberg, Chemnitz und Dresden, ist Europas größter Mikroelektronikstandort. Etwa jeder zweite in Europa verwendete Mikrochip – ob in Autos, Smartphones oder Notebooks – ist made in Saxony. Etwa 2.300 Unternehmen mit rund 65.000 Mitarbeitern entwickeln, fertigen

und vermarkten hier integrierte Schaltkreise oder beliefern die Chipindustrie mit Materialien und Ausrüstungen, produzieren und vertreiben elektronische Produkte und Systeme auf der Basis integrierter Schaltungen oder programmieren und vermarkten Software. Der jährliche Gesamtumsatz aller sächsischen Firmen aus der Informations- und Kommunikationstechnologie beträgt rund 14 Milliarden Euro, meldet der Silicon Saxony e. V.

## Bosch macht Dreierbande perfekt

Der Verband bündelt die Interessen von rund 350 Mitgliedern und ist damit nach eigenen Worten das größte Hightechnetzwerk Sachsens und eines der größten Mikroelektronik- und IT-Cluster Deutschlands sowie Europas. Der gebürtige Kölner Esser ist dessen Präsident – doch das nur im Nebenberuf. Den Hauptteil seiner Arbeit bringt er als Geschäftsführer von Fabmatics: Der Mittelständler hat 200 Mitarbeiter in Dresden sowie einen weiteren Standort in Salt Lake City im US-Bundesstaat Utah.



Fabmatics' Stärke ist es, die „Fabs“ genannten Fabriken für die Produktion von Halbleitern zu automatisieren. Dank Robotern wie dem „Hero Fab 300“ und weiteren Automatisierungslösungen erzeugen Halbleiterproduzenten genau die reine Atmosphäre, die sie für die Produktion der ebenso daten- wie staubsensiblen Siliziumchips mit ihren millionstel Millimeter kleinen elektronischen Schaltstrukturen benötigen. Die Reinräume in den Fabs müssen steriler sein als ein OP-Saal im Klinikum. „Bei der

## „Heute will ich hier nicht mehr weg.“

**Heinz Martin Esser,**  
Präsident des Silicon Saxony e. V.

Systemintegration von Halbleiterfabriken ist Fabmatics weltweit einzigartig“, sagt Esser.

Abnehmer für seine Produkte findet Fabmatics zahlreich vor der eigenen Haustür. Seit Mitte der Neunzigerjahre hat Infineon als mittlerweile eigenständige Halbleitersparte von Siemens seinen Sitz an der Elbe. Wenige Jahre später zog es auch den US-amerikanischen Intel-Konkurrenten AMD nach Dresden - der nach einer tiefen Krise heute als Globalfoundries am Markt agiert. Ende kommenden Jahres soll im Silicon Saxony schließlich die modernste Halbleiterfabrik Europas den Betrieb aufnehmen: Eine Milliarde Euro gibt Bosch für sein neues Mikrochipwerk aus. Das Unternehmen, das jüngst mit der Ankündigung Schlagzeilen machte, ab kommendem Jahr ►





Dritter Chip-Leuchtturm für Dresden: Ende 2020 soll die neue Mikrochipfabrik von Bosch öffnen – hier eine Computeranimation des fertigen Baus. Eine Milliarde Euro beträgt die Investitionssumme. EU und Bundesland schießen 300 Millionen Euro dazu.

komplett klimaneutral produzieren zu wollen, bekommt dabei gut ein Drittel der Investitionssumme von der Europäischen Union und dem Land Sachsen zurückgezahlt. Für als „strategisch“ erachtete Projekte in der Mikroelektronikbranche lockert die ansonsten sehr strenge EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager die Regeln und erlaubt ausnahmsweise Subventionen von bis zu 30 Prozent.

Kritiker wenden immer wieder ein, die Erfolgsgeschichte des sächsischen IT-Tals sei im Grunde nur eine Story der Subventionsmilliarden. Richtig ist: Gerade der erste Ministerpräsident des Freistaats Sachsen, Kurt Biedenkopf, nahm mächtig Geld in die Hand, um Infineon und AMD in die sächsische Diaspora zu locken. Dorthin, wo es zu DDR-Zeiten zwar das VEB Kombinat Robotron gab, damit viele Ingenieure und Facharbeiter, und wo Forscher noch vor dem Mauerfall der Weltöffentlichkeit einen – nicht marktfähigen – eigenen 1-Megabit-Speicherchip präsentierten, aber nach der Wende die große Resignation und Arbeitslosigkeit herrschten.

Eine kolportierte halbe Milliarde Euro ließ sich das Land Sachsen allein die Ansiedlung von Siemens kosten. Kurt Biedenkopf wollte ein modernes „Cluster“ schaffen – frei nach einem Ausspruch seines Vaters, eines Unternehmers: „Wo Tauben sind,

fliegen Tauben hin.“ An der Politik des Viel-hilft-viel hat sich auch unter den Nachfolgern in der sächsischen Staatskanzlei wenig geändert.

Die reine marktwirtschaftliche Lehre ist das nicht. Das Beispiel des Silicon Saxony zeigt aber auch: Wenn die übrigen Rahmenbedingungen stimmen, sich die Landes-



Mikrochip-Produktion bei Globalfoundries: Um die Partikelbelastung im Reinraum so gering wie möglich zu halten, tragen die Mitarbeiter in der Produktion spezielle Reinraumkleidung: einen Reinraumanzug, eine Kopfhaut, Handschuhe, Mundschutz und Schuhe.

und Lokalpolitiker voll reinhängen und Behörden wie im Fall der drei großen Chipfabriken Bauanträge auch mal im Rekordtempo durchwinken, können sich Startsubventionen durchaus rechnen. „Jede Subvention in das Cluster hat sich binnen weniger Jahre durch Steuereinnahmen selbst getragen“, glaubt Heinz Martin Esser.

### Von der Hochschule ins Chefbüro

Vor allem der Trickle-down-Effekt hat funktioniert: Um die Leuchttürme Infineon, Globalfoundries und künftig auch Bosch hat sich längst ein dichtes Netz von Mittelständlern wie Fabmatics gebildet. Dazu kommen aussichtsreiche Start-ups wie Wandelbots, das zu den weltweit spannendsten Aufsteigern im Bereich der Robotersoftware gehört (siehe dazu Interview mit CEO und Gründer Christian Piechnick rechts). Mehr und mehr Absolventen der renommierten TU Dresden, an der Piechnick und seine Mitstreiter studierten, sowie vieler weiterer ortsansässiger Forschungsinstitute wie der gut ein Dutzend Fraunhofer-Institute entscheiden sich für die selbstständige Unternehmerkarriere.

Genug zu tun gibt es im sächsischen Valley derzeit für alle – ob eigener Chef oder angestellt. „Allein im Softwarebereich haben wir uns das Ziel gesetzt, in den kommenden Jahren die Zahl der Mitarbeiter von heute 25.000 auf 50.000 zu verdoppeln“, sagt etwa Raik Brettschneider. Er ist Geschäftsführer von Infineon Dresden. Seine Prophezeiung: „Die Chipfertigung wird im Cluster weiter an Bedeutung gewinnen. Elektromobilität und autonomes Fahren sind zwei wichtige Trends, die das Wachstum in der Chipindustrie weiter antreiben werden.“ Heißt übersetzt: Die Zukunft spricht (auch) Sächsisch. ●

**FLORIAN FLICKE** kann sich mit Fug und Recht einen „Digisaurier“ nennen. In der antiken Programmiersprache Basic tüftelte er als Schüler einst an eigenen Mathe- und Vokabelprogrammen. Für einen gut bezahlten Job im Silicon Saxony genügt das heute aber sicher nicht mehr.



# „Unser Ziel: Weltspitze“

Erst im November 2017 gegründet, startet die Dresdner Wandelbots GmbH auf dem Markt für Robotersoftware kräftig durch. Das rasante Wachstum verdankt CEO und Mitgründer Christian Piechnick nicht zuletzt dem Standort Sachsen.

**Herr Piechnick, die besten Gründer können ihre Ideen ja während einer kurzen Fahrstuhlfahrt erklären. Also, steigen wir sinnbildlich ein – was machen Sie, in aller Kürze?**

Wandelbots arbeitet an einer Plattform, um jeden Roboter in beliebige Applikationen zu bringen. Dies ist vergleichbar mit dem Beitrag, den Microsoft mit Windows für PCs gebracht hat.

**Christian Piechnick, der sächsische Bill Gates?**

Man muss sich hohe Ziele setzen. Im Ernst: Bis es so weit ist, wird noch etwas Wasser die Elbe hinabfließen. Aber tatsächlich peilen wir im Segment der Robotersoftware die Weltmarktspitze an. Mit derzeit knapp 40 Mitarbeitern – zum Start waren wir gerade zu zweit – sind wir zwar noch winzig, aber bereits bedeutsam. Die Markt- und Beratungsfirma Gartner hat Wandelbots jüngst zu den „Global Top-10 Technology Trends“ für 2019 gezählt.

**Was genau ist das Besondere an Ihren Produkten? Industrieroboter sind schließlich nicht mehr so neu.**

Genau hier setzen wir an: Der Markt für Automatisierungssoftware ist heute maßgeblich durch konservatives Denken und Rückwärtsgewandtheit geprägt. An der Art und Weise, wie die wachsende Zahl der Industrieroboter programmiert wird, hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten kaum etwas verändert. Anders gesagt: Die Roboter werden immer



Volkswagen-Vorstandschef Herbert Diess, im weißen Overall, zeigt sich begeistert von der Wandelbots-Software. Auch Chiphersteller Infineon setzt in der Logistik und Montage auf die Ideen des Start-ups.

mehr und immer besser, aber die Programmierung ist von vorgestern.

**Das müssen Sie uns genauer erklären.**

Die Industrieroboter werden immer noch aufwendig einzeln programmiert. Das kostet Zeit und viel Personaleinsatz. Doch entsprechende Fachleute sind teuer, schwer zu finden und gerade im Mittelstand eine Rarität.

**Was machen Sie denn anders?**

Wir setzen smarte Kleidung als Controller für das Anlernen eines Roboters ein. Dafür haben wir eine spezielle und intelligente Jacke entwickelt, mit der sich die Roboter steuern lassen. Der Mensch in der Jacke



Christian Piechnick ist Vorstandschef und einer von sechs Gründern des Start-ups Wandelbots. Am Feierabend im Unilabor schmiedeten die Doktoranden den Plan, den Robotermarkt aufzurollen. Aus dem Hobby wurde Ernst.

macht die Bewegungen vor, der Roboter macht es dann nach. Mit den smarten Jacken können weitgehende Techniken hochkomplexe Maschinen anlernen. Unser langfristiges Ziel ist es, Roboter auf diese Weise 20-mal schneller und zehnmals kostengünstiger zu trainieren als mit herkömmlichen Prozessen.

**Welche Rolle spielte das Cluster für Ihre Gründung? Wäre diese Erfolgsstory auch in München oder Berlin möglich gewesen?**

Ich denke, nein. Als gebürtiger Thüringer und Student der TU Dresden wollte ich bewusst etwas in der Heimat aufbauen. Die Umgebungsvariablen sind für uns hier ideal. In dieser Ausprägung und mit diesem klaren Fokus auf die Mikroelektronikbranche samt Zulieferern, Dienstleistern und Kunden etwa aus dem Anlagen- und Maschinenbau ist das Silicon Saxony deutschland-, wenn nicht europaweit Spitze. Hinzu kommen die exzellenten Forschungsmöglichkeiten und die engen Drähte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Wir sechs Gründer von Wandelbots haben uns allesamt an der TU Dresden kennengelernt. Unsere Professoren haben uns Mut gemacht, den Sprung in die Selbstständigkeit zu wagen.

**Klingt nach einem Paradies für Gründer.**

Was den Gründergeist betrifft, gibt es in Dresden und Umgebung noch Luft nach oben. Da sind wir vom Silicon Valley noch Lichtjahre entfernt. Aber was nicht ist, kann ja noch kommen.



# Stadt, Land, Flucht!

Viele dörfliche Gemeinden und Kommunen vor allem in Ostdeutschland leiden unter einem Einwohnerschwund. Soll der Teufelskreis aus Abwanderung und Attraktivitätsverlust gestoppt werden, braucht es ein staatliches Konzept.

**Dirk Assmann**

**A**

uch wenn in der öffentlichen Diskussion mitunter der Eindruck entsteht, unsere Zukunft werde sich ausschließlich in Städten abspielen: Die Bundesrepublik Deutschland ist noch immer durch ländliche Regionen geprägt. Diese nehmen über 90 Prozent der Fläche Deutschlands ein und bieten trotz anhaltender „Landflucht“ Platz für mehr als 50 Prozent der Bevölkerung. Insbesondere im Osten Deutschlands wird die Entwicklung ländlicher Regionen in den nächsten Jahren eine zentrale Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufholprozess haben.

Dieser Prozess verläuft keineswegs gleichförmig. Die an Berlin angrenzenden Landkreise in Brandenburg verzeichneten

seit 2010 deutlich mehr Zu- als Fortzüge. Die wirtschaftliche Entwicklung der Hauptstadt strahlt also bereits auf die umliegenden Regionen aus.

Für Regionen, die besonders stark vom Strukturwandel betroffen sind und nicht in Reichweite einer Wirtschaftsme-

tropole wie Berlin liegen, sieht die Situation komplett anders aus. Insbesondere die Lausitz gilt als Beispiel einer abgehängten ländlichen Region. Aktuelle Bevölkerungsprognosen sagen dem brandenburgischen Landkreis Oberspreewald-Lausitz den Verlust von fast 20.000 Einwohnern bis zum Jahr 2030 voraus.

Solche Abwanderungsprozesse können regional schwerwiegende Folgen haben. Mit der Bevölkerung gehen nämlich auch Kauf- und Arbeitskraft sowie wichtige Steuereinnahmen verloren. In der Folge müssen Läden und Betriebe schließen und auch grundlegende Leistungen der Daseinsvorsorge sind immer schwieriger aufrechtzuerhalten. Das führt zu einem Attraktivitätsverlust und vertreibt damit noch mehr Menschen aus der Region – ein

Teufelskreis wird mit der Abwanderung in Gang gesetzt.

Von einer deutschlandweiten Landflucht kann aber nicht die Rede sein: Eine repräsentative Umfrage aus dem vergangenen Jahr zeigt, dass das Leben in der Großstadt nur für 21 Prozent der Befragten die erste Wahl ist. 78 Prozent ziehen das Leben in Dörfern oder Kleinstädten vor. Potenzial wäre also vorhanden. Was muss man tun, damit schrumpfende ländliche Regionen in Ostdeutschland an Attraktivität gewinnen und als Wohnort infrage kommen?

Zum Beispiel sollten nicht nur die urbanen Zentren von der Digitalisierung profitieren. Gerade in den ländlichen Regionen kann Technologie zu einer Revitalisierung des Dorflebens beitragen. In einigen Dörfern gibt es bereits erste Apps, mit denen die Dorfbewohner untereinander kommunizieren, Kontakt mit der Verwaltung aufnehmen und Einkäufe bei regionalen Erzeugern tätigen können. Auch das Problem des Ärztemangels kann durch die Digitalisierung entschärft werden, wenn Ärzte etwa mithilfe von Telemedizin effizienter arbeiten und mehr Patienten versorgen können.





## Viele, wenn auch nicht alle Probleme des ländlichen Raums lassen sich mit der Digitalisierung lösen.

Bevor jedoch die Vision des „intelligenten“ Dorfs Wirklichkeit werden kann, muss der Staat für die notwendige Voraussetzung sorgen: schnelles Internet. Doch genau diese Voraussetzung ist nur in den wenigsten ländlichen Regionen Ostdeutschlands erfüllt. Dieses Versäumnis gefährdet nicht nur die Idee des Smart Village, sondern den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland. Mit leistungsfähigen Breitbandverbindungen und einem schnellen mobilen Netz werden kreative Köpfe und Unternehmen angelockt, die den überlaufenen und teuren Metropolen entkommen wollen. Flächen-deckendes High-Speed-Internet ist also die Voraussetzung dafür, dass ländliche Räume prosperieren können – gern auch an jeder Milchkanne.

Nicht alle Probleme des ländlichen Raums freilich haben mit mangelnder Digitalisierung zu tun. Das Leben auf dem Land ist seit jeher stark von bürgerschaftlichem Engagement geprägt. Die dörfliche Gemeinschaft lebt davon, dass Menschen mit eigenen Ideen zum Allgemeinwohl beitragen. Doch diese Menschen brauchen eines nicht: überbordende Bürokratie. Es kann nicht sein, dass die Organisatoren

ehrenamtlich betriebener Bürgerbusse und Dorfläden, die in einigen Dörfern die Mobilitäts- und Nahversorgung ergänzen, sich mit bürokratischen Hürden auseinandersetzen müssen. Zahlreiche Vorhaben und Ideen sind daran bereits gescheitert.

Auch andere Faktoren können sich negativ auf das bürgerschaftliche Engagement auswirken. Insbesondere in Ostdeutschland sind durch großflächige Gemeinde- und Kreisgebietsreformen riesige Verwaltungseinheiten entstanden, mit denen sich die Menschen nicht mehr identifizieren können. Eine Studie des ifo Instituts Dresden, die von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Auftrag gegeben wurde, zeigt, dass sich solche Gebietszusammenschlüsse äußerst negativ auf die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement auswirken und populistisches Wahlverhalten begünstigen. Besser wäre es, auf freiwillige punktuelle Kooperationen zwischen Kommunen zu setzen.

Nur die wenigsten ländlichen Regionen in Ostdeutschland haben das Glück, von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der

Hauptstadt zu profitieren. Damit die restlichen ländlichen Regionen Ostdeutschlands attraktiv bleiben oder werden, braucht es wichtige Weichenstellungen durch die Politik: schnelles Internet, ein umfassendes Konzept zur Digitalisierung sowie Bürokratieabbau zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in Kommunen.

Viel Zeit zum Handeln bleibt nicht, denn je weiter der Teufelskreis aus Abwanderung und Attraktivitätsverlust fortgeschritten ist, desto schwieriger wird es, ihn zu durchbrechen. ●

**DIRK ASSMANN** ist Referent für Innovationsräume und Urbanisierung im Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Er hat im Bereich der Regional- und Stadtökonomik promoviert und beschäftigt sich im Rahmen seiner aktuellen Tätigkeit mit der wirtschaftlichen Entwicklung von urbanen und ländlichen Räumen.

# „Wer für etwas brennt, bewegt etwas“

Mittelständler mit Tradition gibt es nicht nur in Bayern oder Baden-Württemberg, sondern auch in Ostdeutschland. In Magdeburg etwa hat ein fast 90 Jahre altes Heizungs- und Sanitärunternehmen seinen Sitz, das zwei Regime überlebt hat – und nun in der Marktwirtschaft so richtig aufblüht.

**Almut Steinecke**

**E**in freundlicher Herbsttag Ende der 1960er-Jahre, ein kleines Dorf bei Magdeburg. Andere Jungen nutzen nach Schule und Hausaufgaben das gute Wetter aus, gehen mit Freunden Fußball spielen. Gerhard Schünemann jedoch sitzt in seinem Zimmer. Der damals 14-Jährige klappt seine Bücher zu, verstaut die Lernkladden in seinem Schulranzen und setzt sich ans Fenster, um gebannt durch die Fensterscheibe nach draußen zu schauen. Gegenüber im Haupthaus des benachbarten Bauernhofs sind schon seit Wochen Arbeiten im Gange. Die Handwerker dort bauen eine Zentralheizung ein. Es ist überhaupt erst die zweite Zentralheizung im ganzen Ort – ein Ereignis, das dem jungen Schünemann den Lebensweg ebnet.

Denn heute führt er die Schünemann Heizung-Sanitär GmbH mit Sitz in Magdeburg – das Erlebnis aus seiner Jugend war für ihn gleichsam prägend und richtungsweisend. „Zu sehen, wie glücklich unsere Nachbarn waren, als bei ihnen die Zentralheizung eingebaut wurde und sie nicht mehr mit Kohle heizen mussten, hat mich so fasziniert. Dieser Fortschritt, diese Moderne hat mich damals mitgerissen“, erinnert sich Schünemann.

Als ältester Sohn der Familie hätte er eigentlich den Bauernhof seines Vaters übernehmen sollen. „Aber ich konnte meinen Vater davon überzeugen, dass ich mich eher für Heizung und Sanitär interessiere“, erzählt Schünemann. Im Alter von 16 Jahren begann er deshalb nach der Schule eine Lehre in einem Magdeburger Baube-

trieb mit großer Sanitär- und Heizungsabteilung. Es zeigte sich: Die Flamme der Begeisterung für die Arbeit in einem mehr als 100 Jahre alten Handwerk erlosch nicht, sondern wurde dadurch weiter angefacht.

Für sprunghaftes Verhalten ist Schünemann sowieso nicht der Typ. „Wenn ich mir einmal was in den Kopf gesetzt habe, dann lasse ich davon nicht los, dann ziehe ich das durch“, sagt er. Heizungen zu montieren und zu warten bereitete ihm riesige Freude. „Wärme in die Wohnungen zu bringen geschieht ja zum Wohle der Menschen und greift positiv in den Lebensalltag ein – ich war stolz, das zu erlernen.“

## Ausbildung zum Meister

Nach abgeschlossener Ausbildung arbeitete Schünemann als Heizungsmonteur in einer städtischen Wohnungswirtschaft, wo er bereits nach kurzer Zeit als Lehrfacharbeiter tätig war, also Lehrlinge ausbildete, und dabei viel Freude empfand. Zwischen 1986 und 87 machte er seinen Meisterbrief, durfte sich fortan „Zentralheizungsbaumeister“ nennen. Ein Titel, der ihm eine wichtige Tür öffnete. „Natürlich herrschte in der damaligen DDR die Planwirtschaft, aber hin und wieder brach der Staat sein System etwas auf, um die Versorgungslage zu entzerren, und erlaubte Ausnahmen.“ So kam es, dass sich Schünemann als frischgebackener Meister 1988 die Chance bot, das alteingesessene Magdeburger Unternehmen Hendrichs zu übernehmen, das seit 1930 in der Haus- und Industrietechnik tätig war. Einen eigenen Betrieb zu gründen, um so innerhalb des



Gerhard Schünemann im Lager seines Betriebs – eines lupenreinen Familienunternehmens, das im Schnitt 25 Fachkräfte beschäftigt.



bestehenden Systems eigenständig zu arbeiten, war sein Traum.

Dass dieser Betrieb auch noch tradierte Wurzeln besaß, dem Nazi-Regime erfolgreich getrotzt hatte und sich auch im Sozialismus zu behaupten wusste, „das hat mich mindestens noch mal doppelt so fasziniert wie das Sanitärhandwerk an sich“, sagt Schünemann. „Der Inhaber Hans-Joachim Hendrichs hatte sich nicht von den Unwägbarkeiten des Krieges abschrecken lassen, seine Heizungen mitunter aus Teilen montiert, die er mit seinem Team aus den Trümmern zerbombter Häuser zusammengesucht hatte.“

### Lupenreiner Familienbetrieb

Diesen Unternehmergeist führt Schünemann seit der Übernahme bis heute fort. Dem Vorgängerunternehmen Hendrichs drückte er mit dem Schünemann-„S“, das sich im Logo um einen klassischen Gliederheizkörper mit Ventil und Verschraubung windet, seinen einprägsamen Stempel auf. Die Firma ist heute ein lebendiger Familienbetrieb, in dem alle mithelfen: Bruder Frank leitet den Kundendienst, Tochter Anja und Neffe Christian verantworten die Buchhaltung, Sohn Gerhard arbeitet als Meister im Sanitär- und Heizungsbereich, und Schwiegersohn René, der Mann von Tochter Anja, ist Partner in der Geschäftsführung. Die im Durchschnitt 25 Mitarbeiter des Unternehmens sind Profis bei Öl- und Gasanlagen, montieren Klimaanlage und Wärmepumpen und kümmern sich von der Planung bis zum Feinschliff um das Einrichten moderner, auch barrierefreier Bäder.

Auf der Höhe der Zeit zu sein ist Schünemann wichtig. „Wir leben in unserem Betrieb den Standard der CO<sub>2</sub>-Neutralität“, sagt er. „Wir waren eines der ersten Unternehmen, die in den 1990er-Jahren Anlagen verbaut haben, die das Heizen und die Warmwasseraufbereitung mittels Solarenergie ermöglichen. Auch gehörten wir zu den Ersten, die auf Anlagen mit Fotovoltaik setzten, bei der aus Sonnenenergie Strom gewonnen wird. Von beiden Techniken bin ich ungebrochen sehr großer

Fan!“ Diese fast kindliche Begeisterung macht Schünemann aus. Begeisterung ist aus seiner Sicht wichtig – auch wenn sie mit ungewöhnlichen Mitteln erfolgt, wie es etwa die „Fridays for Future“-Bewegung vormacht, für die Jugendliche aktuell während der Schulzeit auf der Straße für mehr Klimabewusstsein demonstrieren. „Ich finde es grundsätzlich gut, wenn junge Menschen für etwas kämpfen. Nur wer für etwas brennt, bewegt auch etwas.“ ●



Zwischen Tradition und Moderne: In seiner Firma, deren Wurzeln bis 1930 zurückreichen, achtet Schünemann auf Kohlendioxidneutralität.



**ALMUT STEINECKE** lebte als Volontärin in einer mit Gasöfen beheizten Wohnung. Der Betrieb war teuer, die Öfen unzuverlässig. Oft gingen sie ohne Vorwarnung einfach aus – vorzugsweise im Winter. Heute muss sie dank moderner Heizung zum Glück nicht mehr frieren.



# STANDORT MIT STRAHLKRAFT

Der Adlershof in Berlin blickt auf eine große Vergangenheit zurück: Wiege des deutschen Motorflugs, Forschungs-, Film-, dann Fernsehzentrum, heute Deutschlands modernster Technologiepark.

**Lara Sogorski**

**S**ie sind die Hoffnung für Millionen Patienten weltweit: Moderne Therapieformen versprechen im Kampf gegen Krebs neue Erfolge. Dabei wird das körpereigene Immunsystem unterstützt, selbst wieder gegen die Krebszellen vorzugehen. Vielleicht wird das bald Standard in der Krebstherapie. Daran glaubt auch Holger Wenschuh, Geschäftsführer der JPT GmbH. Die Biotechnologiefirma stellt Peptide her, die dem Immunsystem helfen, Tumorzellen im Körper zu erkennen, um dagegen Antikörper zu produzieren. JPT beliefert weltweit Forschungsinstitute sowie Pharma- und Biotechnologiekonzerne. Fast täglich verlassen kleine Päckchen mit Hoffnung die Firma in der Volmerstraße 5 in Adlershof.

Gerade im Bereich Biotech und Life Sciences zählt der Berliner Wissenschafts- und Technologiepark zu einem der modernsten und führenden Standorte in Deutschland, aber auch international. „2006 wusste niemand, was Adlershof ist. Heute profitieren wir als Hightechfirma weltweit vom guten Ruf des Standorts“, sagt Wenschuh, wenn er auf die Anfänge von

JPT im Technologiepark zurückblickt. In den vergangenen Jahren ist das Unternehmen auf eine Größe von mehr als hundert Mitarbeitern gewachsen. Und, davon ist der Geschäftsführer überzeugt: „Dazu haben die guten Bedingungen hier im Park, was Infrastruktur und die Nähe zu Unis und Forschungsinstituten angeht, entscheidend beigetragen.“

## Beispielhafte Kooperationen

Adlershof zeigt: Aus der Kombination von Unternehmergeist und Wissenschaft kann eine einzigartige wirtschaftliche Stärke entstehen. Das spiegelt sich auch in der mehr als 250-jährigen Geschichte des Stadtteils. Geht man bis zum Beginn der 1900er-Jahre zurück, wurde zu dieser Zeit gerade das Flugfeld Johannisthal eingeweiht. Daraus entwickelte sich das Zentrum der deutschen Luftfahrt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Deutsche Akademie der Wissenschaften gegründet, später in Akademie der Wissenschaften der DDR umbenannt. Außerdem nahm der Deutsche Fernsehfunke in Adlershof seinen Sendebetrieb auf. 1991, nach Öffnung der Mauer, veröffentlichte der Senat den Grundsatzbe-

schluss zum Leitbild der „Stadt für Wissenschaft, Wirtschaft und Medien“.

Seitdem entwickelt der stadteigene Standortbetreiber und Immobilienmanager WISTA Adlershof immer weiter. Derzeit sind im Wissenschafts- und Technologiepark rund 530 Unternehmen mit 7.400 Mitarbeitern ansässig. Sie erzielten zuletzt – ohne Fördermittel – einen Gesamtumsatz von fast einer Milliarde Euro. Dazu kommen zehn außeruniversitäre Forschungseinrichtungen mit 1.750 Mitarbeitern und sechs Institute der Humboldt-Universität, an denen mehr als 6.300 Studentinnen und Studenten an der Zukunft forschen. „Wir haben eine kritische Masse erreicht, sodass man hier heute für fast alles, was man machen will, Kooperationspartner findet“, sagt WISTA-Chef Roland Sillmann.

Der Kooperationsaspekt ist für den Standortmanager das A und O in Adlershof. „Nur wer interdisziplinär zusammenarbeitet und als Unternehmen auch mit Forschung und Start-ups kooperiert, ist zukunftsfähig.“ Das ist gerade für junge Talente attraktiv, die nach ihrem Studium bei den Firmen oder Forschungseinrichtungen am Standort anheuern. Wissenschaft und Unternehmen wachsen gemeinsam. So wie die JPT GmbH. Wenschuh und sein Team planen bereits ihren nächsten großen Schritt: ein eigenes Firmengebäude. Investitionssumme: 35 Millionen Euro. 4.500 Quadratmeter, Platz für 150 Mitarbeiter – selbstverständlich weiterhin im Technologiepark. ●



# GESELLSCHAFT



## GEGEN POPULISTEN

Chemnitz gilt als Hochburg der Rechtsextremisten. Zu Unrecht. Die Arbeit der zivilen Bürgergesellschaft zeigt: Die Stadt ist bunt, das Image falsch.

**// Seite 24**

## KLEINE CHANCE

In Polen stehen im Herbst Wahlen an. Im Kampf um Stimmen macht die Opposition Front gegen den Rückwärtsskurs der Regierung.

**// Seite 26**

## UNTER DRUCK

Die Ergebnisse der Wahl zum EU-Parlament haben gezeigt: Die Akteure einer aufgeklärten Politik geraten zunehmend unter Druck.

**// Seite 29**

## FOTOSTRECKE

Nur wenige Väter nehmen in Schweden Elternzeit – trotz finanzieller Absicherung. Johan Bävman hat einige von ihnen porträtiert. **// Seite 34**

## PFLICHTLEKTÜRE

Im Buch »Das Integrationsparadox« beleuchtet Aladin El-Mafaalani das Thema Migration aus einem völlig neuen Blickwinkel. **// Seite 38**



# ICH WILL NICHT NACH BERLIN!

Nach der Tötung eines Deutsch-Kubaners und den anschließenden Demonstrationen von Neonazis stand Sachsens drittgrößte Stadt 2018 wochenlang im medialen Fokus der Weltöffentlichkeit. Chemnitz' Ruf als rechter Hort schien zementiert. Doch der tägliche Einsatz der zivilen Bürgergesellschaft vor Ort zeigt: Chemnitz ist bunter. **Christian Wobst**

# W

er heute durch die wie aus dem Ei gepellte Chemnitzer Innenstadt geht, der merkt keinen Unterschied zu den Zeiten vor den

Vorfällen des Sommers 2018. „Die große Aufgeregtheit hat sich gelegt“, sagt auch Klaus Kowalke. Der 51-jährige gebürtige Niedersachsen betreibt seit 2008 mit seiner Frau eine literarische Buchhandlung auf dem Kaßberg. Der Stadtteil, seines Zeichens eines der größten Gründer- und Jugendstilviertel in Deutschland, ist so etwas wie die gute Stube der Stadt, Kowalkes Buchhandlung Lessing & Kompanie ist das gut sortierte Buchregal an der Wand des Zimmers.

Weil er ein Faible für Geschichte und Philosophie hat, nehmen die wichtigsten Bücher zu den Themen in der Buchhandlung einen entsprechend exponierten Platz ein. „Wir bestellen aber auch jedes andere in Deutschland lieferbare Buch“, stellt Kowalke klar und provoziert damit automatisch die Frage, ob denn nach den Vorfällen Mitte 2018 heute andere Bücher bestellt werden als davor? „Nein“, lautet seine klare Antwort. Zwar produzieren deutsche Verlage zahlreiche Bücher, die sich unter anderem mit den Neuen Rechten oder dem weltweiten Populismus beschäftigen, bei Lessing & Kompanie stehen einige davon auch in den Regalen. Dass die Kunden aber bei ihm mehr zu diesen greifen als in ande-

ren Buchhandlungen, kann er nicht bestätigen. Er empfiehlt immer wieder den Griff zu Büchern, die das Leben in seiner ganzen Bandbreite beschreiben. „Ich nehme sehr positiv wahr, dass es heute in der Stadt unglaublich viele positive Formate und Debatten gibt“, sagt er. Das liegt zum einen an den Vorfällen im vergangenen Jahr, die dafür gesorgt haben, dass sich mehr Chemnitzer mit der Tat, ihren Folgen und deren Ursachen auseinandersetzen. Dieser Prozess ist freilich noch lange nicht abgeschlossen. Zum anderen finden die verschiedenen Foren statt, weil sich die Stadt auf den Weg gemacht hat, 2025 Kulturhauptstadt Europas zu werden. Der Stolz kehrt langsam zurück - ganz im Sinne der bekanntesten Chemnitzer Musikband Kraftklub, die in ihren Liedern immer wieder betont, nicht wie alle nach Berlin zu gehen.

## Der Aufbruch ist spürbar

Für die geschundenen Seelen der nicht mehr ganz jungen Chemnitzer Bevölkerung ist die Bewerbung um den Titel als Kulturhauptstadt wie Balsam. „Dresden regiert, Leipzig feiert, und Chemnitz verdient das



Geld“ lautet ein Spruch aus längst vergangenen Zeiten. Inzwischen liegen andere Städte im Freistaat sowohl beim zur Verfügung stehenden Einkommen als auch beim Bruttoverdienst vor Chemnitz. Aber dass sich mit der Landeshauptstadt Dresden gleich eine weitere sächsische Stadt um den Titel als Kulturhauptstadt bewirbt, dürfte die Motivation der Chemnitzer, es den Elbstädtern zu zeigen, noch verstärkt haben.

Mittlerweile hat sich herumgesprochen, dass sich Chemnitz mit seinem Theater, den Kunstsammlungen, dem Staatlichen Museum für Archäologie, dem Industriemuseum und dem Museum Gunzenhauser in Sachen Kultur nicht zu verstecken braucht. Nicht ganz so bewusst ist vielen, was in den vergangenen Jahren in diesen Einrichtungen passiert ist. „Wir haben auf städtischen Schlüsselpositionen faszinierende Köpfe hinzugewonnen. Da ist viel frischer Wind, da sind viele neue Ideen“, macht Christoph Fasbender deutlich. Der Professor für Deutsche Literatur- und Sprachgeschichte des Mittelalters und der Frühen Neuzeit an der Technischen Universität Chemnitz kam vor zehn Jahren aus Jena in die Stadt: „Da herrschte allenthalben regelrechte Depression, und die Universität war geradezu abgeschnitten. Nun blüht die Stadt auf, entfaltet sich wieder international.“

Das kann auch Hans-Georg Reichel, Geschäftsführer der Chemnitzer Cefeg GmbH, bestätigen. Der 69-Jährige hat fast 40 Jahre DDR miterlebt. Er hält nichts davon, die Wut der Ostdeutschen mit der fehlenden Anerkennung ihrer Lebensleistung durch die Westdeutschen zu erklären: „Nach der Wende war der Umgang mit der Freiheit für viele ein Problem. Aber wer den Mut hatte und sich entwickeln wollte, der hatte die besten Chancen dafür.“ Deshalb findet er es auch folgerichtig, dass sich die Stadt mit dem Slogan „AUFbrüche“ um den Titel der Kulturhauptstadt bewirbt.

Einen Aufbruch, der vor fünf, sechs Jahren in der Stadt begann, nimmt auch Martin Böhringer wahr. Der promovierte 33-Jährige ist einer von drei Geschäftsführern der Staffbase GmbH. Das Unternehmen programmiert mit rund 190 Mitarbeitern aus 20 Nationen Apps, die anderen Unternehmen die Kommunikation mit

Mitarbeitern erleichtern sollen. „Als ich vor zehn Jahren mit dem Studium in Chemnitz fertig geworden bin, zog es die meisten in den Westen. Davon kann heute keine Rede mehr sein. Viele Studenten bleiben nach dem Abschluss in Chemnitz, wollen hier etwas bewegen“, erzählt der gebürtige Karl-Marx-Städter. Die Stadt trug zwischen 1953 und 1990 den Namen des Philosophen. Böhringer sieht seine Rolle als Unternehmer auch darin, jeden Tag mit positivem Beispiel zu zeigen, was in der Stadt alles möglich ist. Das soziale Engagement seiner Mitarbeiter unterstützt er nicht nur, sondern lässt sich dieses auch etwas kosten.

Es gibt in der Stadt allerdings auch kritische Stimmen, die meinen, dass auf dem eingeschlagenen Weg hin zur Bürgergesellschaft noch viel mehr Chemnitzer mitgenommen werden müssten. Eine gehört dem Stadtrat und Unternehmer Lars Fassmann: „Es wird viel Geld in Prestigeobjekte gesteckt, aber der Verwaltung fehlt die Wertschätzung der freien Kulturszene.“ Auf dem Sonnenberg, der mit seinen vielen noch unsanierten Häusern und den mit Graffiti verzierten Wänden - um im oben gewählten Bild mit der guten Stube zu bleiben - so etwas wie das Jugendzimmer ist, ist auch mit seiner Unterstützung ein breites subkulturelles Angebot gewachsen. Zu diesem gehören der Musikklub Nikola Tesla, der Klubraum Lokomov oder mehrere Projekt- und Atelierhäuser. Laut Lars Fassmann muss es jetzt darum gehen, die Anregungen und Wünsche der freien Kulturszene in das Konzept um die Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas mit aufzunehmen. Andernfalls drohe eine weitere Abwanderung und der weitere Rückzug der bisherigen Akteure ins Private - zwei Dinge, die sich eine Kulturhauptstadt gerade nicht leisten kann. ●

**CHRISTIAN WOBST**, 39 Jahre, wuchs in Chemnitz auf und wohnt heute vor den Toren der Stadt. Über die Berichterstattung im Sommer und Herbst 2018 sagt er: „Die oberflächlichen Berichte wirkten bei vielen wie ein zusätzlicher Wutbeschleuniger.“



*„Vor zehn Jahren zog es die meisten Studenten nach dem Abschluss in den Westen. Davon kann heute keine Rede mehr sein. Sie wollen hier in Chemnitz etwas bewegen.“*

**Martin Böhringer**,  
Mitgründer und Chef  
des Chemnitzer Software-  
Start-ups Staffbase.





# Rüde Methoden und zunehmende Polarisierung

Vor den Parlamentswahlen in Polen im Herbst führt die Regierungspartei PiS einen rückwärtsgewandten Kulturkampf. Doch ihre Gegner machen mobil.

**Detmar Doering**

**A**

nfang Mai verhaftete Polens Polizei die LGTB-Aktivistin und Künstlerin Elżbieta Podlesna. Ihr Vergehen: Sie hatte ein Bild gemalt, das die Schwarze

Madonna von Tschenstochau zeigt mit einem Heiligenschein in den Regenbogenfarben der LGTB-Bewegung trug. Die nationalpopulistische Regierung der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) kommentierte in der Person von Innenminister Joachim Brudziński das Vorgehen der Polizei wohlwollend. Keine Mär von Toleranz und Freiheit, meinte er, rechtfertigte die Beleidigung der Gläubigen. Wir schreiben das Wahljahr 2019. Es geht um viel in Polen. Es geht um die Freiheit

und um den Rechtsstaat. Die Episode illustriert einmal mehr, welche Politik und welcher Politikstil zurzeit in Polen die öffentliche Debatte beherrschen. Die Methoden werden rüder und die Polarisierung in Gesellschaft und Politikbetrieb nimmt dramatisch zu. Die Konfrontation zu Fragen der Religion scheint dabei der Regierungspartei wie gerufen zu kommen. Was andernorts als Verletzung künstlerischer Freiheit undenkbar wäre, dient der Partei als Mittel zur Mobilisierung der Kernwähler: Die Kirche wird wieder geneigter sein, die PiS offen zu unterstützen, von unangenehmen Themen wird abgelenkt und gerade in ländlichen Gemeinden wird die Politik auf die Frage der Erhaltung der angeblich bedrohten christlichen Zivilisa-





Wider den mittelalterlichen Muff: Demonstrantinnen und Demonstranten bekunden in Warschau ihre Solidarität mit der verhafteten Künstlerin und Aktivistin Elżbieta Podlesna, die der Ketzerei angeklagt ist.

schränkt. Es mag bei den (meist ländlichen) Kernwählern der PiS stimmen, aber bei den darüber hinausgehenden Wählersegmenten machen sich starke Erosionstendenzen in Sachen konservativer Katholizität bemerkbar. Auch liberale und bürgerliche Kräfte haben erkannt, dass Zurückhaltung den falschen politischen Kräften nutzte. Der polnische EU-Ratspräsident Donald Tusk kritisierte bei einer Rede an der Warschauer Universität kürzlich, dass die Kirche nun von der Politik angegriffen werde, weil sie selbst Politik mache. Auch Leszek Jażdżewski, Chefredakteur der Zeitschrift *Liberté* (und Partner der Friedrich-Nauermann-Stiftung für die Freiheit) sorgte für Schlagzeilen mit dem Satz, die Kirche habe „das moralische Mandat für die Funktion des Gewissens der Nation verloren“.

Es wird sich zeigen, ob sich der Mut, die PiS-Konservativen nunmehr auf ihrem bisher unumschränkt kontrollierten Themenfeld schlagen zu wollen, auszahlt.

mations- und EU-Land Polen so umzugestalten, dass mit gutem Grund nicht wenige Beobachter darin eine Gefahr für Rechtsstaat und Demokratie sehen. Die staatlichen Medien wurden unter die Kontrolle der Partei gebracht und gehören mithin nun zu den einseitigsten in Europa. Das Verfassungsgericht sollte durch die vorzeitige Pensionierung unliebsamer Richter ebenfalls unter Kontrolle gebracht werden. Und der Versuch des PiS-nahen Präsidenten, gleich die ganze Verfassung neu zu schreiben, scheiterte nur an internen Querelen.

Auch an anderen Fronten wird hart ausgeteilt. In der Außenpolitik beschädigt man die bisher mustergültigen Beziehungen zu Deutschland und zur Europäischen Union. Auch wirtschaftspolitisch ist Polen unter dem PiS-Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki nicht durch eine clevere Fortsetzung der marktwirtschaftlichen Erfolgspolitik der Vorgänger aufgefallen, wie man

## Die liberale und demokratische Opposition hat noch Chancen.

tion reduziert - genau das einfache Weltbild, das den Populisten zu ihrem Erfolg verhilft.

### Kirche auf dem Rückzug?

Aber wird der religiöse Kulturkampf, den die PiS führt, ihr tatsächlich den Sieg bei den Wahlen zum Parlament (Sejm) und Senat garantieren? Ganz ausgemacht ist das in der Tat noch nicht. Die liberale und demokratische Opposition hat noch Chancen, die sie allerdings auch nutzen muss. Längerfristig gilt das sogar bei der Frage von Religion und dem Verhältnis von Kirche und Staat. Das auch in Deutschland weit verbreitete Klischee, dass Polen ein monolithisch streng katholisches Land sei, gilt schon seit Längerem nicht mehr uneinge-

Einfach wird die Sache jedenfalls nicht. Denn die Zuspitzung des Themas Religion durch die Wohlfallensbekundungen der Regierung zu der Verhaftung von Elżbieta Podlesna folgt einem strategischen Grundrezept der PiS, das bisher recht erfolgreich war. Die Regierung produziert einen ständigen Fluss von provokanten Initiativen, die gar nicht unbedingt selbst von der Mehrheit der eigenen Wähler getragen werden, aber den Gegner in die Defensive treiben und zugleich Handlungsstärke demonstrieren. In seinen Tweets kultiviert letztlich auch US-Präsident Donald Trump diese Taktik mit Erfolg.

Tatsächlich hat die PiS es mit dieser sehr groben Form der Auseinandersetzung geschafft, das einst mustergültige Transfor-

es von einem Ökonomen wie ihm erwarten könnte, sondern legt stattdessen teure Sozialprogramme auf, die langfristige Fragen zur Finanzierbarkeit aufwerfen. Kurzfristig verhilft diese Politik der PiS bei den Rentnern und sozial Schwachen zu einem Image als „Anwalt des kleinen Mannes“.

Um dem beizukommen, bedarf die Opposition einer wirksamen Strategie. Immerhin: Polen ist nicht Ungarn. Dort ist es Ministerpräsident Orbán gelungen, eine ähnliche Politik durchzusetzen und zugleich die Opposition zu fragmentieren und zu schwächen. Das ist in Polen anders. Bei den Regional- und Kommunalwahlen im November 2018 musste PiS erhebliche Schlappen hinnehmen. Alle großen und mittleren Städte fielen an die Opposition, ▶

ebenso wie die meisten Kleinstädte. Nur das dörfliche Polen – das allerdings die Mehrheit stellt – hielt zur PiS.

### Opposition mit Strategie

Wieso? Statt sich zu zerstreiten, formierten die Oppositionsparteien – zumeist die eher christdemokratische Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) und die liberale Partei der Moderne (Nowoczesna, .N) – gemeinsame Wahllisten, um die jeweiligen PiS-Kandidaten zu schlagen. Zur Europawahl im Mai wurde das Bündnis unter dem Namen Koalicja Europejska (KE) vertieft. Die Unterschiede der Parteien mögen groß sein, aber hier geht es um den Fortbestand der Demokratie und die Möglichkeit, überhaupt Oppositionspolitik betreiben zu können. Zur PO und .N gesellten sich nun auch das sozialdemokratische Bündnis der Demokratischen Linken (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD) und die konservative Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL).

Bei den nationalen Wahlen hängt viel davon ab, ob die Opposition ihre Einigkeit weitgehend beibehalten kann. Das ist bei Wahlen, bei denen es um eine Regierungsbildung und damit um eine echte Regierungsagenda geht, schwerer als bei der Europawahl. Möglicherweise wird die PSL im Herbst wieder alleine kandidieren, weil sie wegen ihrer agrarprotektionistischen



Seltener EU-Gast: Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (PiS) fährt einen klar nationalen Kurs.



„Rechte Diktatur“ prangt warnend auf Hammer und Sichel. Die oppositionellen Demonstranten haben Angst, dass der erzkonservative PiS-Chef Jarosław Kaczyński immer mehr Freiheiten beschneidet.

Agenda mit den marktwirtschaftlichen Wirtschaftskonzepten der Liberalen und der PO wenig anfangen kann. Trotzdem: Ein größeres Parteienbündnis ist jedenfalls wahrscheinlich geworden, was bei einem Wahlsystem, das bei der Sitzanteilmessung systematisch größere Parteien begünstigt, wichtig ist. Nur eine halbwegs einige Opposition kann gegen die recht einige Regierung gewinnen. Und auch das garantiert keinen Sieg, wie die Europawahl zeigte. Die KE konnte mit 38,5 Prozent Wähler wie nie gewinnen, aber die Mobilisierungskampagne der PiS war mit 45,4 Prozent immer noch erfolgreicher.

Trotz der Begünstigung von Großparteien gilt: klein heißt nicht unwichtig. Das gilt für die kleinste Partei im Oppositionsbündnis selbst, die liberale Nowoczesna, die programmatisch die konsequentesten Wegmarkierungen setzt.

### Risiko: Dubiose Rechtsparteien

Es gilt aber auch für dubiose Splitterparteien. Noch stehen die Umfrageergebnisse so, dass es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen PiS und Oppositionsbündnis geben könnte. Aber es gibt auch zwei rechtspopulistische beziehungsweise rechtsradikale Parteien, bei denen nicht ganz klar ist, ob sie die bei den nationalen Wahlen geltende Fünf-Prozent-Hürde schaffen. Dabei handelt es sich um die Anti-Establishment-Partei Kukiz'15 des Rockmusikers Paweł Kukiz, die im Parlament der PiS schon öfter zu Hilfe kam, und um die neue rechtsradikale Partei Kon-

federacja, in der sich viele Führungsmitglieder finden, die Polen für ein Opfer von Juden und Freimaurern halten. Immerhin 8,3 Prozent bekamen die Parteien zusammen gerechnet bei der Europawahl. Die extremeren Rechtsparteien sind die großen Unbekannten in der Rechnung.

Auf der anderen Seite des Spektrums kam die linke Bürgerrechtspartei Wiosna (Frühling) auf 6,1 Prozent, was die Opposition stärken, aber auch zersplittern kann. Und dann sind da noch die PiS-Wähler selbst. Sie sind keineswegs so einheitlich in ihren Ansichten, wie man meinen könnte. Die Kommunalwahlen von 2018 etwa liefen auch deshalb nicht so günstig für die PiS, weil eine Diskussion über den „Polexit“ (Austritt Polens aus der EU) losgetreten wurde. Selbst bei der Mehrheit der PiS-Wähler war dies zutiefst unpopulär. Die EU verfügt über eine breite Unterstützung in fast allen Wählersegmenten.

Alles erlauben kann sich der Staat in Polen aber noch nicht. Auch die Frage nach der politischen Instrumentalisierung von Religion kann und darf weiterhin aufgeworfen werden. Elżbieta Podlesna wurde nach fünf Stunden Verhör auf freien Fuß gesetzt. ●

**DETMAR DOERING** ist Projektleiter der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für Mitteleuropa und die baltischen Staaten. Der Sitz seines Büros befindet sich in Prag.





# Auf der Suche nach Führung

Nach der EU-Wahl: Personenpoker, Agenda und der nächste schwarze Schwan

Thomas Ilka

**M**it über 200 Millionen abgegebenen Stimmen machten rund die Hälfte der Unionsbürger von ihrem Wahlrecht zum neunten Europäischen Parlament (EP) Gebrauch. Das war die höchste Wahlbeteiligung seit 20 Jahren; ein klares Zeichen für die Wichtigkeit, die die Bürger diesem Urnengang beimessen. Die grobe Sitzverteilung des neuen Europäischen Parlamentes steht. Abweichungen können sich durch das teils sehr komplexe nationale Wahlrecht noch ergeben. Es zeichnet sich jedoch schon ein sehr klares Bild gegenüber der vergangenen Zusammensetzung der einzelnen Fraktionen ab.

## Befunde aus der neuen Sitzverteilung

Drei Befunde dieses Zahlentableaus sind unter den Beobachtern der politischen EU-Szene unumstritten. Erstens: Das Machtkartell der Brüsseler GroKo - der großen Koalition aus EVP und S&D - ist gebrochen; zweitens: Liberale (ALDE+R) und Grüne/EFA sind die Gewinner dieses Wahlgangs; drittens: der befürchtete Erdbeben zugunsten rechter antieuropäischer Parteien ist ausgeblieben. Dennoch steht fest: Die Populisten

sind gekommen, um zu bleiben. Heute sind die Salvinis, Le Pens und ihre Schwestern und Brüder im Geiste weniger für den Austritt aus der EU als für den Verbleib in der EU. Die Parole lautet nicht mehr Exit, sondern change it. Offenbar sind die Schrecken der Austrittsverhandlungen des Vereinigten Königreiches so wirksam, dass Populisten ihre Agenda ändern. Die rechtlichen und faktischen Klammern des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion sind eben sehr stark und disziplinierend.

Im Arbeitsalltag der Europäischen Institutionen indes werden die Populisten alles unternehmen, um Sand ins konstruktive Getriebe zu streuen. Und damit drohen sie, Einheit und Handlungsfähigkeit wie Handlungsschnelligkeit der EU zumindest in der Außenwahrnehmung zu beschädigen. Die tiefer greifende Gefahr des Populismus liegt daher wohl weniger auf europäischer Ebene als eher in den einzelnen Nationalstaaten. Dort können sich Gesellschaften unterhalb des europäischen Radars in der Echokammer des jeweiligen nationalen Diskurses wegentwickeln vom europäischen Leitbild des Pluralismus, der Offenheit, der Marktwirtschaft und der „rule of law“, hin zu einer Meinungsgleichförmigkeit, einer Abschottung gegen ▶

Menschen und Märkte und der Erosion rechtsstaatlicher Grundsätze. Diesen Entwicklungen klug zu begegnen wird eine der zentralen Aufgaben der politischen Akteure in Brüssel, aber auch der Regierungen und der Zivilgesellschaften jedes einzelnen Mitgliedsstaates sein.

### Institutionen jetzt stärken

Wie stark aufgeklärte Politik in Diskurs und Handeln unter Druck steht, zeigt jede Krise in einzelnen Mitgliedsstaaten, komme sie in gelben Westen daher oder breit grinsend im Tweed-Sakko, mache sie es sich in einer Villa auf Ibiza bequem oder halte snobistisch lateinische Reden am Pult des niederländischen Parlamentes. Indes: Populismus hat Ursachen, und jeder Angriff ist eine Chance. Und die Chance der Weiterentwicklung und Erneuerung Europas müssen die konstruktiven Kräfte in EP, Mitgliedsstaaten und EU-Kommission nutzen. Ursachen bekämpfen und die Flagge der Emotion aus dem Feld des Populismus zurückerobern. Das wäre schon mal eine gute Marschrichtung. Die braucht aber Führung, Führung durch einzelne Politiker und Mitgliedsstaaten, die gleichzeitig vorangehen und die übrigen Mitgliedsstaaten mitnehmen. Führung durch ein Parlament, das klare Akzente setzt und mit vereinter Stimme spricht. Und gepflegt werden muss eine Führungskultur, die alle drei Institutionen, EP, Rat und Kommission, im Ergebnis zur Umsetzung von Vereinbartem führt und nicht in Sackgassen laufen lässt, in denen der europäische Prozess sich nur um sich selbst dreht.

Das Pokerspiel um die Spitzenpositionen in Kommission, Rat und EP gehört zum politischen Geschäft. Allerdings sollte es nicht zu lange dauern, belgische Regierungsbildungszeiten sind kein Vorbild. Ein Unsicherheitsfaktor bleibt dabei der weitere Verlauf des Brexit. Dieses Geschehen darf Europa nicht handlungsunfähig machen.

Die Staats- und Regierungschefs haben Anfang Mai auf ihrem Treffen in Sibiu eine strategische EU-Agenda für die Jahre 2019 bis 2024 vorgelegt. Darin versammeln sie konsequent in vier Säulen die großen Aufgaben der Union: Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Freiheiten (hier u. a. Schutz der Außengrenzen, Bekämpfung des Terrorismus, Bekämpfung der illegalen Migration, Wahrung der Rechtsstaatlichkeit), Entwicklung der wirtschaftlichen Basis (u. a. Vertiefung Binnenmarkt, faire Besteuerung, fairer Wettbewerb, Investitionen in Bildung, nachhaltige Landwirtschaft), Verwirklichung einer grüneren, faireren und inklusiven Zukunft (u. a. Energiewende, Klimaneutralität, ökologischer Wandel, Mobilität) sowie die Förderung der Interessen und Werte Europas in



## 751 Sitze im Europaparlament

Sitzverteilung nach Fraktionen



- **EVP:** Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
- **S&D:** Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
- **EKR:** Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen
- **ALDE:** Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
- **GUE/NGL:** Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
- **Grüne/EFA:** Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz
- **EFDD:** Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“
- **ENF:** Europa der Nationen und der Freiheit
- Sonstige und Fraktionslose

Nach dem amtlichen Endergebnis besteht das EU-Parlament aus 751 Abgeordneten, die sich auf acht Fraktionen und die Gruppe der Fraktionslosen verteilt. Die BrügGroKo, die **Brüsseler Große Koalition aus Konservativen (EVP) und Sozialdemokraten (S&D)**, hat viele Sitze und ihre absolute Mehrheit verloren und kommt zusammen nur noch auf 326 Sitze (180 und 146). 2014 stellten diese beiden Parteien noch 216 beziehungsweise 185 MdEP. Große Gewinner sind die **Liberalen** mit der französischen **Liste Renaissance**, darunter zum größten Teil **La République en Marche (ALDE+R)**. Die **ALDE** konnte so 36 Mandate dazugewinnen, sie stellt jetzt 109 Abgeordnete. Zuwächse erzielen auch die **Grünen (Grüne/EFA)**: Sie kommen von 52 auf 69 Sitze. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums, hier werden drei Fraktionen verortet, verliert die **EKR** von 77 auf 59, die **ENF** steigt von 36 auf 58, die **EFDD** von 42 auf 54. Die **Linke (GUE/NGL)** verbucht Verluste in Höhe von 14 Sitzen und kommt noch auf 39 Sitze. Auf die sonstigen Parteien entfallen 29 Sitze, zusammen mit den als fraktionslos geltenden MdEP kommt diese Gruppe auf 37 Sitze. Möglich allerdings, dass einzelne MdEP aus dem Lager der Fraktionslosen noch in bestehende Fraktionen aufgenommen werden.



der Welt (gemeinsame Außenpolitik, Verteidigung, Förderung von Demokratie und Menschenrechten, regelbasierte und multilaterale Ordnung, Führungsrolle bei Bewältigung des Klimawandels).

Die Aufgaben sind klar umrissen und liegen auf dem Tisch. Sie werden in ihrer Umsetzung noch sehr viel Diskussion und Ressourceneinsatz bei der Suche nach dem gemeinsamen europäischen Weg in Anspruch nehmen. Aber da gibt es noch etwas zu beachten, das den europäischen Alltag beeinflussen wird.

#### **Welchen Namen trägt der nächste schwarze Schwan?**

Politiker sind immer wieder mit einer besonderen Form der Unsicherheit konfrontiert. Bei dem Risikoforscher Nassib Taleb heißt dieses Phänomen der Überraschung „Schwarzer Schwan“. Übertragen auf die EU: Als das achte Europäische Parlament Ende Mai 2014 gewählt wurde, standen noch die Bekannten Griechenland und Staatsschuldenkrise ganz oben auf der Tagesordnung in EU-Europa, die Krim-Annektion durch Russland war gerade zwei Monate alt. Eine Flüchtlingskrise kam da nicht vor. Aber sie kam und veränderte die politische Landkarte vieler Mitgliedsstaaten und bestimmte die Tagesordnung der europäischen Institutionen während der Jahre 2015 bis 2018/19. Und dann war da noch der schwarze Brexit-Schwan.

Im Juli 2019 wird sich das neunte Europäische Parlament konstituieren. Das politische Brüssel spricht über Sicherung der Außengrenzen, über Klimawandel, die Position Europas in einer neuen globalen Weltordnung, Digitalisierung und neue Jobmaschinen, und der nächste mittelfristige Finanzrahmen für die EU wirft seine Diskussionsschatten voraus. Aber irgendwo da draußen in der Welt oder ganz nah in den Mitgliedsstaaten wird aller Erfahrung nach auch in den kommenden fünf europäischen Jahren ein schwarzer Schwan warten und erscheinen. Ein Ereignis, von dem wir heute nichts ahnen und das das Potenzial hat, die Kräfte der EU auf das Äußerste anzuspannen. Vorsorge dafür lässt sich nur auf eine Weise treffen: Europa muss jetzt seine Institutionen personell klug und materiell stark besetzen und jeden Tag durch das zähe und nachhaltige Abarbeiten der absehbaren europäischen Agenda lernen und zeigen, dass - bei allem politischen Ringen in der Sache - Konsensbildung und gemeinschaftliches Handeln der Schlüssel zum Erfolg sind. In Vielfalt geeint. Darauf kommt es an. ●

**THOMAS ILKA** ist seit Januar 2019 Direktor des Europäischen Dialoges mit Sitz in Brüssel. Seit über 25 Jahren arbeitet er an der Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Politik in Berlin und Brüssel, unter anderem für den Gesamtverband der Versicherungswirtschaft, den Deutschen Industrie- und Handelskammertag, als Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und als Mitarbeiter der FDP-Bundestagsfraktion.



## **Irgendwo da draußen in der Welt wird auch in den kommenden fünf europäischen Jahren ein schwarzer Schwan warten.**



### **Der weitere Zeitplan**

- 21. Juni:** Treffen der Staats- und Regierungschefs – weitere Personalentscheidungen möglich
- 26. Juni:** Deadline zur Anmeldung der Fraktionen
- 2. Juli:** Konstituierung des Europäischen Parlamentes in Straßburg, Wahl des EP-Präsidenten
- 29. Juli:** Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament
- September:** Anhörungen der Kommissarsanwärter durch das EP
- Oktober:** EP stimmt über neue Kommission ab
- Oktober:** Mario Draghi beendet seine Amtszeit als EZB-Chef
- November:** Vereidigung der neuen Kommission
- 30. November:** Ende der Amtszeit des Ratspräsidenten Donald Tusk

# Ökonomischer Erfolg ist weiblich. Fünf Thesen

Gut ausgebildet und trotzdem mittellos – auch 70 Jahre nach der formalen Gleichberechtigung sind Frauen in der Wirtschaft häufig immer noch eher Teil der Wertschöpfungskette, als dass sie diese unternehmerisch selbst gestalten. Was sich dafür ändern muss:

Ich bin in einer Zeit groß geworden, in der viele Frauen über ihr heimisches Wirtschaften Haushaltsbücher führen mussten. Die Männer, die zumeist das Familieneinkommen erwirtschafteten, erwarteten eine genaue Begründung für jede ausgegebene D-Mark. Damals habe ich mir geschworen: Eine solche finanzielle Abhängigkeit wird es für mich und später einmal für meine Töchter nicht geben.

Finanzielle Absicherung und Eigentum sind wichtig für ein selbstbestimmtes Leben. Wenn ich materiell unabhängig bin, kann ich frei von Angst meinen eigenen Willen formulieren und auch danach handeln. Ich bin geschützt vor möglicher finanzieller Willkür durch den Partner. Mithin ist Eigentum in der Hand von Frauen notwendig, damit die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die vor 70 Jahren im Grundgesetz festgeschrieben wurde, auch im privaten Alltag gesichert ist. Doch in dieser Hinsicht sind wir in Deutschland noch lange nicht so weit, wie es die Berichtserstattung über erfolgreiche Frauen vermuten lässt.

Das Vermögen der Männer ist im Durchschnitt immer noch anderthalbmal so groß wie das Vermögen der Frauen. Das mag schon besser sein als früher, doch wenn man den hohen Entwicklungsstand Deutschlands und das exzellente Ausbildungsniveau der Frauen von heute bedenkt, sind diese Zahlen weiterhin erschreckend. Im Berufsleben sind Frauen nach wie vor in leitenden Positionen unterrepräsentiert. Sie verdienen im Durchschnitt deutlich weniger als Männer und tragen

auch nur 23 Prozent zum Familieneinkommen bei. Damit erreichen wir einen der schlechtesten Werte in der OECD. Mit der fatalen Folge, dass Frauen noch viel zu oft in finanzieller Abhängigkeit leben.

Woran liegt das? Wo genau liegt das Problem? Was können wir tun? Es geht mir hier gewiss nicht darum, die Geschlechter gegeneinander auszuspielen. Es geht mir auch nicht darum, in die Trickkiste des regulierenden Staats zu greifen. Es geht mir vielmehr vor allem um ein Umdenken, um eine veränderte Einstellung, auf dass alle profitieren. Dazu ein paar Thesen:

## 1

### Frauen gehen gut mit Geld um, brauchen aber mehr Finanzwissen.

„Mein Mann hat das immer gemacht“, dieser Satz ist von Frauen im Zusammenhang mit finanzieller Lebensplanung und Geldanlage viel zu häufig zu hören. Auch Studien belegen, dass Frauen über weniger Finanzwissen verfügen als Männer. Das bedeutet einen erheblichen ökonomischen Verzicht. Denn wer sich in Finanzfragen besser auskennt, investiert ertragreicher und sammelt nicht zuletzt mehr Kapital für die Altersvorsorge. Hier muss etwas geschehen, und das umso mehr, als Frauen alle Voraussetzungen mitbringen: Wir sind in unserem Finanzverhalten umsichtiger als Männer, wir denken weiter voraus. Haben wir also den Mut, unsere finanzielle Zukunft selbst in die Hand zu nehmen!

## 2

### Frauen müssen Verantwortung abgeben, um dem goldenen Käfig zu entfliehen.

Ein Großteil der Entlohnungsunterschiede zwischen Frauen und Männern („Gender Pay Gap“) ist nicht das Ergebnis von Diskriminierung, sondern lässt sich mit strukturellen Differenzen und persönlichen Lebensentscheidungen erklären. So sind zum Beispiel nur 30 Prozent der Frauen mit Kindern voll erwerbstätig. Wesentlich mehr Frauen als Männer arbeiten Teilzeit, um sich der Kinder anzunehmen, und verdienen deshalb entsprechend weniger. Die Folgen liegen auf der Hand: Auf die Einkommenslücke folgt die Rentenlücke – und das bei einer immer höheren Lebenserwartung. Auch mit der Teilzeit ist es so eine Sache. In der Summe haben Frauen mit Beruf und Familienpflichten – Arzttermine, Elternabende, Hausaufgabenbetreuung – häufig gleichsam zwei volle Jobs. Sie leisten im Durchschnitt gut vier Stunden mehr sogenannte Sorgearbeit als Männer, selbst wenn sie besser verdienen. Wenn wir dies ändern wollen, müssen Männer deutlich mehr anpacken, aber Frauen auch loslassen können. Keine Frau darf im goldenen Käfig einer Partnerschaft gefangen sein.

## 3

### Frauen könnten viel mehr leisten, wenn man sie wirklich ernst nähme.

Die Hoffnung, dass mit den Umbrüchen der Arbeitswelt mit zunehmend flachen Hierarchien und flexiblen Arbeitsbedingungen automatisch auch ein besseres Umfeld zum persönlichen Wachstum von Frauen



entsteht, ist nicht Realität geworden. Besonders enttäuschend ist hier die Start-up-Szene, bedingt durch ihre Finanzierung. Wie der Zeitschrift *Fortune* zu entnehmen ist, erhielten Start-ups mit ausschließlich männlichen Gründern 2016 rund 58 Milliarden Dollar an Wagniskapital. Gründerinnen hingegen bekamen ganze 1,46 Milliarden Dollar. Die Ursache dafür ist wiederum in Einstellungen und Fehleinschätzungen mancher Menschen zu suchen. Eine Studie der Columbia University in New York benennt den Grund für das Auseinanderklaffen: Geldgeber erwarten von Männern viel eher als von Frauen die Fähigkeit, die Aufbauarbeiten für die Unternehmensgründung zu leisten. Welch ein Trugschluss!

#### 4

##### **Vielfalt ist als profitabel erkannt, aber es muss schneller vorangehen.**

Wo Frauen mehr arbeiten, da floriert die Wirtschaft. Das Empowerment von Frauen auf dem Arbeitsmarkt steigert die Produktivität und dämpft die Einkommensungleichheit im Land. Ein Anstieg der Beschäftigungsquote von Frauen in den OECD-Ländern auf das schwedische Niveau von fast 75 Prozent könnte das Bruttoinlandsprodukt zusammengekommen um mehr als sechs Billionen US-Dollar ankurbeln. Was könnte man mit diesem Geld nicht alles tun! Doch das wachsende Bewusstsein dafür, dass Geschlechtervielfalt im Arbeitsleben ökonomisch von Nutzen ist, hat bisher nur allzu langsame Fortschritte gebracht. Wenn wir in diesem Schneckentempo weitermachen, benötigen wir für den Weg zur Gleichstellung knappe 217 Jahre.

#### 5

##### **Frauen dürfen sich mehr zutrauen, und dazu braucht es weibliche Vorbilder**

Frauen trauen sich manchmal nicht genug zu. Diese Verzagtheit müssen wir ablegen. Dabei helfen Vorbilder. Aus wissenschaftlichen Untersuchungen ist bekannt, dass Frauen, die sich an einer erfolgreichen Frau statt an einem Mann orientieren, deutlich mutiger und selbstbewusster im Wettbewerb bestehen. Deshalb tun mehr



**Bettina Stark-Watzinger** ist Mitglied des Deutschen Bundestages und dort Vorsitzende des Finanzausschusses. Die studierte Volkswirtin gehört seit April 2017 dem FDP-Bundesvorstand an und ist Stellvertretende Vorsitzende der FDP Hessen. Bis zu ihrem Einzug in den Bundestag war Stark-Watzinger Geschäftsführerin eines Forschungsinstituts in Frankfurt, lebte zuvor lange Zeit in London.

„Superheldinnen“ not, deren Beispiel anderen als Mutmacher und als Motivation für die Karriere dient.

Was folgt aus diesen Erkenntnissen? Es reicht nicht, an einer einzigen Stellschraube zu drehen. Es muss Verschiedenes geschehen, und alles beginnt im Kopf. Denn Gleichstellung müssen wir alle leben und jeden Tag neu erkämpfen. Was also tun? Erstens muss die ökonomische Bildung verbessert werden. Selbstbestimmung beginnt mit Wissen. Insbesondere in die finanzielle Bildung zu investieren brächte einen Gewinn für die gesamte Gesellschaft.

Zweitens brauchen wir ein radikales Umdenken in den Unternehmen, weg von der alten Präsenzkultur hin zu einer modernen flexiblen Arbeitswelt. Auch der Staat als Arbeitgeber muss sich hier bewe-

gen. Drittens: Er trägt eine Mitschuld am Gender Pay Gap. Es geht nicht an, dass Leistung formal durch die Dauer und den Umfang der Betriebszugehörigkeit definiert wird. Das benachteiligt die Frauen - zumindest solange sie es sind, die ihren Karriereweg mehr an die Bedürfnisse der Familie anpassen als die Männer. Wer den Ruf „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ richtig versteht und ernst nimmt, der muss endlich auch ein an der wirklichen Leistung der Arbeitnehmer orientiertes Entlohnungssystem einführen. Doch warten wir nicht auf Gesetze. Wir sollten nicht alles regulieren. Die Veränderung beginnt damit, dass wir die Stimme erheben und selbstbewusst auftreten. Nehmen wir uns die Warnung von Simone de Beauvoir zu Herzen: „Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen. Sie bekommen nichts.“ ●

# Papa bleibt zu Hause

Männer, die für den Nachwuchs zu Hause bleiben und beruflich kürzertreten, sind noch immer eine Seltenheit – auch in Schweden, wo der Staat die Elternzeit finanziell großzügig fördert. Der Fotograf Johan Bävman hat einige dieser Väter porträtiert.

**Thomas Luther**

Schweden gilt seit den 1970er-Jahren als Vorzeigemodell für den modernen Sozialstaat. Schon früh hat das Land die Beteiligung beider Elternteile an der Betreuung des Nachwuchses gefördert. 1974 ersetzte Schweden als erstes Land den Mutterschaftsurlaub durch Elternzeit. Der aktuellen Regelung zufolge haben junge Eltern Anspruch auf 480 Tage (16 Monate) bezahlte Elternzeit. In dieser Phase bekommen sie vom Staat rund 80 Prozent ihres Gehalts, wobei es eine Obergrenze gibt. Bei Zwillingsgeburten stehen ihnen zusätzliche Bonustage zu. Voraussetzung in allen Fällen ist, dass sich das Paar die Arbeit teilt. Schwedische Väter müssen mindestens einige dieser 16 Monate in Anspruch nehmen. Trotz dieser bemerkenswerten Absicherung nutzt dennoch nur ein Teil von ihnen die gesamte ihnen zustehende Elternzeit. Sie nehmen im Schnitt nur ein Viertel der Gesamtelternzeit, die ihnen und ihrer Partnerin zusteht. Für den Fotografen Johan Bävman Anlass, sich mit den vergleichsweise wenigen Männern zu beschäftigen, die sich entschieden haben, mindestens sechs Monate mit ihren Babys zu Hause zu bleiben. Er wollte für seine Bilder, die bewusst Alltagssituationen zeigen, wissen: Was sind die Motive dieser Männer? Welche Erfahrung haben sie in der Zeit gemacht? Und hat sich die Beziehung zu ihren Partnerinnen dadurch verändert?

**Mehr Infos unter:**  
[www.johanbavman.se](http://www.johanbavman.se)



Ola Larsson, 41,  
Einkäufer, mit seinem  
Sohn Gustav (links)

Markus Bergqvist, 33,  
Lagerist und Musiker,  
mit seinem ersten  
Sohn Ted und dem  
Zweitgeborenen  
Sigge (rechts)





Fotos: Johan Båvman





Loui Kuhlau, 28, Künstler,  
mit seinem Sohn Elling (oben)

Uffe Jönsson, 41, Rettungssanitäter, mit seiner  
Tochter Lilli im Fitnessstudio (oben links)

Johan Ekengård, 38, Produktentwickler,  
mit seinen Kindern Ebbe, Tyra und Stina  
(rechts)

Anton Cervin, 40, Privatdozent, mit seinen  
beiden Töchtern Marit and Pia (links)





# Integration ist Arbeit

Das Buch von Aladin El-Mafaalani ist eine Pflichtlektüre für jeden aufgeklärten Bürger. Weil es der derzeit teils absurden öffentlichen Debatte den Spiegel vorhält. Und weil es mit überraschenden Einsichten zu einem Thema glänzt, zu dem bislang alles gesagt schien.

**Christoph Giesa**

**E**s gibt unterschiedliche Wege, sich dem Phänomen Integration zu nähern. Man kann es machen wie Thilo Sarrazin. Er nimmt die eigenen Vorurteile, sucht nach Beispielen, die diese bestätigen, und überträgt sie ohne Ansehen der einzelnen Personen auf ganze Bevölkerungsgruppen. Da, wo die Fakten der eigenen Behauptung im Weg stehen, werden sie so lange gedehnt, bis sie passen – oder einfach ignoriert. Zum Gelingen von Integration in einer liberalen Gesellschaftsordnung trägt ein Thilo Sarrazin auf diese Weise sicherlich nicht bei.

Man kann es aber auch machen wie Aladin El-Mafaalani. Er beweist mit seinem Buch „Das Integrationsparadox“, dass es möglich ist, sich auch aus einem anderen Blickwinkel dem Thema zu nähern. Nicht nur was die Hypothese angeht, sondern insbesondere auch was das Handwerkszeug betrifft. Der in Datteln in Nordrhein-Westfalen geborene, promovierte und mehrfach ausgezeichnete Soziologe beschäftigt sich seit einem Jahrzehnt mit den Phänomenen Migration und Integration. Und das ist seinem Buch anzumerken – von der ersten Zeile bis zum Schluss.

## Platz am gemeinsamen Tisch

El-Mafaalanis Haupthypothese hat in den vergangenen Wochen einiges an Verwunderung ausgelöst. Denn die Debatten rund um das Wahlverhalten von Deutsch-Türken oder

die Parallelwelten libanesischer Clans erwecken bei vielen Bürgern in Deutschland das Gefühl, dass die Integrationsbemühungen der vergangenen Jahrzehnte vollständig gescheitert sind.

Dem setzt der Soziologe die Behauptung entgegen, dass viele der wahrgenommenen Kämpfe vielmehr Zeichen für das Gegenteil sind. Wenn Integration erfolgt ist, sorgt das dafür, dass „Menschen mit internationaler Geschichte“, wie El-Mafaalani sie nennt, mehr und mehr am gemeinsamen Tisch sitzen und mitbestimmen wollen. Moscheen, für die repräsentative Bauten geschaffen werden, statt sie schamhaft in Hinterhöfen zu verstecken, sind dann nicht der viel beschriebene Machtanspruch einer aggressiven Minderheit, sondern vielmehr

**El-Mafaalani sucht Antworten auf seine Fragen in der Mitte der Gesellschaft. Ein angenehmer und überzeugender Ansatz.**

das Statement von Angehörigen der zweiten, dritten oder gar vierten Zuwanderergeneration, die sich in diesem Land zu Hause fühlen – und von daher selbstverständlich gleiche Rechte für sich einfordern.

El-Mafaalani ist überzeugt: „Es handelt sich zweifelsfrei um ein Zusammenwachsen. Gespalten ist die Bevölkerung darüber, ob das Zusammenwachsen gut oder schlecht ist.“ Da dürfte etwas dran sein. Und das erklärt auch, warum diejenigen Menschen mit internationaler Geschichte, die sich am deutlichsten und weitesten integriert und es zum Beispiel in Redaktionen von Leitmedien oder in Führungspositionen von Politik und Wirtschaft geschafft haben, nicht etwa von den Integrations-skeptikern als leuchtende Vorbilder gesehen werden, sondern umso mehr zum Ziel rassistischer Anfeindungen werden.

Der Diskurs bewegt sich derzeit nicht entlang der Frage, wie Integration gelingt, sondern entlang der Frage, ob Integration





überhaupt das Ziel sein soll. Der Autor sucht Antworten darauf in der gesellschaftlichen Mitte. Ein angenehmer und überzeugender Ansatz.

El-Mafaalani hat in diesem Zusammenhang recht, wenn er anhand einer Vielzahl historischer Beispiele anschaulich beschreibt, warum es einer der größten Fehler unserer heutigen Debatten ist, dass Integration und Rassismus miteinander vermischt werden. Wer mangelnde Integration monokausal mit Diskriminierungserfahrungen begründet, liegt genauso falsch wie jemand, der rassistische Übergriffe als Reaktion auf mangelnde Integration verniedlicht, so seine Argumentation.

### Diversität als Vorteil

Besonders wertvoll ist der Teil des Buches, in dem sich der Soziologe mit dem beschäftigt, was er Superdiversity nennt. Damit gemeint ist eine Gesellschaftsordnung, wie wir sie heute in Großstädten rund um den Globus längst erleben, in denen keine eth-

nische Gruppe mehr über 50 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Im Rahmen der näheren Betrachtungen durch El-Mafaalani löst sich das zu einer einfachen Beschreibung der liberalen Gesellschaft auf. Denn auch wenn in der Debatte zumeist nur von zwei Gruppen die Rede ist - Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund bei den Moderaten, „die Eigenen“ und „die Anderen“ bei den Radikalen - bleibt davon unter dem Brennglas des Wissenschaftlers nicht mehr allzu viel übrig.

Die gesellschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen die Bürger in Deutschland derzeit zu tun haben, haben eben nicht damit zu tun, dass die Welt schwarz oder weiß ist. Sie basieren vielmehr darauf, dass eine (gesellschaftliche) Einheit nicht wie in historischen Phasen erzwungen wird, sondern unter vielen unterschiedlichen Menschen immer neu verhandelt werden muss. „Die offene Gesellschaft ist keine Wohlfühlveranstaltung“, bringt der Autor diesen Zustand auf den Punkt. Vielleicht ha-

ben sich die Menschen in Deutschland diesbezüglich einfach zu lange etwas vorge-macht. Wenn dem so ist, gilt es nun, im Schweinsgalopp Debatten nachzuholen, die über Jahrzehnte nicht geführt wurden.

El-Mafaalani schafft mit seinem Buch etwas, was selten geworden ist in der aufgeheizten Atmosphäre unserer Tage, nämlich die differenzierte Betrachtung eines komplexen Themas - und das in verständlicher Sprache. Für all diejenigen, die weder in Untergangsfantasien schwelgen noch die Augen vor den real existierenden Problemen verschließen und Probleme stattdessen besser verstehen wollen, ist das Buch Pflichtlektüre. ●

**CHRISTOPH GIESA** ist freier Publizist. Er beschäftigt sich vor allem mit Themen rund um Gesellschaft und Politik. Von Hamburg aus pendelt er ebenso in den Hunsrück wie nach Portugal. Sein Herz schlägt für die Freiheit und den 1. FC Nürnberg.

ANZEIGE

Die Menschen hinter der Initiative: [www.integrationsdienstleister.de](http://www.integrationsdienstleister.de)



»Die Integrationsdienstleister«  
Starthilfe Zeitarbeit für Langzeitarbeitslose und Geflüchtete

#Integrationsdienstleister



## Reform des Geheimdiensterechts

*Auf tönernen Füßen*

Wie versetzen wir unsere Geheimdienste in die Lage, den Herausforderungen im 21. Jahrhundert wirksam zu begegnen? Bundesinnenminister Horst Seehofer scheint diese Frage ganz eindeutig beantworten zu wollen: Die Geheimdienste brauchen so viele und so weitreichende Befugnisse wie möglich. So könnte man jedenfalls seinen ersten Gesetzesentwurf zur „Harmonisierung des Verfassungsschutzrechts“ verstehen. Neben einer Harmonisierung geht es hierin nämlich vor allem um eine Ausdehnung der Befugnisse der Geheimdienste. Viele der Reformideen des Entwurfs, etwa zur Überwachung Minderjähriger oder zum Umgang mit V-Leuten, stoßen zu Recht auf heftige Kritik. Der Koalitionspartner SPD in Person der ehemaligen Justizministerin Katarina Barley hat den Entwurf komplett zurückgewiesen. Besonders bedenklich ist, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und der Bundesnachrichtendienst (BND) dem Gesetzesentwurf zufolge zukünftig die Befugnis zur Online-Durchsuchung bekommen werden.

Diese heimlichen Eingriffe in IT-Systeme werden zwar, wie 2009 bekannt wurde, bereits seit Jahren durch den BND vorgenommen. Gesetzlich waren sie bisher aber vor allem den Polizeibehörden vorbehalten. Bereits 2008 hatte das BVerfG sehr enge Grenzen für die Online-Durchsuchung gesetzt und dabei ein Landesverfassungsschutzgesetz zur Online-Durchsuchung als unvereinbar mit dem Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme erklärt. Weitere diesbezügliche Verfassungsklagen, auch von mir, sind gegenwärtig noch in Karlsruhe anhängig. Obendrein mahnen Rechtsexperten, dass auch die praktische Umsetzung der Online-Durchsuchung rechtlich problematisch ist. Denn dazu ist die „Infizierung“ der betreffenden IT-Systeme mit einer Überwachungssoftware erforderlich – etwa durch Ausnutzen von Sicherheitslücken, gezielte – staatliche – Täuschung oder gar das Eindringen in Wohnungen.

Doch damit nicht genug. Der BND soll die Online-Durchsuchungen auch im Auftrag anderer Behörden durchführen, die eine entsprechende Erhebungsbefugnis haben. Damit entsteht das Risiko, dass das Trennungsgebot zwischen Polizei- und Geheimdiensttätigkeit aufgeweicht wird und die demokratischen Kontrollmechanismen unterlaufen werden. Insgesamt steht den Ausdehnungen der Geheimdienstbefugnisse des Gesetzesentwurfs keine äquivalente Ausweitung der parlamentarischen Kontrolle der Dienste gegenüber.

Hierauf hatten sich Union und SPD im Koalitionsvertrag geeinigt. Seehofer legt gleich noch den nächsten bedenklichen Gesetzesentwurf vor. Unverantwortlich erscheint dabei vor allem, die Online-Durchsuchung trotz massiver rechtlicher Bedenken und laufender Verfahren in Karlsruhe einführen zu wollen. Hier muss grundlegend neu angesetzt werden. Andernfalls wird die Arbeit der Geheimdienste rechtlich auf tönernen Füße gestellt und die gesetzliche Grundlage wohl vor dem BVerfG landen. Fit für die Zukunft werden die Dienste damit sicherlich nicht gemacht. Die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle ist unbedingt erforderlich.

Illustration: Julian Rentzsch



**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**  
ist stellvertretende  
Vorsitzende des Vorstands  
der Friedrich-Naumann-  
Stiftung für die Freiheit.



# WIRTSCHAFT



## HANDEL MIT TÜCKE

Die unscheinbare Soja-Bohne könnte für Donald Trump und seinen protektionistischen Kurs zum Bumerang bei der Präsidentschaftswahl 2020 werden.

**// Seite 42**

## INTERVIEW

Die Klimasteuer in Deutschland kommt! Klimaökonom Ottmar Edenhofer nennt überzeugende Gründe dafür.

**// Seite 44**

## START-UPPERINNEN

Tijen Onaran will mehr Frauen dazu ermuntern, zu Gründerinnen zu werden. Sie hat auch ein passendes Rezept dafür.

**// Seite 48**

## ZUKUNFT ARBEIT

Digitalisierung und Roboter vernichten im großen Stil Jobs. Stimmt nicht, sagt Innovationsexpertin Marion A. Weissenberger-Eibl. **// Seite 46**

## SCHLECHTES VORBILD

Japan galt Anfang der 1980er-Jahre als ökonomisch führend. Dann kam die Krise. Was Deutschland daraus lernen kann. **// Seite 50**



Handelsstreit um Soja

# Bohne mit Sprengkraft

Am Beispiel der harmlosen Sojabohne lassen sich die Schattenseiten protektionistischer Politik eindrucksvoll demonstrieren. Das sollte Donald Trump, der im Handelsstreit mit China immer schärfere Töne anschlägt, eine Warnung sein. Sein Kurs könnte sich bei der Präsidentschaftswahl 2020 bitter rächen.

Thomas Luther

**S**

ie ist klein, gelb und unscheinbar. Vielleicht gerade deshalb könnte die Sojabohne für Donald Trump zum Menetekel bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr werden. Von der breiten Öffentlichkeit bislang unbemerkt,

ist die Hülsenfrucht mit voller Wucht zwischen die Fronten im Handelsstreit der USA mit China geraten. Mitte vergangenen Jahres hatte die Volksrepublik Zölle auf US-Waren im Gegenwert von 34 Milliarden US-Dollar in Kraft gesetzt, darunter für Baumwolle, Weizen, Milchprodukte, Wein, Nüsse, Schweinefleisch - und eben Sojabohnen, die vor allem zur Ölsaaten- und Futtermittelproduktion verwendet werden. Die Maßnahme war die Reaktion auf zuvor von Trump eingeführte Zolltarife für bestimmte Importwaren aus China.

Die Antwort Pekings traf die amerikanische Agrarindustrie ins Mark - und tut es immer noch. China ist für

sie nach Kanada der zweitgrößte Exportmarkt. Die USA sind der weltgrößte Produzent von Soja. Die nährstoffreiche Hülsenfrucht ist für die meisten der US-Farmer das wichtigste Exportgut und gleichzeitig Einnahmequelle Nummer eins.

China wiederum ist über die vergangenen Jahre hinweg zum größten Sojaimporteure auf dem Globus und damit zum Hauptkunden der US-Sojaproduzenten geworden. Bis 2018 waren rund 60 Prozent der gesamten US-Agrarausfuhren nach China Sojabohnen. Doch mit Einführung der Zölle ist der florierende Handel praktisch zum Erliegen gekommen. Dabei zeigt sich: Während die US-amerikanischen Landwirte bei ihrem Absatz bislang stark abhängig von ihren chinesischen Abnehmern waren, können die chinesischen Sojakäufer ohne Schwierigkeiten auf die US-Importe verzichten. Sie decken sich seither bei anderen Produzenten auf dem freien Weltmarkt ein - vor allem in Brasilien,



der Nummer zwei unter den Produzenten. Zusätzlich haben russische Behörden verlauten lassen, dass China bei seinem Nachbarn angeklopft habe, um in die Aufbereitung von Flächen zu investieren. Dort könnte dann Soja angebaut und auf kurzen Transportwegen ins Nachbarland transportiert werden.

Die US-Bauern dagegen stehen vor den Trümmern ihrer einseitig auf China ausgerichteten Absatzstrategie. Ihre Regierung hatte für 2018 sogar doppelt so viele Anbauflächen für den Sojaanbau freigegeben wie noch im Jahr zuvor, um von der starken Nachfrage aus Asien zusätzlich zu profitieren. Nun fault ein Großteil der Ware in Speichern vor sich hin. Viele amerikanische Sojaproduzenten stehen vor dem Aus.

EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker hatte bei seinem Treffen mit Trump in Washington Mitte vergangenen Jahres zwar das Zugeständnis gemacht, dass Europa seine Sojaeinfuhren aus den USA erhöhen werde. Doch die im Vergleich zu China recht bescheidenen Mengen, die diesseits des Atlantiks verbraucht werden, können die prekäre Lage der US-Landwirte bestenfalls lindern, nicht aber entschärfen.

### Die US-Farmer zahlen die Zeche

Für die Farmer mag es daher wie Hohn geklungen haben, als Trumps Chefwirtschaftsberater Larry Kudlow Anfang Mai nach einer neuerlichen Eskalationsrunde im Handelskonflikt mit China vorsorglich hat wissen lassen: „Beide Seiten zahlen bei solchen Sachen dafür.“ Die Frage ist jedoch: wer genau? Während Handelshemmnisse und Zölle an den Gewinnen und Umsätzen großer Konzerne wie Apple, Google & Co. bislang abperlen, beklagt die gesamte US-Agrarindustrie infolge des von der Trump-Regierung vorangetriebenen Protektionismus herbe Einkommensverluste. Nicht nur bei Soja, zum Beispiel auch bei Wein, Schweinefleisch, Tierhäuten und anderen Agrarprodukten ist das Reich der Mitte bislang einer der wichtigsten Abnehmer - mit abnehmender Tendenz.

Dabei waren es vor allem die Wähler im Mittleren Westen, in der „Kornkammer“ der USA - den US-Bundesstaaten Nord- und Süd-Dakota, Nebraska, Kansas, Oklahoma und Texas -, die Trump 2016 die entscheidenden Stimmen bescherten, um ins Amt zu kommen. „Make America great again“ - das war für die Farmer dort, in den „fly-over areas“, die Hoffnung, in der amerikanischen Politik und Kultur wieder den prominenten Platz zu bekommen, den sie über Jahrzehnte hinweg innegehabt hatten. Es war aber vor allem die Hoffnung, Anschluss zu finden und etwas abzubekommen vom

Aufschwung der heimischen Wirtschaft seit dem Ende der Finanzkrise. Davon haben bislang vorwiegend die Großbanken und Technologiekonzerne profitiert.

Mit einem eigens aufgelegten Hilfsprogramm über ursprünglich zwölf Milliarden US-Dollar wollte die Trump-Regierung die Bauern milde stimmen, die von den Folgen des Handelsstreits direkt betroffen waren. Doch von dem Geld wurden 2018 gerade mal knapp vier Milliarden Dollar verteilt - wobei die ausgelobten Subventionen unter Berücksichtigung der Marktlage im Schnitt nur die Hälfte der Verluste der Sojabauern abgedeckt haben. Seitdem liegt das Programm auf Eis.

Die amerikanischen Farmer haben daraus ihre Konsequenzen gezogen. In der laufenden Erntesaison wird aller Voraussicht nach deutlich weniger Soja auf den Feldern ausgebracht als im Vorjahr. Gut möglich, dass sich die Bauern im kommenden Jahr auch an der Wahlurne anders entscheiden werden. ●



Umschlag einer Ladung von Soja-Futtermitteln im Hafen von Nantong (Jiangsu-Provinz, China). Seitdem Chinas Regierung die Zölle auf wichtige Agrarprodukte aus den USA erhöht hat, ist der Handel mit Soja zum Erliegen gekommen. Die Produzenten kaufen seitdem bei anderen Erzeugern - etwa in Brasilien.

**THOMAS LUTHER** arbeitet als freier Journalist.

Soja kannte er bislang nur als Zutat aus der eigenen Küche bei asiatischen Gerichten. Erstaunt hat er bei der Recherche erfahren, dass die Anbauflächen für nicht genverändertes Soja weltweit sinken.

Interview mit Ottmar Edenhofer

# Wir sind beim CO<sub>2</sub>-Preis nicht allein

Wer klimaschädliches Kohlendioxid erzeugt, wird dafür zukünftig zahlen müssen – davon ist Klimaökonom **Ottmar Edenhofer** überzeugt. Im Interview erläutert er, warum unerwünschte Verlagerungseffekte in andere Weltregionen nicht zu befürchten sind.



**Herr Professor Edenhofer, derzeit wird viel über eine CO<sub>2</sub>-Steuer diskutiert. Ein Erfolg versprechendes Instrument, um die Pariser Klimaziele zu erreichen?**

Edenhofer: Ich bin davon überzeugt, dass wir einen CO<sub>2</sub>-Preis benötigen. Wobei der nicht unbedingt in Form einer Steuer eingeführt werden muss! Man kann das Ziel mit einer Steuer und mit einem Emissionshandel erreichen. Beide Instrumente können effizient sein, weil sie die vorgegebene Emissionsreduktion zu geringen volkswirtschaftlichen Kosten ermöglichen. Es geht hier um soziale, nämlich der Gesellschaft verpflichtete, Marktwirtschaft.

**Inwiefern?**

Eine substanzielle CO<sub>2</sub>-Bepreisung mobilisiert die Marktkräfte. Jeder, der eine gute Idee hat, Treibhausgas zu reduzieren, kann sie zur Marktreife führen und damit Geld verdienen. Wer weniger innovativ ist, muss mehr zahlen. Ein CO<sub>2</sub>-Preis regt nicht nur die Marktkräfte, sondern das Innovationspotenzial der Wirtschaft an. Mit Verboten und Geboten allein wäre das nicht zu erreichen. Natürlich kostet die Bepreisung. Aber wir haben heute nur die Wahl, ob wir

für Klimastabilisierung zahlen oder für Klimaschäden. Machen wir einfach weiter wie bisher mit den fossilen Brennstoffen, so nehmen weltweit Wetterextreme zu, Waldbrände, Missernten, auch Migration. Was alles sehr teuer ist, was auch Menschenleben kostet und was am Ende unser aller Freiheit verringern wird. Wir müssen also etwas tun, und die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist das beste Mittel.

**Und die Fairness?**

Die gibt es. Erstens muss das Verursacherprinzip gelten: Wer verschmutzt, der zahlt. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Zweitens generiert ein CO<sub>2</sub>-Preis staatliche Mehreinnahmen. Hier empfehlen wir eine Pro-Kopf-Rückerstattung. Damit könnten gezielt einkommensschwache Haushalte entlastet werden. Außerdem kann der Staat andere Steuern senken, die die Wirtschaft und Verbraucher belasten – etwa die Stromsteuer – und so soziale Härten abfedern. Die Stromsteuer, das sollte in diesem Zusammenhang vielleicht auch gesagt werden, wirkt aus unserer Sicht dysfunktional. Warum etwa soll man Strom hoch besteuern, wenn er aus erneuerbaren Erzeugungsar-

ten kommt? Mit den Einnahmen kann der Staat aber auch den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur finanzieren. Ein alternatives Konzept ist der Emissionshandel, auch hier können die Auktionserlöse an die Haushalte rückerstattet werden. Es gibt also viele Möglichkeiten für die Politik, nach unterschiedlichen Präferenzen auszuwählen.

**Welches System bevorzugen Sie?**

Ob ein CO<sub>2</sub>-Preis als Steuer oder Emissionshandel implementiert wird, ist meiner Meinung nach letztlich zweitrangig. Beide Systeme lassen sich so ausgestalten, dass sie ähnlich wirken. Der Einwand ist oft: Das eine ist marktbasiert, das andere nicht. Das ist Unsinn: Beim Emissionshandel gibt der Staat die Menge vor und bei der Steuer gibt der Staat den Preis vor. Wenn er den Preis vorgibt, dann ist der Preis sicher und die Mengenreaktion unsicher. Wenn die Menge vorgegeben ist, dann ist die Preisreaktion unsicher. Im Kern hat es die gleiche Wirkung: die Förderung von Innovationen.

**Drohen bei einer CO<sub>2</sub>-Steuer oder bei einem Emissionshandel ähnlich wie beim**





### **Strom unerwünschte Verlagerungseffekte?**

Nein, nein, denn wir reden ja nicht von einer nationalen Lösung. Die Debatte ist eine europäische. Innerhalb der EU ist eine Kappung vorgegeben, die für alle Mitgliedsländer gilt. Sollten sich einzelne Staaten verweigern, könnten Transferzahlungen ausgesetzt werden. Aufgrund dieser harten institutionellen Vorgabe für alle EU-Mitglieder sind Verlagerungseffekte innerhalb Europas nicht zu erwarten. Wir haben dazu gerade eine große empirische Untersuchung vorgelegt, in der sich zeigt, dass in der Vergangenheit solche Verlagerungseffekte nicht zu beobachten waren.

### **Spielt dabei auch eine Rolle, dass sich viel mehr Länder als die EU-Staaten auf die Klimaziele von Paris verpflichtet haben?**

Sicherlich. In der Debatte wird es ja häufig so dargestellt, als wollten die Deutschen einmal mehr Vorbild sein und machten jetzt etwas ganz Verrücktes: einen Preis für CO<sub>2</sub>. Tatsächlich ist doch die Situation gerade in Europa eine ganz andere. Großbritannien hat eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung, Schweden genauso. Viele Länder sind weiter als wir, Deutschland verweigert Frankreich in der

EU klimapolitische Unterstützung. Immerhin, ich glaube, dass der CO<sub>2</sub>-Preis bei uns noch in dieser Legislaturperiode kommt. Aber auch in den USA gibt es im Augenblick eine veritable Debatte zu einer CO<sub>2</sub>-Steuer - und das unter einem Präsidenten Donald Trump. Im Bundesstaat Kalifornien gibt es bereits einen CO<sub>2</sub>-Preis. Schließlich ist nicht zuletzt China gerade dabei, über einen nationalen Emissionshandel nachzudenken und den auch zu implementieren. Sie sehen: Wenn wir den Blick nach außen richten, gibt es zumindest in drei großen Wirtschaftsregionen anhaltende, massive Debatten über die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Preises. Also, wir sind damit nicht allein.

### **In der Vergangenheit war zu beobachten, dass hohe Effizienzgewinne durch technische Innovation nicht zwangsläufig zu einem niedrigeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß führen.**

### **Sollte der Staat mit zusätzlichen Anreizen versuchen, verloren gegangenes Terrain in Sachen Klimaschutz schneller aufzuholen?**

Das könnte er tun. Aber ich will noch einmal darauf hinweisen: Die Idee eines CO<sub>2</sub>-Preises ist, Innovationen anzureizen. Synthetische Kraftstoffe zum Beispiel sind bei

den heutigen Preisverhältnissen einfach nicht rentabel. Dazu kommt: Wir haben - gemessen an der Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre - ein Überangebot an fossilen Energieträgern. Die Preise für Gas, Kohle und Öl werden - von Schwankungen abgesehen - langfristig nicht steigen. Das heißt, die Märkte werden keine Innovationen in Richtung einer CO<sub>2</sub>-Reduktion befördern. Das ist bei vielen Politikern nicht angekommen, gerade auch mit Blick auf die Elektromobilität. Elektromobilität reagiert hochgradig empfindlich auf die Ölpreisentwicklung. Wenn der Ölpreis niedrig ist, kaufen die Menschen keine Elektroautos. Darum muss es einen CO<sub>2</sub>-Preis geben, damit klimafreundliche Innovationen rentabel werden. Marktwirtschaften waren bislang immer in der Lage, mit neuen Knappheiten fertig zu werden. Das ist dann eine neue industrielle Revolution, eine neue Gründerzeit - eine, die Generationengerechtigkeit wahrt, weil sie nachhaltig ist. Und schlicht vernünftig. ●



### **Ottmar Edenhofer**

ist Professor für Klimaökonomie an der Technischen Universität Berlin und - zusammen mit Johan Rockström - Direktor am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und Direktor des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC). Er ist Mitglied unter anderem in der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften und der Akademie der Wissenschaften in Hamburg. Er wird von Clarivate Analytics zu den meistzitierten Forschern der Welt gezählt.

# Helfer oder Killer?

Automatisierung und Robotik verändern die Arbeitswelt. Für die einen steigern Maschinen die Produktivität, für die anderen sind sie potenzielle Jobvernichter.

Gian Hessami



in Schweißroboter montiert die Karosserie eines Autos in Sekundenschnelle, ein Miniroboter unterstützt den Arzt bei Eingriffen in den Körper, und ein unbemanntes Flugzeug bewässert das Ackerland. Maschinen sind heutzutage in immer mehr Arbeitsbereichen zu finden. Sie sind dank Digitalisierung hocheffizient und machen viele Firmen wettbewerbsfähig. Sind Roboter also gut für die Menschen? Das sieht nicht jeder so. Manche Experten bezeichnen sie als Jobvernichter. Ihrer Meinung nach bedroht die digitale Revolution Millionen von Arbeitsplätzen.

Im Jahr 2013 sorgte die Studie zweier Wissenschaftler der Universität Oxford für Aufsehen: Carl Benedikt Frey und Michael Osborne hatten untersucht, welche von 700 Berufen in den kommenden zwei Dekaden durch den Einsatz neuer Maschinent Technologien potenziell ersetzt werden. Sie kamen zu dem Schluss, dass 47 Prozent verschwinden könnten.

Ein Jahr später beschrieben Andrew McAfee und Erik Brynjolfsson vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) in ihrem Buch „The Second Machine Age“ ein düsteres Szenario, in dem die Menschen den „Wettlauf gegen die Maschinen verlieren“. Roboter würden immer leistungsfähiger, cleverer und günstiger, erwarten die beiden Forscher. Das mache viele Menschen in der Arbeitswelt überflüssig.

Im Grunde geht es um die Frage, um die es bereits vor 250 Jahren bei der Industrialisierung ging: Maschinen als Segen oder Fluch für die Menschheit? „Ich bin überzeugt davon, dass wir in Zukunft anders arbeiten werden“, sagt Marion A. Weissenberger-Eibl, Leiterin des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung und Inhaberin des Lehrstuhls Innovations-

und Technologiemanagement am Karlsruher Institut für Technologie KIT. Für sie besteht kein Zweifel daran, dass Algorithmen Tätigkeiten der Menschen übernehmen und bestimmte Berufsbilder wegfallen, aber auch neue Arbeitsplätze entstehen werden. So kann sie sich vorstellen, dass das autonome Fahren irgendwann den Lkw-Fahrer ersetzt. Oder dass medizinische Diagnosen wie die Analyse von Röntgenbildern von der künstlichen Intelligenz (KI) übernommen werden und Ärzte sich auf komplizierte Operationen konzentrieren können. „Es kommt zu einem neuen Verständnis der Arbeitsteilung. Humanoide Roboter unterstützen Menschen.“ In Zukunft werde es eine Kombination aus Hightech und Menschen geben. Und wie bei anderen technischen Neuerungen fallen auch hier Arbeitsplätze weg.

## Digitale Kompetenzen ausbauen

Andererseits erwartet die Innovationsforscherin, dass durch die Digitalisierung neue Produkte und Dienstleistungen und somit neue Berufszweige entstehen. „Es hat sich gezeigt, dass in Deutschland alles Zukunft hat, was nicht standardisiert abläuft.“ Als Beispiele nennt sie E-Commerce, Social Media und App-Entwicklungen. „Wir brauchen Weiterbildung - digitale Kompetenzen sind auszubauen und unsere typisch menschlichen Fähigkeiten bewusst aktiv einzusetzen, damit wir die Zukunft offen und neugierig mitgestalten und selbst in die Hände nehmen können“, appelliert die Expertin. „Künstliche Intelligenz und Roboter sind Instrumente, die uns Freiräume schaffen.“

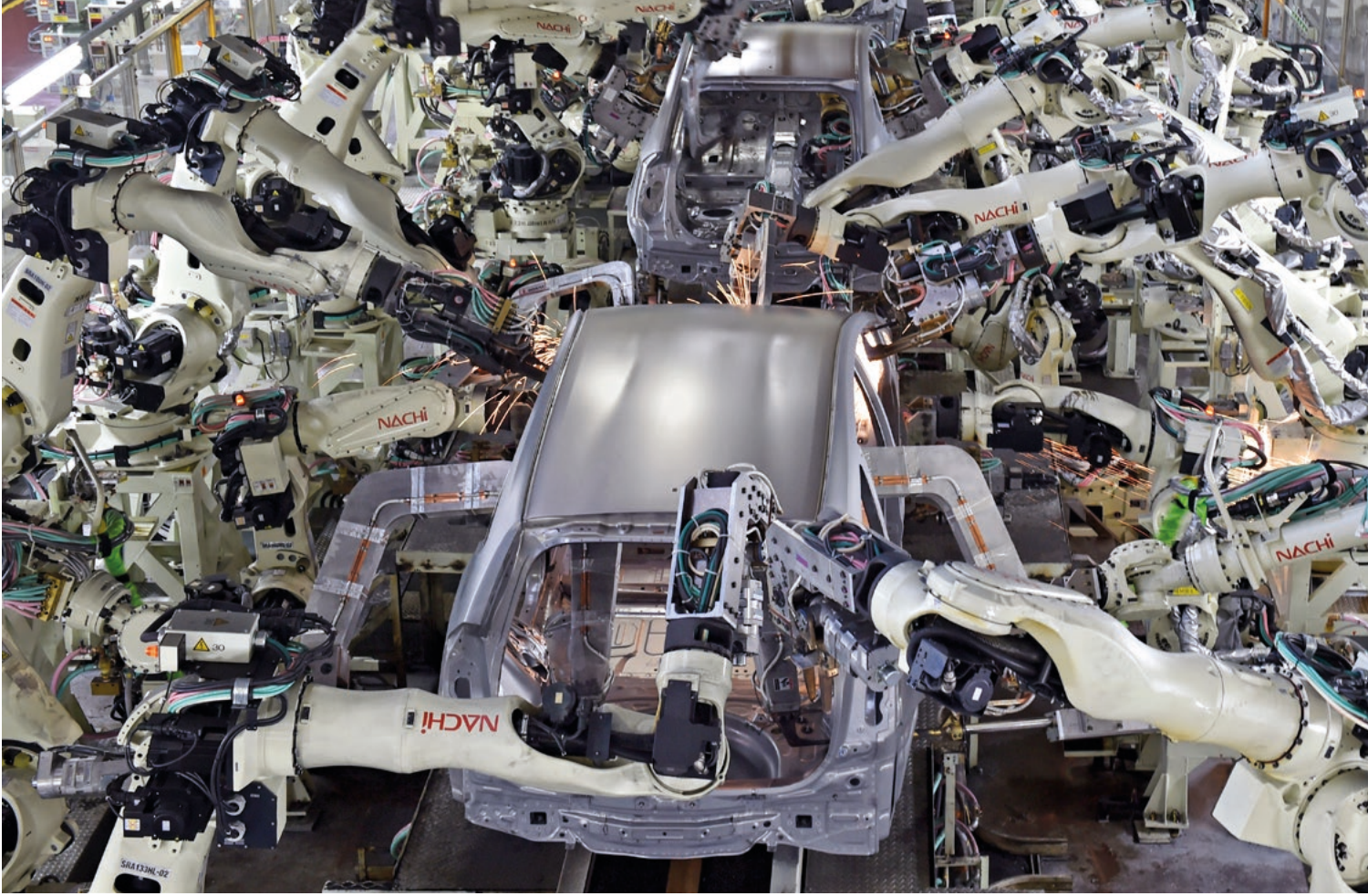
Etwa Robotersysteme in menschenfeindlichen Umgebungen - wenn zum Beispiel chemisch verseuchte Areale saniert oder kerntechnische Anlagen zurückgebaut werden. Bislang sind die Arbeiter/innen allen



„Angst ist kein guter Berater, wenn wir über die Zukunft nachdenken.“

Marion A.  
Weissenberger-Eibl





Vorsichtsmaßnahmen zum Trotz erheblichen Risiken ausgesetzt. Hier geht es nun darum, dass Roboter Arbeiten in den extremen Umgebungen weitgehend selbstständig durchführen, während Menschen von einem sicheren Leitstand aus die Arbeiten koordinieren, überwachen und bei schwierigen Aufgaben ferngesteuert eingreifen. Hier helfen unter anderem Augmented- und Virtual-Reality-Systeme. „Aktuell forschen wir in Deutschland nicht nur an innovativen Konzepten, sondern auch daran, die Zusammenarbeit von Mensch und Roboter in hybriden Teams zu gewährleisten. Technische Agenten werden die Arbeitskräfte also nicht komplett ersetzen, sondern entlasten“, erklärt Weissenberger-Eibl.

Es geht aber nicht nur darum, digitale Inhalte zu stärken. Künftig wird es auch wichtiger, psychosoziale Kompetenzen zu schärfen. „Konflikte lösen, Widersprüche aufheben, Neugier, Offenheit, Innovationen, Empathie und Kreativität sind menschliche Fähigkeiten, die uns von Computern unterscheiden“, erläutert die Wissenschaftlerin. So bleiben die Mitarbeiter mit ihren Erfahrungen und sozialen Kompetenzen ein wesentli-

cher Erfolgsfaktor der Zukunft. „Wir müssen unsere Komfortzone verlassen und auf der Welle des Fortschritts reiten“, fordert sie. Wichtig sei es, sich für den digitalen Wandel zu öffnen, um dessen Potenzial zu erkennen.

Quintessenz der Arbeitsweltexpertin: Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt. Aber es ist wenig hilfreich, das Gespenst des Jobvernichters an die Wand zu malen. „Angst ist kein guter Berater, wenn wir über die Zukunft nachdenken. Wenn wir den Willen haben, uns mit den Folgen der digitalen Veränderungen und der künstlichen Intelligenz auseinanderzusetzen, können wir durchaus mit Zuversicht auf die kommenden Dekaden blicken“, sagt Wissenschaftlerin Weissenberger-Eibl. ●

**GIAN HESSAMI** arbeitet als freier Journalist. Er hörte davon, dass Roboter Daten sammeln und in Texte umwandeln können. KI-gestützter Journalismus hat jedoch Grenzen. Spätestens, wenn analytische Denke erforderlich ist, geht es nicht ohne Journalisten aus Fleisch und Blut.



# Wann, wenn nicht jetzt?

Digital- und Diversity-Expertin Tijen Onaran will aus noch mehr Frauen Gründerinnen machen. Damit das gelingt, braucht es neben Mut, neuer Denke und fortschrittlichen Schulplänen aber auch mehr weibliche Geldgeber.

Ich finde, dass es keine bessere Zeit zum Gründen gibt als heute. Warum? Weil es heute ganz neue Möglichkeiten gibt - im Grunde genommen kann man direkt von der Couch aus gründen. Eine Website, um die eigenen Produkte zu vertreiben, und ein gutes Netzwerk genügen, um durchzustarten.

Ich selbst wäre aber im Laufe meiner gesamten Schul- und Universitätslaufbahn niemals im Traum darauf gekommen, dass ich mich einmal selbstständig machen könnte oder gar ein Unternehmen gründen würde. Weder komme ich aus einem Elternhaus, in dem das Unternehmertum verankert ist, noch kommt dieses Thema in den Lehrplänen des Schulsystems vor. Ich bin also kein Einzelfall, sondern vielmehr die Norm. Genau das zeigt auch die Statistik. Die Menschen in Deutschland gründen im Vergleich zu Menschen in anderen Industriestaaten sehr viel seltener. Besonders Frauen sind in den Gründerstatistiken deutlich in der Minderheit - dabei sind sie gleichzeitig langfristig die erfolgreicheren Gründer.

## Die Antwort lautet Mut

Daran muss sich dringend etwas ändern, und ein Ansatzpunkt dafür ist unser Bildungssystem. Es muss nicht gleich ein eigenes Fach sein - es würde für den Anfang schon genügen, wenn im Rahmen des regulären Unterrichts das Thema Entrepreneurship überhaupt vorkommt. Oft höre ich das immer gleiche Gegenargument, nämlich

dass Gründen mit dem hohen Risiko des Scheiterns verbunden sei. Wenn ich ehrlich bin, verstehe ich dieses Argument zunehmend weniger. Spätestens im Zeitalter der Digitalisierung ist nichts in der Arbeitswelt mehr ohne Risiko. Alle Berufe in allen Branchen werden sich im Lauf der nächsten Jahre gravierend verändern.

## Ein Plädoyer für mehr Diversität

Und auch innerhalb von Unternehmen wird es in Zukunft verstärkt darauf ankommen, unternehmerisch zu denken. Statt Entrepreneurship lautet hier die Devise: Intrapreneurship. Wissen allein genügt für die Jobwelt der Zukunft nicht mehr. Mut und Empowerment müssen dazukommen. Damit meine ich zum einen, dass wir gerade erfolgreiche Gründerinnen mit ihren Erfolgen stärker sichtbar machen müssen. Sie können so ein Vorbild werden für andere Frauen. Das gelingt umso leichter, wenn wir insgesamt zu einer offeneren Gesamthaltung gegenüber dem Unternehmertum kommen und zu einer Kultur des Empowerments. Wer jemals ein Unternehmen gegründet hat, weiß, dass es schwierige Phasen und Durststrecken geben wird. Gerade das sind die Momente, in denen es wichtig ist, Unterstützung zu bekommen. Neben einer fehlenden Gründerkultur kommt ein weiterer Faktor erschwerend hinzu: In

Deutschland gibt es kaum weibliche Investoren. Dass es heute immer noch so wenige Gründerinnen gibt, liegt mit Sicherheit auch daran, dass die Investorenzirkel stark männlich dominiert sind. Ein Weg, um mehr Vielfalt auf der Seite der Gründerinnen zu bekommen, lautet daher schlicht: mehr weibliche Investorinnen. Frauen fördern nachweislich mehr Frauen, und daher ist es nur logisch, dass mehr Diversität in Teams von Venture-Capital-Unternehmen zu mehr weiblichen Gründerinnen führt. Da diese zudem erfolgreicher gründen, würde dies zu einer positiven Entwicklung führen. ●

**TIJEN ONARAN** ist Digital- und Diversity-Expertin, Unternehmerin und Autorin. Mit Global Digital Women engagiert sie sich für die Vernetzung und Sichtbarkeit von Frauen in der Digitalbranche und berät zudem Unternehmen in Diversitätsfragen. Ende 2018 hat sie FemaleOneZero mitgegründet - eine internationale Content-Plattform. Vor Kurzem erschien ihr erstes Buch „Die Netzwerkbiibel“ im Verlag Springer.



Foto: Tijen Onaran



## WOHNUNGSKNAPPHEIT

# Kein Wunder, wenn der Markt ausgehebelt ist

In Berlin laufen derzeit die Vorbereitungen für ein Volksbegehren zur Enteignung großer privater Immobilienunternehmen. Rechtlich ist das auf Basis der Vergesellschaftungsmöglichkeit aus Artikel 15 Grundgesetz (GG) denkbar. In den 70 Jahren der deutschen Verfassung ist dieser Artikel, der die Dehnbarkeit der Wirtschaftsordnung belegt, allerdings noch niemals genutzt worden. Er hegt sich selbst ein, indem er Entschädigungen vorsieht. Und an denen würde sich das Land Berlin finanziell überheben. Vor allem aber wäre eine solche Massenenteignung der spektakulärste, illiberalste und ökonomisch einfältigste Eingriff, dem der ohnehin mit vielen Folterwerkzeugen traktierte Wohnungsmarkt ausgesetzt wäre.

Es besteht kein Zweifel am Befund der Wohnungsknappheit und der für viele Menschen nicht mehr bezahlbaren Mieten. Ökonomisch gesprochen, stecken wir in einer Situation mit großer Nachfrage, die auf ein zu kleines Angebot trifft: Dann steigen eben die Preise. Und das ist gut so. Denn steigende Preise signalisieren den Anbietern, dass auf dem Markt noch etwas zu holen ist, wenn sie ihr Angebot ausweiten, also bauen. Und wenn das Angebot erst einmal gewachsen ist, sinken die Preise wieder.

Doch schon hier lauert das erste politisch verursachte Problem: Die Preise können überhaupt nicht knappheitsgerecht steigen, weil die in der Vergleichsmiete eingebauten Anhebungsstaffeln und die zwecks „Milieuschutz“ eingeführte Mietpreisbremse das verhindern. Das zweite Problem folgt auf dem Fuß: Die Anbieter können auch deshalb ihr Angebot nicht ausweiten, weil die Gemeinden nicht genug Bauland ausweisen. Dabei böte in Berlin das Tempelhofer Feld eine ideale innerstädtische Fläche für einen neuen Stadtteil. Statt aber dem Angebot so zu ermöglichen, auf die Nachfrage zu reagieren, betätigt man sich am anderen Marktende

und bemüht sich, regulativ die Nachfrage zu drosseln, etwa indem man die Zweitwohnungssteuer erhöht und die Kurzzeitmiete verkompliziert.

Der Markt ist mithin schon weitgehend ausgehebelt. Die Wohnungsknappheit ist die Folge davon, nicht die Ursache. Und nun noch Vergesellschaftung? Dass der Staat der bessere Unternehmer sei, glaubt kaum jemand mehr. Aber er könnte die Mieten für diese Wohnungen nach sozialen Kriterien setzen und die Last auf die Allgemeinheit abwälzen. Ja, das hilft kurzfristig den Bestandsmietern, aber es entsteht keine einzige neue Wohnung. Besser ist es, wenn höhere Preise einen Anreiz zum Bauen setzen, wenn man Bauland ausweist und wenn begleitend das Wohngeld für Bedürftige steigt, was ja schon beschlossene Sache ist. Wenn ein Restbestand an ökonomischer Vernunft walten darf, dann sind solche Einkommenstransfers das sozialpolitische Mittel der Wahl. Vor allem aber: mehr Markt! ●

Arbeitsmarkt, Sozialsysteme, Steuern – in vielen Bereichen hat Deutschland dringenden Reformbedarf und braucht neue Ideen. Daher bitten wir an dieser Stelle renommierte und überzeugte Marktwirtschaftler um ihre Meinung zu drängenden ordnungspolitischen Fragen.



**Karen Horn** lehrt ökonomische Ideengeschichte und Wirtschaftsjournalismus an der Universität Erfurt. Zudem ist sie Chefredakteurin der Fachzeitschrift „Perspektiven der Wirtschaftspolitik“ (PWP).



**Karl-Heinz Paqué**  
ist Vorsitzender des  
Vorstands der  
Friedrich-Naumann-Stiftung  
für die Freiheit.

## Wird Deutschland ein zweites Japan?

So mancher von uns kann sich noch an die frühen Achtzigerjahre erinnern. Damals wurde Japan gefeiert und gefürchtet. Was für ein großartiges Wirtschaftswunderland: kräftiges Wachstum, massive Exporterfolge, dauerhafte Vollbeschäftigung und solide Finanzen! Alle grübelten über das Geheimnis des japanischen Modells von wirtschaftlicher Leistungskraft gepaart mit sozialem Konsens. Die USA, stets schnell bei der Hand mit Protektionismus, setzten unter Ronald Reagan Importbeschränkungen gegen japanische Autos durch. Die Angst ging um vor dem Industriegiganten aus Fernost.

Eine Dekade später war Schluss mit der Angst vor Japan. Das Land rutschte Anfang der Neunzigerjahre in eine dauerhafte Stagnation, von der es sich bis heute nicht erholt hat. Eine reife Industrienation mit hohem Lebensstandard begann, den Herbst seiner Entwicklung zu durchleiden: Investitionsschwäche selbst bei niedrigsten Zinsen, eine alternde und schrumpfende Bevölkerung, ein Mangel an Gründergeist und Start-up-Kultur – und dies alles bei weiterhin hohem Überschuss der Leistungsbilanz. Staat und Zentralbank begannen schließlich, massiv gegenzusteuern – in den vergangenen Jahren mit einer beispiellos expansiven Geld- und Fiskalpolitik – bisher mit äußerst mageren Ergebnissen.

Zugegeben, Geschichte wiederholt sich nicht. Aber es gibt doch schon erstaunliche Parallelen zwischen dem heutigen Deutschland und dem Japan vor gut 30 Jahren: schwache Investitionen bei niedrigsten Zinsen, riesige Überschüsse der Leistungsbilanz, schöne Exporterfolge, ausgeglichene Haushalte, niedrige Arbeitslosigkeit und eine alternde Bevölkerung. Vor allem die demografische Entwicklung bringt enorme Wachstumsrisiken: Zwischen 2020 und 2035 scheiden Millionen von Babyboomern aus dem Arbeitsmarkt aus, die bis dato größte und am besten ausgebildete Generation, die es je in der deutschen Geschichte gab. Das Rückgrat an Ingenieuren und Technikern droht zu brechen – und damit die Grundlage für die gerühmte mittelständische Innovationskraft unserer Wirtschaft. Was folgt, sind viel weniger junge Menschen – und dies bei einer überaus schwachen Gründerkultur, jedenfalls im Vergleich zu den USA oder Großbritannien (oder gar Israel).

Auch die Reaktion der Politik erinnert an Japan. Es herrschen Blindheit und Ratlosigkeit gegenüber den Herausforderungen. Japan verzichtete damals auf die Öffnung seines überregulierten Binnenmarkts und verschloss sich gegenüber Zuwanderung. Und es tat nichts zur Schaffung und Stärkung einer vibrierenden Gründerkultur. Im heutigen Deutschland wird zwar viel über die Zukunft geredet, aber fast nur noch mit Blick auf die Rettung vor dem globalen Klimawandel und die Sicherung der Renten für die ältere Generation. Das kann böse enden: in der säkularen Stagnation statt in einer nachhaltigen Dynamik. Eben wie in Japan. Muss es aber nicht, wenn die Politik den Ernst der Lage erkennt.

Illustration: Julian Rentzsch



# KULTUR



## NO-NO BOY

Wie findet man seinen Platz in der Welt? John Okada erzählt in seinem wiederentdeckten Klassiker von den Folgen getroffener Entscheidungen.

**// Seite 52**

## GIEBICHENSTEIN

Die Burg Giebichenstein in Halle zählt zu den größten Kunsthochschulen Deutschlands. Eine Reportage zeigt, warum.

**// Seite 54**

## FUNDSTÜCK

Elly Heuss-Knapp war Frauenrechtlerin, Liberale und die erste „First Lady“ der jungen Bundesrepublik. Ihre Texte sind noch heute relevant.

**// Seite 56**

## STANDORT

Warum scheiterte Versailles? Antworten darauf liefern zwei neue Sachbücher. **// Seite 58**

## MEDIENCHECK

Rezensionen eines aktuellen Kinofilms, einer schlagzeilenträchtigen Musikveröffentlichung und eines hörenswerten Podcasts. **// Seite 59**

# KONSEQUENZEN

Was heißt es, fremd im eigenen Land zu sein? Wie überwindet man die Bürde der eigenen Herkunft? Wie findet man seinen Platz in der Welt? John Okada erzählt in seinem wiederentdeckten Klassiker „No-No Boy“ eindrucksvoll von den Folgen getroffener Entscheidungen.

Thomas Hummitzsch

**M**

it Ausnahme der Jahre des Ersten Weltkriegs, als Japan und die USA als Alliierte kämpften, waren die Japaner in den USA permanenter Diskriminierung ausgesetzt. So schlimm wie in den Jahren nach dem 7. Dezember 1941, als die kaiserliche Luftwaffe Pearl Harbor angriff, wurde es aber nie, denn US-Präsident Franklin D. Roosevelt verhängte danach eine Order, die es erlaubte, über einhunderttausend an der Westküste Amerikas lebende „Japanese Americans“ der ersten, zweiten und dritten Generation in Internierungslager zu bringen. Die männlichen Gefangenen sollten sich dann für den Militärdienst melden und gegen das Land ihrer Eltern in den Krieg ziehen. Wer sich weigerte, wurde zu Gefängnisstrafen verurteilt. „Verdammt, was für eine Scheiße, wenn sie mir das angetan hätten, würde ich garantiert nicht im Bauch einer schrottreifen

B-24 hocken“, sagt ein amerikanischer Soldat seinem japanisch-amerikanischen Kameraden zu Beginn des Romans, als der ihm beschreibt, warum er gegen die Heimat seiner Eltern kämpft.

Ichiro wurde vier Jahre lang inhaftiert, weil er sich weigerte, für die Amerikaner gegen Japan zu kämpfen. Zur Verweigerung des Militärdienstes gesellt sich aber auch seine Ablehnung Japans, weshalb er als „No-No Boy“ in die amerikanische Nachkriegsgesellschaft zurückkommt, um dort irgendwie neu anzufangen. Okadas auktorialer Erzähler beschreibt die Eindrücke und Erlebnisse von Ichiro, seiner Familie, von Freunden und Bekannten in den Tagen nach seiner Rückkehr aus dem Gefängnis. Dabei wird das gesamte Entscheidungsdilemma der japanischen Amerikaner aufgeklärt. Denn wie sollte Ichiro potenziellen Arbeitgebern Auskunft über seinen fehlenden Patriotismus geben? Was sollte er als Alternative zum Militärdienst anführen, den er nicht angetreten hat? „Keine noch so große Lüge konnte seinen Riesenfehler kaschieren.“





## John Okada

Der 1923 in Seattle geborene John Okada gilt als erster japanisch-amerikanischer Schriftsteller. Als die Japaner 1941 die Marinebasis in Pearl Harbor attackierten, studierte Okada an der Universität Washington. Erst der Eintritt in die US-Armee und das Kappen seiner japanischen Wurzeln brachten Okada aus der Internierungshaft. Die Arbeiten an „No-No Boy“ beendete Okada 1956. Im Alter von nur 47 Jahren starb er 1971.

### John Okada

#### No-No Boy

Aus dem amerikanischen Englisch von Susann Urban  
Weltlese/Büchergilde  
Gutenberg  
296 Seiten, 24 Euro

Okadas beeindruckender Roman, von Susann Urban wunderbar ins Deutsche übertragen, ist in einer gleichermaßen bildreichen wie klaren Sprache verfasst. Die *New York Times* verglich „No-No Boy“ sogar mit den Werken von James Baldwin. Und wie Baldwin hält uns Okada existenziell Menschliches vor Augen.

### Gräben zwischen Kindern und Eltern

Verzweifelt wirft Ichiro der Generation seiner Eltern vor, ihm und seinesgleichen ein Leben in den USA verbaut zu haben, weil sie selbst „nach fünfunddreißig Jahren in einem Amerika, das sie so vehement ablehnten, als hätten sie Japan keine Sekunde verlassen, japanisch sahen, fühlten und dachten“ - und genau das auch von ihren Kindern erwarteten. Und während Ichiros fanatische Mutter immer noch auf den Sieg Japans wartet, trinkt sich sein Vater die hässliche Wirklichkeit schön. Nichts wie weg hier, denkt sich Ichiro und begibt sich auf eine Reise, bei der er Kenji kennenlernt und damit erstmals jemanden, der einen anderen Weg als er gegangen ist. Erst hier begreift er, dass es kein Richtig und kein Falsch für seine Generation gibt. Über Kenji lernt Ichiro die junge Emi kennen, deren Mann lieber ein zweites Mal in den Krieg gezogen ist, als bei ihr zu bleiben. Sie kommen sich näher, und Emi wird so etwas wie seine Vertraute. Nachkomme japanischer Einwanderer in den USA zu sein, erklärt sie, sei eine Bürde, „weil wir Amerikaner sind und weil wir Japaner sind, und manchmal verträgt sich beides nicht, das ist der Grund. Wenn man Deutscher und Amerikaner ist oder Italiener und Amerikaner oder Russe und Amerikaner, ist das okay, aber wenn man Japaner und Amerikaner war, war das nicht okay, wie sich herausgestellt hat. Man müsste entweder das eine oder das andere sein.“

Über die Charaktere wie Kenji und Emi öffnet Okada seine Erzählung über die verschiedenen Schicksale, die Amerikaner japanischer Abstammung im und nach dem

Zweiten Weltkrieg ereilen konnten. Er reflektiert hier ausgehend von Ichiro, der beständig das Gefühl hat, eine falsche Entscheidung getroffen zu haben, dass es keine richtigen und falschen Entscheidungen für diese Menschen gab. Kenji etwa hat sich für den Militärdienst entschieden, sich im Kampf gegen das faschistische Japan aber eine Kriegsverletzung zugezogen, die nicht heilen will. Stück für Stück müssen ihm die Ärzte sein Bein abnehmen, die Aussichten auf Heilung sind schlecht.

In Kenji findet Ichiro sein absolutes Gegenstück. Im Gegensatz zu ihm hat er Amerika gedient und sich damit die Grundlage einer Zukunft geschaffen. Einer Zukunft, von der ihm nun doch nichts mehr bleibt. „Der eine, bereits tot, aber immer noch lebendig, grübelte über fünfzig, sechzig weitere Jahre totes Leben nach, und der andere lebte und starb langsam. Zwei Extreme: der Japaner, der amerikanischer war als die meisten Amerikaner, weil er für Amerika bis an den Rand des Todes gerobbt war, und der andere, der weder Japaner noch Amerikaner war, weil er von dem Geschenk seines Geburtsrechts keine Notiz genommen hatte, als alles davon abhing.“

### Lehrstück über innere Zerrissenheit

Kenji ist einer von drei Protagonisten mit japanischem Hintergrund, die am Ende von John Okadas meisterhaftem Roman ums Leben gekommen sind. Bevor er das letzte Mal (mit Ichiro) in die Klinik fährt, gesteht ihm sein weinender Vater, dass er es war und nicht sein Sohn, der eine falsche Entscheidung getroffen hat. „Ich bin nach Amerika gegangen, um reich zu werden, damit ich, wenn ich in mein Dorf in Japan zurückkehre, etwas darstelle. Ich war gierig und ehrgeizig und stolz. Ich war kein guter oder kluger Mensch, sondern ein Dummkopf. Und du hast dafür bezahlt.“

Ichiro verliert mit Kenji einen Freund, gewinnt aber die Erkenntnis, dass es keine richtige Entscheidung für ihn geben konnte. So wie es auch keine richtige Entscheidung für Emi und für all die anderen jungen Amerikaner gab, deren Vorfahren aus Japan in die USA gezogen sind, um ihren Nachfahren eine bessere Zukunft zu ermög-

lichen. Sie alle sind Überlebende, gestählt hervorgegangen aus einem Spiel, das es nicht gut mit ihnen gemeint hat.

Gut gemeint mit uns hat es hingegen Ilija Trojanow, der diesen literarischen Kristall wiederentdeckt und in seine bei der Edition Büchergilde erscheinende Reihe „Weltlese - Lesereisen ins Unbekannte“ aufgenommen hat. John Okadas Roman ist ein Lehrstück im wahrsten Sinne des Wortes, das nicht nur die Wissenslücke über das Schicksal der japanischen Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg schließt, sondern zugleich unermesslich viel von der inneren Zerrissenheit jener Menschen vermittelt, die multiple Identitäten in sich tragen, weil ihre Eltern oder Großeltern woanders geboren und verwurzelt sind. Sie müssen sich eine neue Heimat schaffen, die den Platz, an dem das eigene Herz schlägt, ebenso anerkennt wie den Sehnsuchtsort, an den das Herz der Vorfahren gebunden ist. Von diesen Menschen leben Hunderttausende in diesem Land. Dieser Roman trägt einen Teil dazu bei, sie besser zu verstehen. ●



Illustration von  
Robert Deutsch

# MIT TRADITION UND VISION



Mehr als 1.000 Studierende, mehr als 20 Studienrichtungen, visionäres Gestalten seit 1915: Die Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle zählt zu den größten Kunsthochschulen Deutschlands. Die Vorzeige-Institution ehren sowohl Lehrende als auch Lernende.

**Almut Steinecke**



**ROBERT DEUTSCH**, 37, Absolvent in Illustration und Kommunikationsdesign an der Burg Giebichenstein

„Ich bereue keinen einzigen Moment an der Burg. Diese Kunsthochschule war mir ein sehr guter Begleiter darin, mich selbst zu entdecken. Die Professoren haben mir Sätze gesagt wie: ‚Denk nicht daran, was Supertolles zu schaffen – finde lieber deine Handschrift!‘ Mit dieser Freiheit habe ich mich getraut, Bilder zu kreieren, die gesellschaftliche Doppelmoral und teils schrägen Humor widerspiegeln, dabei aber nicht zu plakativ und provokant werden, sondern noch malerisch-verspielt bleiben. Nachdem ich mein Studium 2012 abgeschlossen hatte, hatte ich ein weiteres Jahr die Möglichkeit, auf dem Gelände der Burg die Werkstätten zu nutzen. So wurde es kein abrupter Abschied, sondern ein langsames Abnabeln von der Hochschule. Außerdem erhielt ich von Giebichenstein noch ein Graduierten-Stipendium für ein Projekt, was nicht zuletzt der starken Kunst- und Kulturförderung geschuldet war, durch die sich das Land Sachsen-Anhalt insgesamt auszeichnet. Mit dieser Förderung habe ich im Jahr 2017 mein erfolgreiches Debüt veröffentlicht, den Comic ‚Turing‘ über Alan Turing, den Erfinder des modernen Computers. Aktuell arbeite ich an einem geschichtlich hochgradig spannenden Buchprojekt, und ich bin total glücklich darüber, von meiner Kunst gut leben zu können – Burg Giebichenstein sei Dank!“





Staunen und sich wohlfühlen: Die Burg ist ein kreativer Schutzraum.

**PROF. DIETER HOFMANN**, 59, Rektor der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle

„Wie intensiv sich unsere Studierenden mit Kunst und Gestaltung auseinandersetzen, habe ich daran gemerkt, dass ich selbst an einem 24. Dezember noch Studierende in unseren Ateliers antreffe – vertieft in ihre Arbeit. Wenn man so etwas beobachten darf, erfüllt einen das als Rektor mit großer Freude. So viel Hingabe zum Fach kommt nicht von ungefähr: Die Burg vereint Gegenwart und Zukunft in einem vielfältigen Ausbildungsangebot von Kunst und Design: von Malerei oder Bildhauerei bis hin zu Virtual-Reality- oder Spiel- und Lerndesign. Das alles preisgekrönt: Allein 2018 erhielten Burg-Studierende, Lehrende und Alumni mehr als 30 nationale und internationale Auszeichnungen. Wobei es uns nicht wichtig ist, unsere Schützlinge zu Trophäenträgern zu trimmen, im Gegenteil: Wir vermitteln, dass der Weg mindestens so wichtig wie das Ziel ist – das Studium an unserer Kunsthochschule ist auch ein Schutzraum für freies künstlerisches und gestalterisches Experimentieren mit allen Risiken, die das birgt, und zuerst auch ohne Verwertungsdruck. Das scheint sich herumzusprechen: 2019 verzeichnen wir einen Anstieg der Bewerberzahlen von 1.100 auf 1.350 Studieninteressierte.“



**JUDITH LORBACH**, 28, studiert im vierten Semester Kunst auf Lehramt an der Burg Giebichenstein

„Obwohl es an der Burg so viele Studierende gibt, ist es hier null anonym, und auch wenn ich als Lehramtlerin einen anderen Studienaufbau habe als die freien Künstler, fühle ich mich gut angenommen. Das liegt daran, dass Studierende der freien Kunst und der Kunst auf Lehramt alle Grundkurse gemeinsam haben – so wächst man zusammen, obwohl man unterschiedliche Blicke auf die Fächer hat. Ich freue mich jeden Tag, an der Burg zu sein! Die Atmosphäre an diesem historischen und ehrwürdigen Ort mit ihren Türmchen, Zinnen und schiefen Balken ist einzigartig, allein der Rosengarten im Burginnenhof, in dem man bei gutem Wetter gemütlich sitzen und sich austauschen kann, ist wie eine exklusive Rückzugsinsel. Und wir engagieren uns übrigens auch politisch: Vor zwei Jahren war in Halle ein Nazi-Aufmarsch, da haben wir unserer Kreativität freien Lauf gelassen und mit selbst gestalteten bunten Fahnen eine lockere Gegen-Demo gestartet und Giebichenstein repräsentiert, wie diese Kunsthochschule nun mal ist: friedlich und familiär.“





Sie war die erste „First Lady“ der noch jungen Bundesrepublik – aber Elly Heuss-Knapp (1881-1952) war viel mehr als das. Sie schaffte es zeitlebens, eigene Ambitionen und Familienleben zu verbinden. Während ihres Studiums der Volkswirtschaftslehre widmete sie sich der Politik und engagierte sich schon früh gegen die soziale Benachteiligung von Frauen. Der nachfolgende Text erschien unmittelbar nach der Verkündung des Frauenwahlrechts. Er zeugt davon, dass sich Heuss-Knapp durchaus als Teil der Frauenbewegung sah, der sie gleichwohl kritisch gegenüberstand. 1946 errang sie ein Abgeordnetenmandat im baden-württembergischen Landtag. 1950 gründete sie das Deutsche Müttergenesungswerk als „wirkliche Krönung meines Lebens“, wie sie selbst schrieb.

## **Elly Heuss-Knapp**

# **Die politische Frau. Wandlungen und Entwicklungen**

(Zuerst veröffentlicht in *Vossische Zeitung* Nr. 658 vom 25.12.1918)



**Einzelne politische Köpfe hat es immer unter den Frauen gegeben**, man braucht nicht einmal ausschließlich an die Herrscherinnen zu denken. Freilich ist und bleibt Maria Theresa die Verkörperung dessen, was wir unter dem mütterlichen Geist in der Politik verstehen. Auch für uns demokratische Frauen wäre es eine vorzügliche politische Schulung, wenn wir uns Zeit nähmen, die Briefe dieser wirklich schon „aufgeklärten“ absoluten Monarchin zu lesen. Sei es auch nur, um zu erkennen, wie sogar der reinste, klügste und warmherzigste Monarch scheitern muß, wenn das System veraltet ist, das seinen Staat beherrscht. [...]

#### Aber wenn wir das Wort

„politische Frauen“ nennen (es hat für viele einen so unsympathischen Klang, daß wir es unter dem Schutz der Anführungsstriche aussprechen), so denken wir an die Frauen des 19. Jahrhunderts. Den wenigsten unter ihren Gegnern ist klar, welche Wandlungen die im öffentlichen Leben stehenden Frauen von 1848 bis 1918 durchgemacht haben.

#### Das Revolutionsjahr 1848 hat eine ganze Reihe von Frauen politisch wachgerüttelt.

Die Männer trieben Gesinnungspolitik, die Dichter und Denker waren an der Spitze der Bewegung, Romantik und weltfremder Idealismus beherrschten die Gemüter, hinreißende Rhetorik lockte alle starken Temperamente herbei -, kein Wunder, daß auch Kämpferinnen in die Reihen eintraten. Der große politische Gedanke war so klar und zwingend: Einheit des Reiches und Freiheit der Persönlichkeit. Es gehörte noch nicht viel Fachkenntnis, Staatsrecht und Gesetzeskunde dazu, um in diesem Feuer mitzuglühen. [...]

#### Das charakteristische Merkmal dieser Generation von Frauen ist ihr völliges

Aufgehen in der allgemeinen Männerpolitik. Sie reden von Menschenrechten, nicht von Frauenrechten. Als treue Kameradinnen der Männer stehen sie mutig im Kampf, radikal in ihren Forderungen, aber ganz unegoistisch, nur der Gesamtheit, nicht ihrem Geschlecht dienend. [...]

**Als dann die Zeit der Gesinnungspolitik** „eifertig ohne Spur wie Windeshauch durch Blätter“ vorübergerauscht war und in der Ära Bismarcks die Deutschen

## „Laß dich gelüsten nach der Männer Bildung, Kunst, Weisheit und Ehre.“

Elly Heuss-Knapp

„Realpolitik“, Machtpolitik, wirtschaftliche Interessenpolitik zu treiben lernten, da verschwand die Frau aus dem politischen Leben. Aber, einmal erwacht, konnte sie doch nicht in den Schlaf zurücksinken: die Frauenbewegung setzte ein. Sie begann mit dem Streben nach besserer Bildung der einzelnen Persönlichkeit. [...]

#### So entstand der Typus der „Frauenrecht-

lerinnen“, die, mutig und leicht verbittert, nicht mehr mit dem Mann, sondern gegen ihn um weibliche Freiheit und Bildung, sittliche und auch wirtschaftliche Selbständigkeit und Gleichberechtigung kämpfen. Von allen Witzblättern als

„Blaustrumpf“ verhöhnt, von den Männern bekämpft und den Frauen gemieden, ist es diesem ästhetisch unerfreulichen, moralisch hochstehenden Typus doch geglückt, geradezu unerhörte Erfolge zu erringen. Welcher Gegensatz zwischen unseren Großmüttern, die aus Gründen des Anstands nicht Schlittschuhlaufen durften,

und dem Bürgermädchen, das die Frauenbewegung kaum dem Namen nach kennt und doch, sicher auf eigenen Füßen stehend, sich Broterwerb und Lebensfreude selbständig sucht.

#### Politisch im eigentlichen Sinne des Wortes

wird die in ihren Anfängen individualistisch gerichtete Frauenbewegung erst, als in den neunziger Jahren die große soziale Welle Deutschland durchflutet – als auch bei den Männern

wieder Gesinnungspolitik einsetzt! Wenn der Staat sich auf seine menschlichste Pflicht besinnt: die Schwachen zu schützen gegen die Starken, dann braucht er die Mitarbeit der Frau. So entstand in den weitverzweigten Gebieten der Sozialpolitik ein großes Arbeitsfeld, dem Männer und Frauen in treuer gegenseitiger Hilfe und Ergänzung ihre

Lebenskraft widmeten. Und die organisierten Frauenvertretungen, vor allem der Bund deutscher Frauenvereine, erkannten ihre große Aufgabe: die Frauen für diese sozialen Pflichten zu schulen. Wieder kämpfen die Frauen nicht gegen, sondern mit dem Manne für eine bessere Zukunft des deutschen Volkes, für Befreiung der politisch nicht mehr geknechteten, aber wirtschaftlich unterdrückten besitzlosen Klassen. Auch die radikale Gruppe der Stimmrechtlerinnen fand die Begründung ihrer Forderung in der fürsorglichen Begabung der Frau, die dem Staat zugutekommen soll. So ist der moderne Typus der politischen Frau durch die Schulung der Sozialpolitik gegangen.

#### Diese Wandlung und Läuterung der politischen Frau

von romantischer Begeisterung über verbittertes Sich-Durchsetzen zur sachlichen Schulung und sozialem Verantwortungsgefühl ist ihrer staatsbürgerlichen Mündigsprechung vorangegangen. Sie läßt uns hoffen, daß das Eintreten der Frau in die Politik Segen bringen möge, nicht nur den Frauen, nicht nur der Partei, sondern dem ganzen (deutschen) Volk. ●





**Eckart Conze**  
**Die große Illusion.**  
**Versailles 1919 und die**  
**Neuordnung der Welt**  
 Siedler Verlag,  
 560 Seiten, 30 Euro,  
 ISBN: 978-3827500557

**Jörn Leonhard**  
**Der überforderte**  
**Frieden. Versailles und**  
**die Welt 1918-1923**  
 C.H.Beck,  
 1531 Seiten, 39,95 Euro,  
 ISBN: 978-3-406-72506-7

## Versailles 1919: die Saat des Scheiterns

**V**or 100 Jahren wurde der Vertrag von Versailles geschlossen. Er sollte die Welt neu ordnen. Zwei namhafte deutsche Historiker haben zum Erinnerungsjahr jeweils ein Buch darüber vorgelegt: Eckart Conze (Marburg) und Jörn Leonhard (Freiburg). Die Titel der Werke klingen ähnlich: „Die große Illusion“ und „Der überforderte Frieden“. Beider Botschaft ist dieselbe: Dieser Frieden scheiterte, und er hat bis heute tiefe Spuren hinterlassen, in Europa und global. Beide Bücher sind gut lesbar. Der Unterschied liegt im Umfang: Conze liefert 500, Leonhard 1.300 Seiten Text.

Warum scheiterte Versailles? Schaut man auf Inhalt und Verlauf der Verhandlungen, ist die Antwort einfach: Alle Beteiligten der Siegermächte verfolgten ihre Eigeninteressen. Sie taten es rücksichtslos, aber mit nachvollziehbaren Motiven: Clemenceaus Frankreich aus panischer Angst vor einem Wiedererstarken des Erzfeinds Deutschland; Lloyd Georges Großbritannien mit Zielen des Gleichgewichts der Mächte in Europa und Ausdehnung seiner kolonialen Dominanz im Nahen Osten;

Woodrow Wilsons USA aus idealistischen Postulaten der nationalen Selbstbestimmung der Völker, die allerdings bei den komplexen Realitäten des Alten Kontinents eher Konflikte schürten, als sie zu lösen; Orlando Italiens fast nur wegen der günstigen Gelegenheit, um kühne alliierte Versprechungen aus der Kriegszeit einzulösen und Land im Mittelmeerraum zu gewinnen; schließlich die Nationalitäten Osteuropas, um sich aus den zerfallenen Habsburger und Osmanischen Reichen territorial ein möglichst großes und ethnisch homogenes Stück herauszuschneiden.

Ebenso wie die Sowjetunion saßen die Kriegsverlierer nicht am Verhandlungstisch. Ihnen wurde das Ergebnis der Verträge von Versailles sowie in der Folge St. Germain, Trianon und Sèvres zur ultimativen Annahme mitgeteilt. Dies war eine schwere Demütigung für Deutschland, Österreich, Ungarn und die Türkei, denen massive Gebietsverluste und im Falle der Türkei völkische Umsiedlungen zugemutet wurden. Die Folge war Frustration, die allerdings auch im kompletten Mangel an Einsicht der jeweiligen nationalen Füh-

rungseliten in den Nationen der Verlierer ihre Ursache hatte. Dies gilt vor allem für die Politiker rechts der Mitte. Somit war im Grunde der Boden bereitet für den politischen Aufstieg eines nationalen Revisionismus, der in der Zwischenkriegszeit nie mehr verschwand und nach der Weltwirtschaftskrise 1929-32 den Weg in die Katastrophe ebnete.

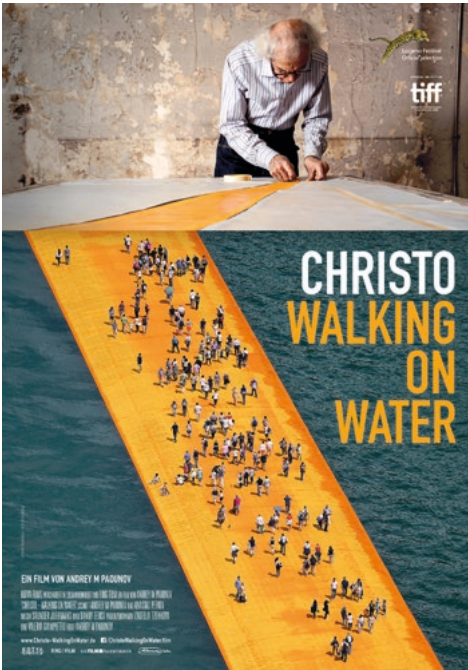
Conze und Leonhard geben sich nicht damit zufrieden, das Scheitern festzustellen und nachzuzeichnen. Sie suchen nach tieferen Gründen. Ganz oben steht dabei die grausame nationale Kriegserfahrung. Sie verhinderte vor allem in Frankreich jedwede Großzügigkeit oder Zurückhaltung gegenüber dem Feind. Die gab es zwar in Ansätzen bei Briten und Amerikanern. Den mächtigen Vereinigten Staaten fehlte aber schließlich der Führungswille.

Ein weiterer tiefer Grund für das Scheitern von Versailles könnte moderner kaum sein: die Rolle der Medien. Die Versailler Friedensverhandlungen waren die ersten der Weltgeschichte, die unter der täglichen Beobachtung der Öffentlichkeit standen – mit all ihrer national aufgepeitschten Emotionalität in den betroffenen Ländern. Eine ganz andere Welt als ein Jahrhundert zuvor zur Zeit des Wiener Kongresses, aber eng verwandt mit jener globalen Aufgeregtheit, die heute das Internet beherrscht. Unter diesen Umständen war die Diplomatie nicht mehr frei, sich im Interesse der Sache von der Volksmeinung zu entfernen. Die Transparenz führte ins Unglück.

All dies gibt Stoff zum Nachdenken. Die Geschichte wiederholt sich zwar niemals. Aber der wachsende Nationalismus und Populismus von heute haben ein enormes Potenzial, im ernstesten Konfliktfall mithilfe der modernen Medien die Emotionen eskalieren zu lassen und politische Kompromisse zu erschweren. Genau dies muss besonnene kluge Diplomatie verhindern. Nie war sie wichtiger als heute. ●

**Karl-Heinz Paqué**





## Blick in die Kinos

**Gibt es den perfekten kreativen Individualisten?** Ja, natürlich! Sein Name: Christo. Zuletzt zu bewundern in dem Dokumentarfilm „Walking on Water“ über sein Projekt „Floating Piers“. Der faszinierende Film läuft derzeit in den Kinos, das Projekt selbst lief 2016 auf dem Iseosee in Norditalien: ein goldenes Band über einem blauen See, und Tausende von Menschen laufen darauf, dicht gedrängt. Ein ästhetisches Erlebnis, aber auch ein Kampf

mit einer unerbittlichen Bürokratie, wie der Doku-Streifen eindrucksvoll zeigt. Aber Christo gibt niemals auf. Und er gewinnt. Der Magier der Stoffbahnen, der mit seiner geliebten Frau Jeanne-Claude, die 2009 starb, 1995 den Berliner Reichstag verhüllte und 2003 den New Yorker Central Park mit wehenden Toren („Gates“) bestückte, schafft nach eigenem Bekunden Werke, die keinerlei Sinn haben, aber gefallen. Und dabei, das sei hinzugefügt: Räume verändern und ins Bewusstsein heben. Nebenbei bemerkt: Christos Projekte werden nur durch Verkauf von Fotos der Objekte finanziert, ohne jedes öffentliche Geld. In der Tat: Christo ist ein Verrückter. Großartig!

**Karl-Heinz Paqué**

## Da gibt's was auf die Ohren



Waldorf und Statler, Kienzle und Hauser, Böhmermann und Schulz – die Liste der kongenialen Lästertuos mit Niveau hat Tradition. Nun geht ein neues Bewerberpäpchen für diesen exklusiven Kreis an den Start: Mirella und Flo starten auf dem Streamingdienst Spotify den Podcast „Muss das sein?“. Beide sind erfahrene Youtuber. Flo hat es auf der Videoplattform vor allem mit seinen Reisereportagen zu einer gewissen Bekanntheit gebracht. Mirella stellt auf ihrem Kanal „Mirellativegal“ regelmäßig Videos im Bereich Comedy und Unterhaltung ein. Zwei „Filmmenschen“ in einem Audioformat – passt das, fragt man sich unweigerlich. Für die Zielgruppe Generation Z wahrscheinlich schon. In zunächst 16 Folgen, von denen immer montags eine neu erscheint, beschäftigen sich Mirella und Flo eigenen Angaben zufolge „auf unterhaltsame Art und Weise mit Zukunftsfragen, Themen wie Nachhaltigkeit, der ersten große Liebe, aber auch mit der Abhängigkeit von sozialen Medien – relevante Themen unserer Generation“, denen sie mehr Gehör verschaffen wollen. Klingt vom Konzept her nicht wirklich neu und ein wenig wie Flaschendreher am virtuellen Lagerfeuer. Aber vielleicht könnte das Format gerade deshalb funktionieren. Gute, witzig gemachte Antworten auf die großen Fragen des Lebens haben schließlich immer Konjunktur. **Thomas Luther**



## Viel Lärm und Nichts

War das eine Aufregung! Die Band „Rammstein“ bringt ein neues Album heraus! Und das erste Video zeigt die Bandmitglieder in KZ-Kleidung! Und eine Textzeile heißt „Deutschland, Deutschland überrrrr allen“! Und auf dem Cover ist ein Streichholz!

Allzu bereitwillig ging das Feuilleton der Tumultkapelle auf den Leim. Natürlich steht das Album auf Platz eins der Charts. Die ersten 45 Sekunden lang denkt man, das könnte was werden. Aber dann geht dieser tumbe Marschrhythmus los. Die Musik ist belanglos, dauerhaftes Gitarrengebratzte, schwärende Keyboards, ein Dröhnbass unterhalb der Bedeutungsschwelle.

Die Texte haben zum Teil Klippschulniveau. Die Themen sind flach: katholische Kirche, Sex, Geh-weg-von-mir-ich-bring-nur-Un-glück, Spanner, Tattoos, Kindesentführung. Keine Aussagen, kein Tiefgang, nur Effekt.

„Rammstein“ hat keine politische Botschaft, bedient sich aber brachialpolitischer Stereotype. Das Schlimme an „Rammstein“ ist die gewollte Ambiguität: das Provozieren-Wollen als Geschäftsmodell. Die Band grölt „Doitschlannt!“ eher wie die Faschos in Chemnitz als wie die Fans im Stadion. Und im Lied „Ausländer“, wo man fast schon aufatmet, wenn es im Verlauf des Liedes offensichtlich um Sextourismus geht, kommen zum Schluss die Zeilen „Du kommen mit, ich Dir machen gut...“ – es ist widerlich.

„Rammstein“ wollen falsch verstanden werden. Man sieht förmlich die Masse die Arme hochreißen, stampfen, hüpfen, schreien. Da findet sich der rechtsdrehende Glatzkopf genauso wieder wie der spaßprovokante Filialleiter oder der statusüberforderte Rechtsanwalt. Da bleibt kein Korken in der Flasche: „Links, 2 – 3 – 4!“. **Thomas Volkmann**



**Rammstein**  
Rammstein  
Universal  
Music



## Die Sache mit den Fake News

Auch wenn die Debatte um Fake News historisch weit zurückreicht – in den öffentlichen Fokus gerückt ist sie erst mit dem Präsidentschaftswahlkampf in den USA 2016. Eine aktuelle Untersuchung im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit liefert Antworten auf die Frage: Was tun gegen dieses Phänomen?

**Y**ou are fake news.“ – eine Anschuldigung, die so berühmt ist wie ihr Urheber Donald Trump. Schon vor seiner Wahl zum US-Präsidenten im Jahr 2016 bezichtigte Trump diverse Traditionsmedien, „Fake News“ zu verbreiten. Dabei handelt es sich bei Fake News um ein soziales Phänomen, das sich in der aktuell diskutierten Form erst durch die Entstehung von Social Media entwickeln konnte. Diese Form der Falschmeldung wird, anders als die klassische Zeitungssente, wissentlich und willentlich verbreitet. In den meisten Fällen via Nutzerinteraktion, also durch Posten, Teilen, Liken auf Twitter, Facebook und Co. Fake News mit großer Reichweite sind meist leicht verständlich und behandeln Themen, die kontrovers, polarisierend oder moralisch aufgeladen sind, Themen wie Flucht oder Migration.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit beauftragte dazu die Kommunikationswissenschaftler Philipp Müller und Nora Denner mit der Untersuchung von Fake News und ihren Wirkungsweisen. In ihrem Gutachten, das nun in der 2. Auflage vorliegt, kommen sie zu dem Schluss: Fake News haben nur ein begrenztes Wirkungspotenzial. Entscheidend ist demzufolge, ob der Inhalt einer Falschmeldung zum Weltbild und zu den Überzeugungen desjenigen passt, den sie erreicht. Ist das der Fall, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass der Nachricht Glauben geschenkt wird. Außerdem: Wer eine Fake News wiederholt zu sehen bekommt, beginnt vermutlich irgendwann, ihr zu glauben, weil sie ihm bekannt vorkommt.

Im Zuge der Fake-News-Debatte wurde in Erwägung gezogen, Falschmeldungen auf Social-Media-Plattformen mittels

Warnhinweisen zu markieren oder direkt zu entfernen. Teilweise umgesetzt wurde das im Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), das in Deutschland seit Januar 2018 in Kraft ist. Es verpflichtet Betreiber sozialer Netzwerke, Fake News binnen 24 Stunden nach Eingang einer Nutzerbeschwerde zu löschen. Problematisch ist allerdings: Populisten fühlen sich von einer solchen Korrektur in ihrem Denken nur bestätigt. Im schlimmsten Fall führt das Löschen einer vermeintlichen Nachricht dazu, dass ihrem Inhalt stärker geglaubt wird. Außerdem können sich Nutzer, die entsprechende Informationen suchen, in abseitigere Winkel des Internets bewegen, die sich dem NetzDG besser entziehen können. Sinnvoller wäre es den Autoren der Studie zufolge, Warnhinweise zu geben, bevor Nachrichten geteilt, also weiterverbreitet werden. Beide Fälle wurden allerdings in Deutschland noch nicht ausreichend untersucht.

### Diskurs ja, Aufregung nein

Laut Müller und Denner sollte eine der zentralen staatlichen Maßnahmen sein, die Medienkompetenz in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen zu fördern. Auch sprechen sich die Autoren der Studie dafür aus, den Dialog zu denjenigen zu suchen und aufrechtzuerhalten, die sich nicht mit der gesellschaftlichen Mitte identifizieren können und somit anfälliger für Fake News sind. Insgesamt wünschen sie sich einen weniger aufgeregten Diskurs zu dem Thema. Die Forschung zu Fake News und deren Wirkung auf politische Meinungsbildung stehe noch am Anfang. Dementsprechend ließen sich keine Aussagen darüber machen, wie groß das Problem in Deutschland überhaupt ist. ●

**JANA SAMSONOVA** sind Fake News ein Gräuel. In Kürze tritt sie ihr Volontariat an und wird auf der Georg von Holtzbrinck-Journalistenschule das saubere Berichten von der Pike auf lernen. Auch privat hat sie es mit der Wahrheit – das muss sie auch als „Bingo-Fee“, die als Mitveranstalterin einer Show übers Zahlenglück wacht.





# Kanada vor den Wahlen – Spaltung der Generation?

Im Nachbarland der USA stellt sich die Regierung von Justin Trudeau im Herbst zur Wiederwahl. Skandale, die Klimadiskussion und rechtspopulistische Tendenzen lassen befürchten, dass die Liberalen Stimmen an die Konservativen und die Grünen verlieren werden.

**Robin V. Sears**

# K

anadier brüsten sich gern mit ihrer Einzigartigkeit. Sie tun das derzeit besonders häufig, weil sie in der Trump-Ära mehr denn je fürchten, mit den südlichen Nachbarn in

einen Topf geworfen zu werden. In der Tat können Kanadier als Erfinder von Basketball, Erdnussbutter und Insulin mit Fug und Recht eine gewisse Einzigartigkeit für sich beanspruchen. Auch die föderale politische Struktur des zweitgrößten Landes der Welt und der Wahlkampf sind von Besonderheiten geprägt. Diesmal dürfte der Weg bis zu den Wahlen im Oktober jedoch besonders spannend werden.

Kanada ist einer der ältesten und komplexesten Bundesstaaten der Welt. Er besteht aus zehn Provinzen, drei sogenannte Territorien und einem halben Dutzend Großstädten. Die Geschichte des Landes ist von zwei Sprachen und Kulturen geprägt. Hier zu regieren ist nicht leicht. Dennoch ist es in diesem weitläufigen Land bisher noch immer gelungen, die sehr unterschiedlichen Kulturen und Ethnien unter einen Hut zu bringen.

## Komplexe politische Landschaft

Die Wahlen zum kanadischen Unterhaus finden alle vier Jahre am dritten Montag im Oktober statt. Der Wahlkampf selbst ist streng reguliert, sowohl im Hinblick auf seine Dauer als auch auf seine Finanzierung; insbesondere die Mittelverwendung ist gedeckelt. Im Unterhaus sind derzeit sechs Parteien vertreten. Drei davon haben 95 Prozent der Sitze inne. Mancher Beobachter erwartet, dass der diesjährige Wahlkampf durchaus „schmutzig“ verlaufen könnte. Das dürfte übertrieben sein, doch unübersehbar wird der politische Schlagabtausch im Land härter.

Das Topthema im Wahlkampf dürfte der Klimaschutz sein, denn die Folgen des Klimawandels zeigen sich für Millionen von Kanadiern immer deutlicher. In diesem Jahrzehnt stehen die bisher heißesten Sommer, die kältesten Winter, die schlimmsten Waldbrände und die schwersten Überschwemmungen zu Buche. Die Klimadebatte in Kanada wird jedoch von zwei wenig hilfreichen Extremen beherrscht - von

den unverhohlenen Leugnern des Klimawandels am rechten Rand und den „Klimageddon“-Marktschreiern unter den Grünen. Der Unterschied zwischen den Positionen der beiden Lager liegt vordergründig darin, für wie nützlich und wie fair man eine Besteuerung von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) hält. Doch eigentlich geht es in diesem Streit um etwas anderes - und zwar darum, wie ernst eine Partei oder Regierung die Klimakrise in einem stark ressourcenabhängigen Land nimmt, das sehr viel CO<sub>2</sub> emittiert.

In dieser Frage zeichnet sich eine tiefe Spaltung der Generationen und der Regionen ab. Manche Beobachter sehen darin eine Gelegenheit für die Grünen, sich vom politischen Rand zu lösen. Falls die Liberalen und die Neuen Demokraten, die stärksten politischen Kräfte in Kanada, zum Thema Klima keine überzeugenden Antworten parat haben, könnte das den Grünen gerade Wähler unter 30 Jahren zutreiben. Allerdings: Liberale und Neue Demokraten sind erfahren genug, den viel kleineren Grünen dieses Feld nicht allein zu überlassen.

Mit der Klimafrage verbundene Themen sind die Rohstoffgewinnung und die sich daraus ergebenden Klimakosten, die Öl- und Gasexporte sowie die dafür notwendigen Pipelineprojekte. Viele von ihnen sind umstritten. Der zweitwichtigste Themenkomplex im Wahlkampf sind die Herausforderungen des Landes auf dem Feld der sozialen Teilhabe. Verschärft wird dieses Thema durch die kulturelle Vielfalt Kanadas und den rasanten demografischen Wandel.

Mittlerweile haben sich Regionalpolitiker mehrerer Provinzen über eine angebliche Überfremdung geäußert. Am rechten Rand hält man nichts von „zu viel extremem Multikulturalismus“, auch lesbar als: „Es gibt zu viele nicht weiße Kanadier.“ Solche Parolen haben in Kanada bislang nicht verfangen. Das erstaunt vor dem Hintergrund des nationalistischen Flächenbrands in den benachbarten USA - umso mehr, als dass politische Debatten in der Regel höchstens ein oder zwei Wahlzyklen hinter den Entwicklungen jenseits der südlichen Landesgrenze hinterherhinken.

Das könnte sich nun ändern. Untersuchungen der Earncliffe Strategy Group haben ergeben, dass nur noch ein Drittel der Kanadier nach wie vor stark an die traditionelle Botschaft der sozialen Teilhabe glaubt. Bis zu 50 Prozent sympathisieren mit rechtspopulistischen Ideen.

### Rechtsruck auf regionaler Ebene

Mindestens zwei regionale Parteien mit Regierungsbeteiligung liebäugeln mit rassistischen Botschaften. Vordergründig erscheinen sie halbwegs harmlos. Aber sie sind klar auf eine entsprechende Klientel ausgerichtet. Zudem macht eine neue Splitterpartei - genau genommen ein Abgeordneter, der sich großspurig People's Party of Canada nennt - mit islamfeindlichen Parolen in den sozialen Medien von sich reden. Wie viel Zugkraft eine für Kanada derart untypische Haltung zur Einwanderung entwickeln wird, lässt sich noch nicht absehen. Die Konservative Partei indes wirkt verunsichert und hat sich deshalb einige Misstöne erlaubt.

Die Liberalen wittern derweil Morgenluft, vor allem aufgrund ihrer Verwurzelung in Zuwanderergruppen des urbanen Kana-

das. Ein allzu forschender Auftritt könnte ihnen aber schaden. Der liberale Premierminister Justin Trudeau ist mit seinen Attacken gegen die Konservativen in dieser Frage bereits an einigen Stellen angeeckt.

Die Neuen Demokraten haben eine Sonderrolle. Ihr Vorsitzender Jagmeet Singh ist eine sehr „sichtbare Minderheit“ - ein hochgewachsener, attraktiver Mann, der bei jeder Gelegenheit einen Turban in auffällenden Farben trägt. Singh braucht nicht einmal den Mund zu öffnen, um etwas über ein tolerantes, kulturell sensibles Kanada zu sagen. Schon wenn er einen Raum betritt, gibt er sein Statement ab. Einige Beobachter sehen darin eine Gefahr für die Partei unter anderem wegen ihrer eher traditionalistischen Wähler in den kleinen Städten. Singh fasst seine Werte mit dem Motto „Love and Courage“ zusammen. So lautet auch der Titel seiner kürzlich veröffentlichten Biografie.

### Die Grünen als neue Kraft

Die Grünen haben beeindruckende neue Kandidaten aufgestellt, in zahlreichen Regionalwahlen gut abgeschnitten und kürzlich eine Nachwahl in der Provinz British Columbia gegen die Neuen Demokraten gewonnen. Im Oktober müssen sie sich nun sowohl gegen die Liberalen als auch gegen die Neuen Demokraten behaupten. Beobachter warnen davor, dass eine Stimme für die Grünen indirekt den Konservativen nützen und einer Regierungsbildung unter deren Vorsitzendem Andrew Scheer in die Hände spielen werde. Allerdings ist die Erinnerung an die jahrzehntelange rechtsgerichtete Regierung von Stephen Harper, gegen die sich Trudeau schließlich 2015 durchsetzte, vielen jungen, linksliberalen Kanadiern dermaßen präsent, dass das Drohszenario einer konservativen Regierung einige Unentschlossene mobilisieren dürfte, zur Wahl zu gehen und gegen Scheer zu stimmen.

Vor gut einem dreiviertel Jahr hätte wohl kaum jemand daran gezweifelt, dass die Liberalen erneut gewinnen würden und Trudeaus liberale Mehrheitsregierung weitermachen könnte. Doch die vergangenen Monaten waren für die Regierungspartei voller überraschender Wendungen. Es



Öl-Pipeline im US-Staat Minnesota an der Grenze zu Kanada. Die alte Leitung soll durch eine neue ersetzt werden. Umwelt- und Stammesgruppen haben dagegen Einspruch vor Gericht eingelegt.





Bürger protestieren gegen das Bill-21-Gesetz der Provinzregierung in Québec-Stadt. Das Gesetz verbietet unter anderem Lehrern, Staatsanwälten und Polizisten das Tragen religiöser Symbole bei der Arbeit.

kam zu einer Reihe von kleineren Skandalen, mehrere ranghohe Minister und Beamte mussten zurücktreten. Verbündete in drei der vier wichtigsten Provinzen unterlagen in den dortigen Wahlen. Auch die andauernde Frustration, mit der rücksichtslosen Trump-Regierung in Washington umgehen zu müssen, forderte ihren Tribut. Und der eine oder andere Fauxpas Trudeaus auf internationaler Bühne wie auch der Konflikt mit China haben die Reputation des liberalen Parteichefs beschädigt.

### Liberaler verweisen auf Erfolgsbilanz

Dennoch haben die Liberalen einen Vorteil: Die Wirtschaftsdaten des Landes können sich sehen lassen. Dazu verfügen sie über ein hoch professionelles Wahlkampfteam. Scheers Konservative allerdings können auf starke Verbündete in den Provinzen zählen, und sie besitzen eine besser gefüllte Wahlkampfkasse als sämtliche Konkurrenten zusammen - wobei aber die Summe, die sie ausgeben können, gesetzlich gedeckelt ist. Die Neuen Demokraten wiederum überwinden gerade eine lange andauernde Stagnation unter ihrem höchst unpopulären früheren Vorsitzenden. Nun hat der neue Vorsitzende mit dem ererbten Mangel an finanzieller Schlagkraft und politischer Stärke zu kämpfen.

Trotz der Verschiedenartigkeit und der Größe des Landes werden die Wahlen auf Bundesebene in Kanada üblicherweise

hauptsächlich in drei Städten und den zugehörigen Ballungsräumen entschieden: Montreal, Toronto und Vancouver. Liberale, Konservative und Neue Demokraten haben an jedem dieser Orte ihre Bastionen, doch sind dort auch viele Wechselwähler zu Hause, was bedeutet, dass es im Wahlkampf viel zu gewinnen gibt.

### Wahlausgang ist offener denn je

All das macht den Weg zur Unterhauswahl im Oktober zu einer Achterbahnfahrt mit ungewissem Ausgang. Im Jahr 2008 bescherten große Stimmenzugewinne den Konservativen in Toronto und in Südontario den Sieg; 2011 konnten die Neuen Demokraten zum ersten Mal einen Großteil von Québec für sich verbuchen; 2015 kamen die Liberalen zurück und stürmten vom dritten Platz zu einer Mehrheitsregierung. Wollte sich nun jemand im Vorfeld der diesjährigen Wahl auf ein Ergebnis festlegen, sollte man ihn besser nicht auch noch nach Anlagentipps fragen.

Der Wahlkampf beginnt in Kanada mit dem Ende der Parlamentssaison Ende Juni. Die offizielle Phase wird nach Vorgabe der Regierung zwischen dem 1. und dem 15. September eröffnet. Gewählt wird am 21. Oktober. Vor den letzten Sitzungen des Unterhauses in der Legislaturperiode verwenden die Parteien üblicherweise viel Mühe darauf, wichtige Gesetze im Parlament durchzubringen oder eben zu blockie-

ren, um das dann im anstehenden Wahlkampf jeweils für sich zu nutzen.

Zum kanadischen Nationalfeiertag, dem 1. Juli, ist der Sommerwahlkampf bereits eröffnet, begleitet von politischen Picknicks und Grillfesten im ganzen Land. Die Parteispitzen besuchen oft mehrere solche Anlässe am Tag. Richtig ernst wird es dann am Ende des kanadischen Sommers, wenn die Ferien vorüber sind und das Wirtschaftsgeschehen wieder Fahrt aufnimmt.

Ende September und Anfang Oktober finden üblicherweise in verschiedenen Städten Fernsehdebatten mit den führenden politischen Vertretern statt. In den Jahren 2008, 2011 und 2015 wirkten sich die Auftritte in diesen Debatten spürbar auf die Wahlergebnisse aus. Die Parteispitzen müssen diese Auftritte nutzen, um bei den Wählern zu punkten.

Trudeaus Liberale organisierten 2015 einen äußerst effektiven Wahlkampf, der sich an junge Neuwähler richtete. Diese gaben der Partei dann auch in großer Zahl ihre Stimmen. Die meisten Beobachter erwarten, dass gerade aus dieser Gruppe etliche von allzu ehrgeizigen Versprechungen und dürftigen Ergebnissen enttäuscht sind. Sie werden dieses Mal vielleicht anders entscheiden. Einiges deutet zudem darauf hin, dass die Liberalen auch traditionelle Wähler in den Atlantik-Provinzen wie etwa Neufundland und Nova Scotia an die Konservativen und progressive Wähler in der Pazifik-Provinz British Columbia an die Grünen und die Neuen Demokraten verlieren werden.

Kanada erstreckt sich über fünf Zeitzonen, was die Wahl Nächte lang und oft holprig macht. An die Ergebnisse am frühen Abend an der Ostküste erinnert sich in Vancouver ganz im Westen gegen Mitternacht kaum noch jemand. Aber so bleibt die Spannung lange erhalten. ●

**ROBIN V. SEARS** ist Berater für Kommunikation, Marketing und Öffentlichkeitsarbeit mit Erfahrung auf drei Kontinenten. Sears war Sprecher des ehemaligen kanadischen Premierministers Brian Mulroney und zuvor Nachrichtenredakteur bei CITY-TV in Toronto.



## Schwarzbus-Tour 2019

**2. Juli • 13.00 – 16.00 Uhr • Magdeburg und Umgebung**  
**10. Juli / 17. Juli • 18.00 Uhr • Hamburg**

Der Bund der Steuerzahler (BdSt) dokumentiert in seinem Schwarzbuch ([www.schwarzbuch.de](http://www.schwarzbuch.de)) Fälle von Steuerverschwendung und überbordender Staatswirtschaft. Zusammen mit dem Bund der Steuerzahler e. V. laden wir Sie herzlich ein zur Schwarzbus-Tour durch Städte und Gemeinden in verschiedenen Regionen Deutschlands. Wie lässt sich erklären, dass trotz hoher Kosten am Ende die Ergebnisse oftmals nur mittelmäßig sind? Was muss sich verändern, damit in Zukunft effizienter gewirtschaftet und finanzpolitisch gehandelt wird?

**3  
Juli**

## Die Stunde der Optimisten. Im Gespräch mit Prof. Dr. Thomas Straubhaar über die Wirtschaft der Zukunft

**19.00 – 21.00 Uhr • Fachhochschule Kiel, Luisenstraße 25, Kiel**

Der Volkswirtschaftler Thomas Straubhaar ist überzeugt: Mehr Wohlstand für alle ist nach wie vor möglich. Voraussetzung dafür ist allerdings, mit einigen ehernen Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre aufzuräumen: Viele ihrer Annahmen und Vorhersagen lassen sich unter den Bedingungen von Digitalisierung, Globalisierung und demografischem Wandel nicht mehr halten.

**8  
Juli**

## Festveranstaltung zum 100. Geburtstag von Walter Scheel

**18.00 Uhr • Düsseldorf, Landtag**

Am 8. Juli 2019 wäre Walter Scheel 100 Jahre alt geworden. Diesen Jahrestag nimmt die Friedrich-Naumann-Stiftung zum Anlass, seine Lebensleistung als Bundespräsident, Bundesminister, Bundestagsabgeordneter, FDP-Bundesvorsitzender, Europaabgeordneter und Abgeordneter des Landtags von Nordrhein-Westfalen sowie sein Wirken als stellvertretender Vorsitzender und Kuratoriumsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung zu würdigen. In seinem Heimatbundesland wollen FNF und FDP-Landtagsfraktion mit dieser Veranstaltung an den liberalen Politiker und Staatsmann Scheel erinnern.

**22  
Juli**

## Paketzustellung per Drohne? Zur Zukunft der City-Logistik

**19.00 – 21.00 Uhr • Campus des IAO, Nobelstraße 12, Stuttgart**

Vor dem Hintergrund der Feinstaubbelastung in Stuttgart geraten dieselbetriebene Transporter und tradierte Lieferprozesse ins Visier von Bürgern und Politik. Wie zukunftsgerechte Alternativen und stadtgerechte Logistikkonzepte aussehen könnten.

**21  
August**

## Festveranstaltung zum 100. Todestag Friedrich Naumanns

**18.00 Uhr • Leipzig**

100 Jahre nach Friedrich Naumanns Tod sind seine Gedanken zur Neuausrichtung des Liberalismus und zu gesellschaftlichen Reformen aktueller denn je. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit erinnert an das Wirken des Theologen, Publizisten und Politikern und würdigt zentrale Aspekte seines Wirkens. Er hatte die Beteiligung der Bürger am gesellschaftlichen Diskurs und die Frauenrechte im Fokus.

**31 August  
& 1. Sept.**

## #femaleforward Female Summer Camp 2019 18.00 Uhr • Altes Stahlwerk, Rendsburger Straße 81, Neumünster

Frauen sind in der Politik gefragter denn je. Viele Parteien möchten, dass sich mehr von ihnen engagieren. Aber wie kann so ein Weg in die und in der Politik überhaupt aussehen? Am Wochenende des 31.8./1.9. findet das erste Female Summer Camp der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Neumünster statt.



Weitere  
Termine unter  
[freiheit.org](http://freiheit.org)



# 10 Juli

In Kooperation mit den Nürnberger Nachrichten  
**Rechter Terror – Wo steht Deutschland ein Jahr nach Ende des NSU-Prozesses?**

**19.00 Uhr • Nürnberg**

Mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Mehmet Gürcan Daimagüler, Christoph Giesa, Martina Mittenhuber, Elke Graßer-Reitzner

Leider muss ein Jahr nach dem NSU-Prozess festgestellt werden, dass trotz der Aufmerksamkeit, die der NSU-Prozess bekommen hat, rechtsextreme Straftaten in Deutschland zunehmen (siehe neuester Verfassungsschutzbericht) und Wahlprogramme, die fremdenfeindliche Themen beinhalten, Wahlerfolge versprechen. Es fand zwar eine Sensibilisierung für das Thema rechtsextremer Terror statt, die tatsächlich aber wenig Auswirkung hat. Was sind also die Lehren, die aus dem Prozess gezogen werden können, und wie muss eine liberale Gesellschaft in Zukunft agieren, damit der NSU-Terror ein trauriger Einzelfall bleibt?



# 29 September

**Kulturtag im Kloster Hedersleben, der Politische Sonntag**

**10.30/11.30 Uhr • Ochsenstall, Hedersleben**

10.30 Uhr: „Ich wünschte, ein Bürger zu sein.“ Simon Strauß, Autor und Journalist bei der FAZ über den Liberalen Theodor Mommsen  
11.30 Uhr: „Europa und Russland“ – Politischer Frühschoppen, Karl-Heinz Paqué mit Alexander Graf Lambsdorff, Marieluise Beck, Rüdiger von Fritsch und Horst Möller.  
Moderation: Julius von Freytag-Loringhoven, Annett Witte

## IMPRESSUM

**liberal** • Das Magazin für die Freiheit

**Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin**

**Herausgegeben von** Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Manfred Richter, Bettina Stark-Watzinger, Michael Link

**Beirat:** Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

**Chefredaktion:** Anders Mertzluft

**Redaktion:** Florian Baumann, Antonia Eser-Ruperti, Jordi Razum, Thomas Volkmann, Annett Witte

**Autoren dieser Ausgabe:** Dirk Assmann, Detmar Doering, Julius Freytag, Jürgen Frölich, Christoph Giesa, Gian Hessami, Karen Horn, Thomas Hummitzsch, Thomas Ilka, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michaela Lissowsky, Thomas Luther, Jules Maaten, Tijen Onaran, Karl-Heinz Paqué, Jana Samsonova, Robin V. Sears, Lara Sogorski, Bettina Stark-Watzinger, Almut Steinecke, Christian Wobst

**Coverfoto:** Fotothek/Thomas Imo

**Adresse:** Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin, Telefon 030/22 01 26 34, Fax 030/28 87 78 49  
redaktion@libmag.de, www.libmag.de

**Gesamtherstellung:** planet c GmbH  
Postfach 10 11 02, 40002 Düsseldorf  
Tel.: 0211/542 27-700, www.planetc.co

**Verlagsgeschäftsführung:** Andrea Wasmuth (Vorsitzende), Thorsten Giersch, Jan Leiskau

**Redaktionsleitung:** Florian Flicke

**Grafik/Bildredaktion:** planet c

**Projektleitung:** Holger Löwe

**Anzeigen:** Tatjana Moos (Leitung), Georgios Giavanoglou (Media Marketing), 0211/542 27-671, media@planetc.co

**Litho:** TiMe GmbH

**Druck:** Evers-Druck GmbH, 25704 Meldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

**Bezugsbedingungen:** Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über [abo@libmag.de](mailto:abo@libmag.de)

**liberal im kostenlosen Abonnement:**  
[shop.freiheit.org/#Liberal/](http://shop.freiheit.org/#Liberal/)



**FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG** Für die Freiheit.



10 FRAGEN AN

## Beate Meinel-Reisinger

*Seit Marcel Proust sind Fragebögen das beste Mittel, um prägende Persönlichkeiten in aller Kürze näher kennenzulernen. liberal bittet an dieser Stelle ab sofort zum schnellen Kreuzverhör.*

**Beate Meinel-Reisinger** ist Mitbegründerin und Parteivorsitzende der liberalen NEOS Österreich und Klubobfrau zum österreichischen Nationalrat. Zuvor war sie Mitglied des Wiener Gemeinderats und Klubobfrau der NEOS-Landtagsfraktion. In ihren Funktionen kämpft sie für Weltoffenheit, Zukunftsfitness und ein gemeinsames Europa.

**Wo trifft man Sie besonders häufig an?**

Im Büro, am Spielplatz, in Wien und in Bad Aussee.

**Welches Buch oder welcher Kinofilm hat Sie zuletzt begeistert?**

Fast alle Marvel-Filme sowie das Buch „Am Seil“ von Erich Hackl.

**Die momentan spannendste Initiative?**

Carbontaxnow.eu - eine europaweite Initiative, von unserem Abgeordneten Sepp Schellhorn initiiert, von Nobelpreisträgern auch schon unterstützt. Es handelt sich dabei um einen Appell an Europa - nur mit einer europaweit eingeführten aufkommensneutralen CO<sub>2</sub>-Steuer können wir unseren Beitrag für den Klimaschutz leisten.

**Die Digitalisierung wird ...**

passieren. Mit oder ohne Politik. Die Politik hat die Aufgabe, diesen Prozess als Chance zu betrachten und wo nötig gestaltend zu begleiten. Sie wird immer mehr Teil unseres Lebens werden und stellt eine große Chance dar, die zum Wohl unserer Gesellschaft gestaltet werden muss.

**Wenn Sie für einen Tag Bundeskanzlerin wären, dann ...**

... würde ich in der Früh ein Parteientransparenzpaket auf den Weg bringen. Die letzten Wochen in Österreich haben uns gezeigt, dass hier ein Sumpf aus intransparenten Parteifinanzierungen besteht, der dafür sorgt, dass der Machteinfluss der Altparteien möglichst erhalten bleibt. Wir brauchen echte Transparenz - nur so kann das Vertrauen der Menschen in die Politik auch wieder gefestigt werden. Zu Mittag dann das Amtsgeheimnis abschaffen. Und am Abend würde ich eine Bildungsrevolution starten.

**Wer hat Sie am meisten geprägt?**

Meine Großmütter.

**Was steht auf Ihrer To-do-Liste, das Sie aber nie schaffen umzusetzen?**

Familienfotoalbum machen.

**Europa ist für mich ...**

Heimat, Chance und Freiheit.

**Was gibt Ihnen das Gefühl, dass Sie gerade das tun, was Sie im Leben tun sollten?**

Der Blick auf meine drei Kinder.

**Wann vergessen Sie die Zeit?**

Beim Lesen.



# liberal

02.2019  
www.freiheit.org  
2,90 EURO

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT



# liberal

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

**liberal** bittet Freigeister um ihre Meinung.

**liberal** ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin“.

**liberal** wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

**Kostenfrei abonnieren**



Online-Bestellung:  
<https://shop.freiheit.org/#Liberal/>  
oder QR-Code scannen

**Erscheint 4x im Jahr – auch als kostenfreie APP**

☐ Ich hätte gerne ein **Gratis-Abo** (inkl. Porto und Versand)

Ich bin damit einverstanden, dass die Daten elektronisch gespeichert werden, um von der *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit* auf weitere Aktivitäten aufmerksam gemacht und über ihre Arbeit informiert zu werden. Wenn diese Mitteilungen nicht mehr gewünscht sind, wird die Stiftung dies nach entsprechender Mitteilung beachten (§28, Abs. 4 BDSG)

Vorname Name

Straße Nr.

PLZ Ort

Telefon

E-Mail

**BESTELLUNG AN:** Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit • **liberal-Aboservice**  
Postfach 11 64 • 53729 Sankt Augustin  
per Fax: 030/69 08 81 02 | per E-Mail: [service@freiheit.org](mailto:service@freiheit.org)

A woman with brown hair tied back, wearing a dark jacket and a blue floral scarf with pom-poms, is looking down and to the left. She has a green backpack on her back. The background is a vast, hazy mountain landscape with green valleys and distant peaks under a soft, hazy sky.

FÜR UNSERE  
GESUNDHEIT  
FEIERT **HEBAMME LINDA**  
JEDEN TAG GEBURTSTAG.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche  
Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt.  
Erfahren Sie mehr unter [www.pkv.de/linda](http://www.pkv.de/linda)

**IHRE PRIVATEN  
KRANKENVERSICHERER**